

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1979

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Landtagswahl am 18. März 1979	59 Die Untersuchung enthält neben der endgültigen Stimmen- und Sitzverteilung im 9. Landtag Rheinland-Pfalz auch die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.
Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände 1973 bis 1978	73 Das verfassungsmäßig garantierte Recht der Selbstverwaltung schließt den Anspruch der Gemeinden und Gemeindeverbände auf eine ihren Aufgaben angemessene Finanzausstattung ein. Neben den originären Steuerquellen, die das Grundgesetz den kommunalen Gebietskörperschaften überträgt, haben die Zuweisungen des Landes für die kommunale Haushaltswirtschaft besondere Bedeutung.
Hochschulfinanzen 1974 bis 1977	76 Nach dem Hochschulstatistikgesetz vom 31. August 1971 sind jährlich die Ausgaben der Hochschulen nach Kostenarten und Kostenstellen zu erfassen. Eine Verknüpfung von Hochschulfinanz- und Studentenstatistik ist grundsätzlich möglich.
Grund- und Hauptschulen 1947 bis 1978	79 Im Grund- und Hauptschulbereich hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten ein bedeutender Wandel vollzogen. Vor allem wurden die Klassenzahlen stark erhöht und mehr Lehrkräfte eingesetzt, so daß sich sowohl die durchschnittliche Klassenstärke als auch die Schüler-Lehrer-Relation zunehmend verbesserten.
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1978	83 Nahezu alle Arten der Feldfrüchte und Futterpflanzen erbrachten 1978 überdurchschnittliche Hektarerträge. Die Ertragsverhältnisse der wichtigsten Arten werden im einzelnen erläutert.
Meldepflichtige Krankheiten 1978	88 Unter den nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtigen Infektionskrankheiten tritt die Enteritis infectiosa (übertragbare Dünndarmzündung) am häufigsten auf. Bis Ende der 60er Jahre noch beinahe unbekannt, übertrifft heute ihre Häufigkeit die Morbidität der anderen großen Krankheitsgruppen wie Tuberkulose, Scharlach und Hepatitis infectiosa bei weitem.
Anhang	25* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz 31* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
Kreisübersichten 1979	Teil I: Zusammenstellung der wichtigsten bei Redaktionsschluß vorliegenden Kreisergebnisse aus allen Gebieten der amtlichen Statistik.

Landtagswahl am 18. März 1979

Am 18. März waren in Rheinland-Pfalz gut 2,7 Millionen Wahlberechtigte zur Wahl des 9. Landtags aufgerufen. 81,4% von ihnen beteiligten sich an der Wahl.

Die CDU erzielte unter ungünstigen bundespolitischen Voraussetzungen nach 32 Jahren Regierungsverantwortung ihr zweitbestes Wahlergebnis in der Geschichte des Landes. Sie errang mit 50,1% die absolute Mehrheit der Stimmen und behielt mit 51 Sitzen auch die absolute Mehrheit der Mandate. Gegenüber 1975 ging ihr Stimmenanteil um 3,8 Prozentpunkte zurück. Sie verlor insbesondere in ihren bisherigen Hochburgen Stimmen, wozu neben einer geringeren Mobilisierung ihres Wählerpotentials auch ein direkter Wählerwechsel beigetragen haben dürfte. Je höher die Stimmenanteile der CDU waren, desto höher waren ihre Verluste und die Gewinne von SPD und F.D.P. Das Ergebnis der CDU liegt um 0,2 Prozentpunkte über ihrem Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 1976.

Die SPD erreichte mit 42,3% ihren bisher höchsten Stimmenanteil bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz; er liegt um 3,8 Punkte über dem Anteil von 1975 und um 0,6 Punkte über dem der Bundestagswahl 1976. Besser hat die SPD bisher nur bei der Bundestagswahl 1972 abgeschnitten, als sie 44,9% der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die F.D.P. konnte mit einem Anteil von 6,4%, das bedeutet gegenüber 1975 einen Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten, einen bei rheinland-pfälzischen Landtagswahlen seit 1963 anhaltenden Abwärtstrend stoppen. Sie verfehlte allerdings um 1,2 Punkte ihr Bundestagswahlergebnis.

Eine eindeutige Absage erteilten die Wähler den Splitterparteien von rechts und links. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 59

Kommission aus 12 europäischen Ländern besichtigte**Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz**

Als eine der bestfunktionierenden Einrichtungen seiner Art ist das Landesinformationssystem des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz (LIS) immer wieder Anziehungspunkt für in- und ausländische Besucher.

Am 21. März besichtigten 40 Mitglieder der Internationalen Zivilstandskommission die Datenvermittlungsstation des Landesinformationssystems am Sitz der Landesregierung in Mainz. Die Kommissionsmitglieder - Ministerialbeamte, Richter und Professoren aus zwölf europäischen Ländern -, deren Augenmerk im Rahmen ihrer Kommissionstätigkeit insbesondere auf der Erfassung, elektronischen Speicherung und Verarbeitung von Personenstandsangaben in Datenbanken liegt, zeigten sich beeindruckt von der Informationsvielfalt der im Landesinformationssystem verfügbaren statistischen Zahlen. Sie gehen weit über bevölkerungsstatistische Angaben hinaus und schließen so wichtige Bereiche wie die Geburtenentwicklung, das Gesundheitswesen, Schulen, produzierendes Gewerbe, Fremdenverkehr, Finanzen und Steuern ein.

Besondere Aufmerksamkeit erweckte die Schnelligkeit, mit der die im Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes gespeicherten Daten in Sekunden für einzelne oder eine Vielzahl von Gemeinden, für Kreise oder andere Gebiets Teile des Landes Rheinland-Pfalz abgerufen und auf dem Wege der Datenfernverarbeitung nach Mainz übermittelt werden. Das Landesinformationssystem (LIS) leistet als Entscheidungshilfe einen wichtigen Beitrag zur Arbeit von Parlament und Landesregierung. Im Jahre 1978 konnten zu 1 500 detaillierten Anfragen rund 8 Millionen Einzelinformationen vermittelt werden. In

Allgemeine Finanzzuweisungen an die Gemeinden (Gv.) seit 1973 um 84,3% gestiegen

Die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 1978 auf insgesamt 1 847 Mill. DM. Dies entspricht einem Anteil von 19,6% an den Gesamtausgaben des Landes. Die allgemeinen Finanzzuweisungen, die den kommunalen Gebietskörperschaften ohne Zweckbindung zufließen und daher für ihre Haushaltswirtschaft von besonderer Bedeutung sind, waren an dem Gesamtvolume der Zuweisungen mit 755 Mill. DM (40,9%) beteiligt. 366 Mill. DM entfielen auf Erstattungen, Schuldendienst hilfen und sonstige laufende Zuweisungen, 726 Mill. DM wurden als Investitionszuweisungen ausgezahlt. In dem Zeitraum von 1973 bis 1978 erhöhte das Land seine Leistungen an die Gemeinden (Gv.) um 40,5%. Weit überproportional war der Anstieg der allgemeinen Finanzzuweisungen (+ 84,3%). Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der kommunalen Finanzautonomie geleistet.

Die zweckgebundenen Zuweisungen bewegen sich in den Bereichen Gesundheitswesen, Bildungswesen und Verkehrs wesen auf dem erreichten hohen Niveau. Als neuer Förderungsschwerpunkt rückt der Gewässerschutz zunehmend in den Vordergrund. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 73

Hochschulfinanzen: Medizin aufwendigste Fächergruppe

Im Haushaltsjahr 1977 beliefen sich die Ausgaben für die rheinland-pfälzischen Hochschulen auf 569 Mill. DM. Mehr als vier Fünftel waren laufende Ausgaben, die übrigen 104 Mill. DM kamen Investitionen zugute.

496 Mill. DM oder 87% der Ausgaben entfielen auf die Universitäten und Hochschulkliniken. In weitem Abstand folgen die Ausgaben für die Fachhochschule (41 Mill. DM), für die Erziehungswissenschaftliche Hochschule (24 Mill. DM) und für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (7 Mill. DM). Bei sämtlichen Hochschularten hat sich das Gewicht zu den Ausgaben für laufende Zwecke verlagert, so daß 1977 die entsprechenden Anteile bei fast 99% (EWH), rund 95% (Fachhochschule) bzw. etwa 80% im Bereich der Universitäten und Hochschulkliniken lagen.

Mit einem Betrag von 154 Mill. DM oder 44% der nach Fächern zurechenbaren laufenden Ausgaben ist die Medizin die aufwendigste Fächergruppe im universitären Bereich. Jeweils nicht ganz ein Fünftel beanspruchten die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (18,9%) und der Bereich Zentrale Einrichtungen (18,5%). Gut ein Zehntel der Ausgaben (11,3%) kam der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften zugute, während auf Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften nur knapp 4% und auf Ingenieurwissenschaften nicht ganz 2% aller laufenden Ausgaben für Universitäten und Hochschulkliniken entfielen. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 76

Wieder nur geringe Beanstandungen bei Schlachttieren

Die nach den Bestimmungen des Fleischbeschau gesetzes vorgesehene Untersuchung erstreckte sich im Jahre 1978 in Rheinland-Pfalz auf mehr als 1,5 Mill. Schlachttiere in- und ausländischer Herkunft. Sie wurde bei 7 200 Tieren um eine Rückstandsuntersuchung sowie bei 6 000 Tieren um eine bakteriologische Fleischuntersuchung ergänzt. Dabei ergab sich, daß lediglich 8 900 Tiere oder 0,6% zu beanstanden waren. Der Anteil der beanstandeten Tiere blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. rö

kurz + aktuell

Zunahme der Lehrerzahlen seit 1947 um 136%

Zwischen 1947 und 1978 vollzogen sich im Bereich der Grund- und Hauptschulen in Rheinland-Pfalz gravierende Änderungen. Im Schuljahr 1947/48, dem ersten Jahr nach dem Krieg, über das wieder Daten aus diesem Bereich des Schulwesens vorliegen, gab es 2 978 der damaligen Volksschulen. Das sind $2\frac{1}{2}$ mal so viele Schulen, wie es im laufenden Schuljahr Grund- und Hauptschulen (1 192) gibt. Im Durchschnitt wurden damals an jeder Schule nur 136 Schüler unterrichtet, 7 von 10 dieser Volksschulen waren nur ein- oder zweiklassig. Im Schuljahr 1978/79 werden jedoch selbst an den Grundschulen, die nur die Klassenstufen 1 bis 4 umfassen, im Schnitt fast 200 Schüler pro Schule unterrichtet, an organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen sogar mehr als 600. Eine ein- oder zweiklassige Schule besucht nur noch einer von 100 Grund- und Hauptschülern.

Im gleichen Zeitraum entwickelten sich die Schülerzahlen analog zu den Geburtenzahlen. Sie liegen im laufenden Schuljahr mit 359 633 niedriger als 1947/48 (404 569). Den höchsten Stand hatten die Schülerzahlen 1971/72 erreicht (rund 431 300 Schüler), den niedrigsten 1955/56 (rund 327 000).

Die Klassenzahlen stiegen seit 1947 um 46% von 8 591 auf 12 511 an. Dadurch verbesserte sich die durchschnittliche Klassenstärke von 47 (1947/48) auf weniger als 29 (1978/79).

Wesentlich bedeutendere Änderungen zeigten sich bei der Zahl der hauptberuflichen Lehrer. Diese erhöhte sich im Beobachtungszeitraum um 136%. 1947/48 entfielen auf einen hauptberuflichen Lehrer durchschnittlich 61 Schüler, im laufenden Schuljahr sind es nur noch 23 Schüler.

Mehr über dieses Thema auf Seite 79

Überdurchschnittliche Hektarerträge bei nahezu allen Feldfrucht- und Futterpflanzenarten

Die Witterungsverhältnisse waren für die Landwirtschaft im Jahre 1978 im großen und ganzen vorteilhaft. Lediglich niedrige Temperaturen und häufige Regenfälle beeinträchtigten im Mai sowie Ende Juni/Anfang Juli zeitweise das Pflanzenwachstum. Ferner machte sich in den südlichen und westlichen Landesteilen im Spätsommer zunehmende Trockenheit bemerkbar. Die milde Witterung im Herbst bewirkte dagegen bis Mitte November ein Pflanzenwachstum und begünstigte die Ernte- und Bestellungsarbeiten.

Die Getreideernte brachte mit 1,63 Mill. t die bisher größte Menge in Rheinland-Pfalz. Die Hektarerleistung belief sich auf 43,1 dt gegenüber 37,5 dt im Vorjahr, 36,3 dt im mehrjährigen Durchschnitt und der bisher höchsten aus dem Jahre 1974 von 41,1 dt. Besonders hohe Hektarerträge erbrachten Winterweizen (48,3), Wintergerste (50,2) und Hafer (41,9 dt). Infolge einer Einschränkung der Anbauflächen lieferten die Kartoffeln mit 707 000 t etwa 16% weniger als im Jahr vorher. Auch bei Zuckerrüben (1,25 Mill. t), Runkelrüben (1,51 Mill. t) und Rauhfutter (1,56 Mill. t) wurden die Erntemengen des Jahres 1977 infolge von Flächeneinschränkungen nicht erreicht. Die Hektarerträge der Hackfrucht- und Futterpflanzenarten blieben durchweg unter denen von 1977.

Ungünstige Witterungsverhältnisse verzögerten in den Höhengebieten die Einbringung der Heuernte Ende Juni und Anfang Juli und die Getreideernte Ende August und Anfang September beträchtlich. Hier sind bei den genannten Arten auch deutliche Qualitätsverluste entstanden. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 83

Weinerzeugung 1978 um gut ein Viertel geringer als 1977

In Rheinland-Pfalz wurden im Herbst 1978 von den Winzern und Kellereien 5,51 Mill. hl Wein erzeugt. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Rückgang um rund 1,9 Mill. hl oder 26%.

Die Gesamtmenge setzte sich aus gut 5,1 Mill. hl Weißwein und annähernd 402 000 hl Rotwein zusammen. Von den Weißweinen waren 1,3 Mill. hl (25%) für Prädikats-, 3,6 Mill. hl (71%) für Qualitäts- und 162 000 hl (4%) für Tafelwein vorgesehen.

Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz ergaben sich mit 4 Mill. hl die größten Mengen, gefolgt von den Bezirken Trier und Koblenz mit 917 000 hl bzw. 593 000 hl.

An der Weinerzeugung waren 21 972 Betriebe beteiligt gegenüber 23 549 im Jahr vorher. Die weitaus größte Menge, nämlich 3,5 Mill. hl, erzeugten 21 483 Weinbaubetriebe, während auf Winzergenossenschaften und Erzeugergemeinschaften rund 1 Mill. hl und auf Handelsbetriebe annähernd 895 000 hl entfielen. kn

Wiederum merkliche Zunahme der Enteritis infectiosa

Das infectiöse Erkrankungsausmaß des Jahres 1978 lag mit 7 438 bekanntgewordenen Fällen - das sind 20,5 auf 10 000 Einwohner - deutlich über dem des Vorjahres (+ 11,8%). Wiederum waren es die Enteritis infectiosa (übertragbare Entzündung des Dünndarmes), die Tuberkulose, der Scharlach und die Hepatitis infectiosa (ansteckende Leberentzündung), deren Häufigkeit das Bild des infektiösen Krankheitsgeschehens bestimmte. In ihrer Gesamtheit machten diese Erkrankungen 93% aller Meldefälle aus. Während die drei zuletzt genannten Infektionsarten in ihrem Erscheinungsumfang gegenüber dem Vorjahr nur unwesentliche Veränderungen erfahren haben, verzeichnete die Enteritis eine starke Zunahme (+ 22%) und erreichte mit 3 149 Krankheitsfällen ihren bisher höchsten Stand. Das entspricht einer Morbidität von 8,7 auf 10 000 Einwohner.

Bei der Tuberkulose (1 373) ergab sich den ärztlichen Mitteilungen zufolge ein geringer Anstieg der Neuerkrankungen (+ 2,8%). Mit diesen Meldungen wird die tatsächliche Tuberkulose-Inzidenz jedoch nicht exakt wiedergegeben. Wie die etwas höheren Nachweisungen der amtlichen Tuberkulosestatistik belegen, hielt auch im Berichtsjahr das seit Mitte der 50er Jahre festzustellende Absinken der Neuerkrankungen (— 6%) an.

Zahlenmäßig fast unverändert blieben die Scharlachinfektionen (1 321). Mit einer Morbidität von 3,6 lag das Erkrankungsausmaß noch erheblich über dem langjährig konstanten Häufigkeitsniveau der 60er Jahre (1970: 2,5). An Hepatitis erkrankten 1 097 Personen gegenüber 1 040 im Vorjahr.

Häufiger als im Vorjahr wurde auch die übertragbare Hirnhautentzündung angezeigt (344mal). Fast jeder dritte Fall dieser Erkrankung wurde als Meningokokken-Meningitis (Genickstarre) diagnostiziert. Auffällig ist die seit einigen Jahren stetige Zunahme der Malaria. Wenn diese sich auch mit 16 Fällen im Berichtsjahr in engen Grenzen hält, so ist ihre derzeitige Verbreitung - gemessen an dem gesamten Vorkommen während des vorherigen Jahrzehnts (insgesamt 12 Fälle) - recht ungewöhnlich.

Es sei noch vermerkt, daß erfreulicherweise seit sechs Jahren in Rheinland-Pfalz keine Kinderlähmung mehr aufgetreten ist. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 88

Die Wahl zum 9. Landtag in Rheinland-Pfalz am 18. März 1979

Der Landeswahlausschuß hat in seiner Sitzung am 29. März 1979 gemäß § 42 des Landeswahlgesetzes das endgültige Ergebnis der Wahl zum 9. Landtag Rheinland-Pfalz, das heißt die Verteilung der Stimmen und Sitze auf die Wahlvorschläge der einzelnen Parteien festgestellt. Grundlage der Feststellung waren die Niederschriften der Kreiswahlleiter über die Sitzung der Kreiswahlausschüsse. Dem war eine Überprüfung der Wahlniederschriften der Wahlvorstände der insgesamt 4 224 Stimmbezirke des Landes und der 271 bei den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und den Landräten eingesetzten Briefwahlvorstände vorangegangen.

Dem folgenden Beitrag liegen neben den amtlichen Wahlergebnissen auch die Ergebnisse der nach § 46 a des Landeswahlgesetzes angeordneten repräsentativen Wahlstatistik zugrunde.¹⁾

In die repräsentative Wahlstatistik waren in Rheinland-Pfalz 168 Stimmbezirke einbezogen. In diesen Stimmbezirken wurden an die männlichen und weiblichen Wähler entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu einer von fünf Altersgruppen Stimmzettel mit aufgedruckten Unterscheidungsmerkmalen zur Stimmabgabe ausgegeben. Die Auszählung dieser Stimmzettel, die über das unterschiedliche Wahlverhalten der Männer und Frauen in den verschiedenen Altersgruppen Aufschluß gibt, erfolgte im Statistischen Landesamt. In die Statistik waren etwa 5% der Wähler einbezogen. Wegen des Gebots der absoluten Wahrung des Wahlgeheimnisses können in die repräsentative Erhebung Briefwähler nicht einbezogen werden. Daneben wurde in 68 Stimmbezirken oder bei 2% der Wahlberechtigten anhand der Wählerverzeichnisse die unterschiedliche Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in zehn Altersgruppen festgestellt.

Verhältniswahl in Wahlkreisen

Die 100 Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer und freier Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in Wahlkreisen für vier Jahre gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten seinen dauernden Wohnsitz im Lande Rheinland-

Pfalz hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der seit mindestens einem Jahr Deutscher ist.

Das Land ist in vier Wahlkreise eingeteilt. Von den 100 Abgeordneten sind grundsätzlich 27 im Wahlkreis 1, je 24 in den Wahlkreisen 2 und 3 und 25 im Wahlkreis 4 zu wählen. Kreiswahlvorschläge derselben Partei oder derselben Wählergruppe können in den Wahlkreisen 1 und 2 sowie in den Wahlkreisen 3 und 4 miteinander verbunden werden. Wahlkreise, in denen Kreiswahlvorschläge verbunden sind, gelten als ein Verbundwahlkreis. Die Berechnung der Sitzzahl geht dann nicht von den für die vier Wahlkreise festgelegten Mandatszahlen, sondern von zwei Verbundwahlkreisen mit 51 bzw. 49 zu vergebenden Mandaten aus. Bei der Unterverteilung auf die einzelnen Wahlkreise können sich somit Abweichungen von der für die einzelnen Wahlkreise festgelegten Sitzzahl ergeben.

1975 waren in den Wahlkreisen 1 und 4 je 26 und in den Wahlkreisen 2 und 3 je 24 Abgeordnete zu wählen. Auf jeden der beiden Verbundwahlkreise waren 50 Abgeordnete entfallen. Die Verschiebung der Mandatszahlen zugunsten des Wahlkreises 1 und zu Lasten des Wahlkreises 4 war eine Folge der Veränderung der Bevölkerungszahlen der betroffenen Gebiete im Laufe der Legislaturperiode.

Die Verteilung der Sitze auf die Kreiswahlvorschläge erfolgt für jeden Wahlkreis bzw. Verbundwahlkreis nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt. Die auf eine Verbindung von Kreiswahlvorschlägen fallenden Sitze werden nach d'Hondt im Verhältnis der auf die beteiligten Kreiswahlvorschläge entfallenden Sitze weiterverteilt. Bei der Sitzverteilung werden nur Parteien und Wählervereinigungen berücksichtigt, die mindestens 5% der im Lande abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Gültige Stimmen, die auf Kreiswahlvorschläge oder verbundene Kreiswahlvorschläge von Parteien oder Wählervereinigungen entfallen, die unter diese Sperrklausel fallen, scheiden bei der Berechnung aus.

Sieben Parteien, 670 Kandidaten

Bei der Landtagswahl 1979 stellten sich den Wählern folgende sieben Parteien: die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Freie Demokratische Partei (F.D.P.), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Europäische Arbeiterpartei (EAP) und der Kommunistische Bund Westdeutschland

¹⁾ Vgl. Die Wahl zum 9. Landtag am 18. März 1979 (Endgültige Ergebnisse), Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, B VII 2 vom 29. März 1979 und Die Wahl zum 9. Landtag am 18. März 1979 in Rheinland-Pfalz - Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik - Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, B VII 2R vom 12. April 1979.

	Landtagswahl 1979		Landtagswahl 1975		Bundestagswahl 1976	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 717 051		2 648 336		2 676 890	
Wähler	2 211 862	81,4	2 141 144	80,8	2 448 946	91,5
Ungültige Stimmen	27 322	1,2	20 663	1,0	19 693	0,8
Gültige Stimmen	2 184 540	98,8	2 120 481	99,0	2 429 253	99,2
CDU	1 094 480	50,1	1 143 360	53,9	1 211 208	49,9
SPD	923 965	42,3	817 018	38,5	1 013 574	41,7
F.D.P.	139 248	6,4	118 762	5,6	183 575	7,6
NPD	14 915	0,7	22 942	1,1	10 794	0,4
DKP	9 024	0,4	11 101	0,5	6 627	0,3
EAP	630	0,0	–	–	811	0,0
KBW	2 278	0,1	–	–	1 046	0,0

(KBW). Während CDU, SPD, F.D.P., NPD, DKP und KBW in allen vier Wahlkreisen Kreiswahlvorschläge eingereicht hatten, kandidierte die EAP nur im Wahlkreis 3. CDU, SPD und F.D.P. hatten von der Möglichkeit der Verbindung ihrer Kreiswahlvorschläge Gebrauch gemacht.

Zur Wahl der 100 Abgeordneten hatten die zugelassenen Parteien 670 Personen als Bewerber oder Nachfolger, darunter 124 Frauen aufgestellt. In den Wahlvorschlägen der CDU waren 206 Kandidaten, in denen der SPD 200 und von der F.D.P. 105 benannt. Die DKP hatte 101, die NPD 41, der KBW 12 und die EAP 5 Kandidaten aufgestellt.

2,7 Millionen Wahlberechtigte

Am 18. März 1979 waren 2 717 051 Rheinland-Pfälzer aufgerufen, über die Zusammensetzung des 9. Landtags Rheinland-Pfalz zu entscheiden. Das waren 69 000 oder 2,6% mehr als bei der vorangegangenen Landtagswahl im Jahre 1975. Die Zahl der Jungwähler, das heißt der Gruppe der 18- bis 21jährigen betrug 162 000, das waren 6% aller Wahlberechtigten. 140 000 von ihnen nahmen erstmals an einer Wahl teil.

Knapp 54% der Wahlberechtigten waren Frauen, gut 46% Männer. Diese Relation blieb gegenüber 1975 nahezu unverändert.

Höchste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen

Mit 81,4% wurde die bisher höchste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz registriert; sie lag um 0,6% über der von 1975. Von ihrem Wahlrecht machten 2 211 862 Wahlberechtigte Gebrauch, das waren 3,3% mehr als 1975. Mehr als 505 000 Wahlberechtigte blieben der Wahl fern; das sind etwa dreimal soviel, wie F.D.P., NPD, DKP, EAP und KBW zusammen Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Ein wesentlich höheres Interesse finden von jeher die Bundestagswahlen bei der Bevölkerung. Hier lag im Jahre 1976 die Wahlbeteiligung mit 91,5% um gut 10 Prozentpunkte höher als bei der diesjährigen Landtagswahl.

Regional unterschiedliches Interesse

Das Interesse der Bürger an Landtagswahlen hat freilich seit 1951, mit Ausnahme von 1963, stetig von

74,8 auf nunmehr 81,4% zugenommen und ist in den ländlichen Gebieten generell höher als in städtischen Gebieten. So lag auch 1979 die Wahlbeteiligung in den Landkreisen mit 82,8% um 5,2 Prozentpunkte über der in den kreisfreien Städten und um 1,4 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt. Gegenüber 1975 ist die Wahlbeteiligung in den Landkreisen nochmals um 0,7 Prozentpunkte gestiegen, während sie in den kreisfreien Städten gleich blieb und mit 77,6% um 3,8 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt lag.

Während die Beteiligungsquoten in den Wahlkreisen nur geringe Unterschiede aufweisen und zwischen 81,1 und 81,7 nur um 0,6 Prozentpunkte schwanken, zeigen sich zwischen den einzelnen Landkreisen und den kreisfreien Städten weit größere Spannen. Sie betrugen bei den Landkreisen 8,2 und bei den kreisfreien Städten 8,4 Prozentpunkte. Bei 18 der 24 rheinland-pfälzischen Landkreise, aber nur bei einer der zwölf kreisfreien Städte lag die Wahlbeteiligung über dem Landesdurchschnitt.

Betrachtet man die einzelnen Verwaltungskreise, so zeigt die Wahlfreudigkeit im allgemeinen ein Süd-Nord-Gefälle; die Werte streuen bei den Landkreisen zwischen 86,7% im Landkreis Ludwigshafen und 78,5% im Landkreis Birkenfeld und liegen in neun der zehn rheinhessen-pfälzischen Landkreise zum Teil erheblich über dem Landesdurchschnitt. Während im Süden des Landes, mit Ausnahme des Landkreises Kusel (81%), alle Beteiligungsquoten über 83% lagen, wurde im Norden des Landes nur im Rhein-Hunsrück-Kreis (85,2%), im Landkreis Cochem-Zell (84,8%), im Landkreis Trier-Saarburg (84,1%) und im Landkreis Altenkirchen (Ww.) (83,1%) eine Wahlbeteiligung von über 83% registriert. Durch seine traditionell hohe Wahlbeteiligung zeichnete sich unter den Landkreisen wiederum Ludwigshafen (86,7%) aus, gefolgt von Alzey-Worms (85,3%), dem Rhein-Hunsrück-Kreis (85,2%) und den Landkreisen Pirmasens (85,2%), Südliche Weinstraße (84,9%) und Cochem-Zell (84,8%).

Von den kreisfreien Städten übertraf, mit einer Wahlbeteiligung von 82,3%, nur Neustadt den Landesdurchschnitt. Es folgen Frankenthal (81,0%), Mainz (79,7%) und Speyer (79,4%). In Trier war die Wahlbeteiligung mit 73,9% am niedrigsten.

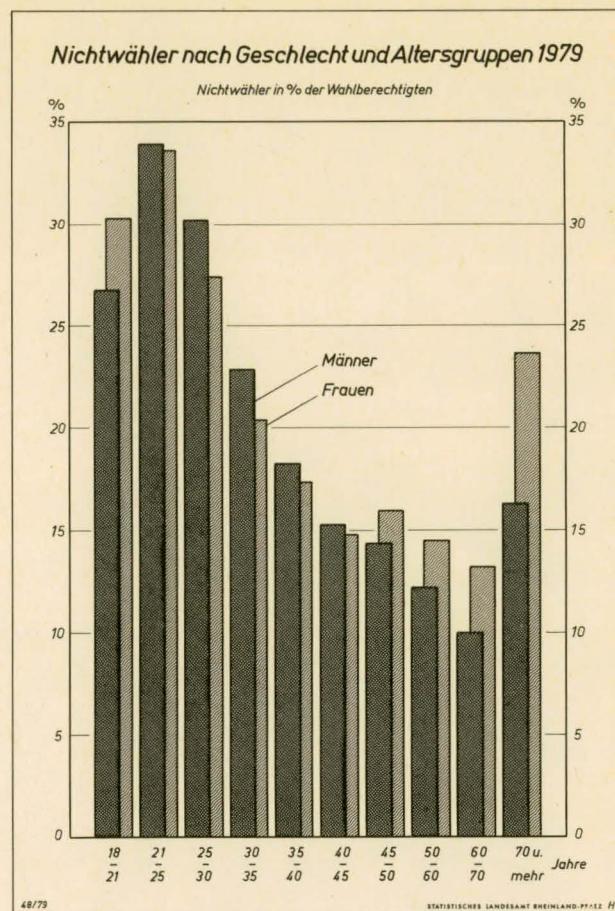
Gegenüber 1975 sind sowohl bei den Landkreisen als auch bei den kreisfreien Städten gestiegene wie rückläufige Beteiligungsquoten festzustellen. Die Spanne der Veränderungen betrug nahezu 5 Prozentpunkte; die Werte streuten zwischen — 2,7 und + 2,2 Punkten. Die bedeutendste Zunahme der Wahlfreudigkeit verzeichnete die kreisfreie Stadt Mainz mit 2,2 Prozentpunkten, gefolgt vom Landkreis Alzey-Worms (+ 2,1), dem Rhein-Lahn-Kreis (+ 2,0) sowie den Landkreisen Trier-Saarburg (+ 2,0), Birkenfeld (+ 1,9) und Mainz-Bingen (+ 1,9). Von den stärksten Rückgängen sind die kreisfreien Städte Ludwigshafen (— 2,7) und Neustadt (— 1,7) betroffen.

Wachsendes politisches Interesse bei den Frauen

Die Zunahme der Wahlbeteiligung gegenüber 1975 ist nach den Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik allein auf eine wachsende Wahlfreudigkeit bei den Frauen zurückzuführen. Während nämlich die Beteiligungsquote der Männer sank, zeigt die der Frauen einen, wenn auch geringfügigen Anstieg. Es beteiligen sich zwar immer noch mehr Männer als Frauen an der Wahl, aber die in der Vergangenheit zu beobachtende Nivellierung der geschlechtsspezifischen Beteiligungsquoten schritt weiter fort, so daß der Unterschied erstmals unter 1 Prozentpunkt lag. Am Rückgang der Wahlbeteiligung der Männer hatten mit 2,9 Prozentpunkten die 25- bis 35jährigen den ausschlaggebenden Anteil.

Niedrige Beteiligungsquoten bei den jüngeren Wahlberechtigten

Stärker als durch das Geschlecht wird das politische Interesse offensichtlich durch das Alter der Wahlberechtigten beeinflußt. Auffällig sind die schon früher beobachteten geringeren Beteiligungsquoten der jüngeren Jahrgänge, obwohl gerade sie von wichtigen Wahlkampfthemen der Schul- und Berufspolitik angesprochen sein mußten. Fast 34% der 21- bis 25jährigen Wahlberechtigten und nahezu 30% der 18- bis 21jährigen gingen nicht zur Wahl. Auf gleich niedrigem Niveau lag mit etwa 71% die Wahlbeteiligung der 25- bis 30jährigen. Mit zunehmendem Alter steigt dann die Wahlbeteiligung bis zu den 60- bis 70jährigen, die eine Beteiligungsquote von 88,1% erreichten. Selbst die über 70jährigen, von denen 79% ihre Stimme ab-



gaben, zeigten größeres politisches Interesse als die jüngeren Jahrgänge.

Diese allgemeinen Feststellungen gelten grundsätzlich für Männer und Frauen. Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung der Frauen zwischen 21 und 45 Jahren über der ihrer männlichen Altersgenossen liegt. Dies gilt insbesondere für die 25- bis 30jährigen und die 30- bis 35jährigen Frauen, deren Beteiligungsquoten die der gleichaltrigen Männer um 2,8 bzw. 2,5 Prozentpunkte übertrafen. Die höchste Wahlbeteiligung wurde mit 90% für die 60- bis 70jährigen Männer festgestellt.

Ergebnisse der Landtagswahlen 1947 – 1979

Wahl	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	Gültige Stimmen	Von den gültigen Stimmen entfielen auf				
				CDU	SPD	F.D.P.	sonstige Parteien	Wählervereinigungen
1947	77,9	10,6	89,4	47,2	34,3	9,8	8,7	–
1951	74,8	5,0	95,0	39,2	34,0	16,7	9,4	0,7
1955	76,0	3,1	96,9	46,8	31,7	12,7	5,9	2,9
1959	77,2	2,1	97,9	48,4	34,9	9,7	7,0	–
1963	75,5	1,8	98,2	44,4	40,7	10,1	4,8	–
1967	78,5	1,5	98,5	46,7	36,8	8,3	8,2	–
1971	79,4	1,3	98,7	50,0	40,5	5,9	3,5	–
1975	80,8	1,0	99,0	53,9	38,5	5,6	1,6	0,3
1979	81,4	1,2	98,8	50,1	42,3	6,4	1,2	–

Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in den

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- be- teiligung	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	NPD	DKP	EAP	KBW
		%	Anzahl			%				
Land										
Rheinland-Pfalz	L 1979	81,4	2 184 540	50,1	42,3	6,4	0,7	0,4	0,0	0,1
	L 1975	80,8	2 120 481	53,9	38,5	5,6	1,1	0,5	-	-
	B 1976	91,5	2 429 253	49,9	41,7	7,6	0,4	0,3	0,0	0,0
Wahlkreise										
Wahlkreis 1	L 1979	81,4	586 907	52,2	41,2	5,8	0,4	0,3	-	0,1
	L 1975	80,7	566 964	56,8	37,0	4,8	0,6	0,4	-	-
	B 1976	91,9	653 701	52,1	40,4	7,0	0,2	0,2	-	0,0
Wahlkreis 2	L 1979	81,1	522 333	55,8	36,5	6,6	0,5	0,4	-	0,1
	L 1975	79,9	502 703	60,5	32,3	5,8	0,9	0,4	-	-
	B 1976	91,2	580 807	56,2	35,4	7,7	0,3	0,2	-	0,0
Wahlkreis 3	L 1979	81,5	512 924	44,8	47,0	6,7	0,7	0,6	0,1	0,1
	L 1975	81,1	501 845	47,9	44,1	6,1	1,1	0,7	-	-
	B 1976	91,4	572 389	43,7	47,1	8,2	0,4	0,4	0,0	0,1
Wahlkreis 4	L 1979	81,7	562 376	47,4	44,5	6,5	1,1	0,4	-	0,1
	L 1975	81,7	548 969	50,4	40,7	5,8	1,8	0,6	-	-
	B 1976	91,4	622 356	47,3	44,1	7,4	0,8	0,3	-	0,0
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	L 1979	81,0	25 285	44,9	47,7	5,9	0,7	0,5	0,1	0,1
	L 1975	82,0	24 804	47,2	45,8	5,1	0,9	0,8	-	-
	B 1976	92,1	28 537	42,8	48,3	7,9	0,5	0,4	0,0	0,1
Kaiserslautern	L 1979	75,9	55 981	42,5	49,1	6,7	1,1	0,5	-	0,2
	L 1975	75,0	55 894	45,4	46,4	5,4	1,8	0,6	-	-
	B 1976	88,4	65 391	41,7	48,7	8,3	0,7	0,3	-	0,1
Koblenz	L 1979	77,5	67 191	49,2	43,5	6,5	0,4	0,3	-	0,1
	L 1975	76,5	67 790	53,7	39,3	5,6	0,6	0,5	-	-
	B 1976	89,6	78 535	48,5	42,7	8,2	0,3	0,3	-	0,1
Landau i.d.Pfalz	L 1979	77,9	21 719	48,1	42,8	7,8	0,9	0,4	-	0,1
	L 1975	78,9	21 864	52,7	37,2	7,3	1,7	0,5	-	-
	B 1976	90,9	25 119	49,1	40,9	9,1	0,6	0,3	-	0,0
Ludwigshafen a.Rhein	L 1979	77,3	89 381	40,3	52,9	5,2	0,6	0,8	0,1	0,1
	L 1975	80,0	94 374	43,2	50,6	4,3	0,9	1,0	-	-
	B 1976	90,4	106 418	39,7	52,8	6,5	0,3	0,5	0,1	0,1
Mainz	L 1979	79,7	95 250	45,7	45,6	7,4	0,4	0,7	0,1	0,1
	L 1975	77,6	93 074	49,4	41,8	7,1	0,7	0,9	-	-
	B 1976	90,8	109 520	44,0	44,8	10,4	0,3	0,4	0,1	0,1
Neustadt a.d.Weinstr.	L 1979	82,3	32 202	51,3	40,3	6,7	1,0	0,6	-	0,0
	L 1975	84,0	32 370	55,6	35,3	6,0	1,6	1,0	-	-
	B 1976	91,2	35 577	50,3	40,2	8,2	0,7	0,5	-	0,0
Pirmasens	L 1979	74,7	30 414	47,5	46,3	4,0	1,5	0,5	-	0,2
	L 1975	75,8	31 432	52,0	40,6	3,6	2,1	1,3	-	-
	B 1976	87,6	36 557	46,9	45,4	6,1	1,0	0,4	-	0,0
Speyer	L 1979	79,4	24 942	49,0	43,6	5,7	0,5	1,0	0,1	0,1
	L 1975	77,7	24 200	51,5	40,8	5,5	1,1	1,0	-	-
	B 1976	89,7	28 138	46,2	45,0	7,5	0,5	0,5	0,0	0,1
Trier	L 1979	73,9	54 705	52,7	41,0	5,3	0,5	0,4	-	0,2
	L 1975	73,4	55 024	58,5	35,5	4,6	0,7	0,5	-	-
	B 1976	87,5	65 711	51,5	41,0	6,7	0,3	0,3	-	0,1
Worms	L 1979	77,1	43 349	41,1	51,2	5,9	1,0	0,6	0,1	0,1
	L 1975	78,2	43 822	44,4	47,6	5,6	1,4	0,9	-	-
	B 1976	88,0	50 443	40,0	51,4	7,4	0,6	0,4	0,0	0,1
Zweibrücken	L 1979	75,9	20 970	41,6	50,1	6,6	1,2	0,4	-	0,2
	L 1975	74,2	20 343	43,9	45,5	5,7	2,3	0,5	-	-
	B 1976	89,3	24 557	40,5	50,1	7,9	1,0	0,3	-	0,0
Landkreise										
Ahrweiler	L 1979	81,6	66 223	67,0	27,2	5,2	0,3	0,3	-	0,1
	L 1975	81,0	63 044	72,5	22,7	3,8	0,4	0,2	-	-
	B 1976	92,7	73 718	68,0	25,5	6,0	0,2	0,2	-	0,0
Altenkirchen (Ww.)	L 1979	83,1	73 958	52,2	39,9	7,2	0,4	0,2	-	0,1
	L 1975	82,1	70 932	57,0	35,9	6,2	0,5	0,3	-	-
	B 1976	92,9	81 232	52,1	39,4	8,1	0,2	0,2	-	0,0
Alzey-Worms	L 1979	85,3	60 558	40,4	49,5	8,5	1,2	0,3	0,1	0,1
	L 1975	83,3	57 326	43,3	46,1	8,0	2,0	0,4	-	-
	B 1976	92,2	64 121	40,7	49,4	8,9	0,7	0,2	0,0	0,0

Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1975 – 1979

Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- be- teiligung	Gültige Stimmen	CDU	SPD	F.D.P.	NPD	DKP	EAP	KBW
noch: Landkreise										
Bad Dürkheim	L 1979	83,1	72 675	46,4	45,8	6,4	1,0	0,4	-	0,1
	L 1975	83,6	69 915	48,6	43,2	5,6	1,6	0,5	-	-
	B 1976	92,3	78 459	45,7	45,9	7,3	0,7	0,2	-	0,0
Bad Kreuznach	L 1979	81,6	88 577	43,4	46,7	8,8	0,7	0,4	-	0,1
	L 1975	81,0	86 385	45,5	45,2	7,7	1,0	0,5	-	-
	B 1976	91,7	98 623	42,3	46,4	10,5	0,4	0,2	-	0,0
Bernkastel-Wittlich	L 1979	80,3	64 445	62,9	28,8	7,2	0,7	0,3	-	0,1
	L 1975	79,4	62 500	68,7	23,6	6,0	1,3	0,3	-	-
	B 1976	90,3	71 992	64,4	27,4	7,4	0,5	0,2	-	0,0
Birkenfeld	L 1979	78,5	53 717	40,2	50,3	8,0	0,6	0,9	-	0,1
	L 1975	76,5	51 716	42,6	48,6	7,0	1,0	0,7	-	-
	B 1976	90,1	61 232	39,9	48,3	10,9	0,4	0,4	-	0,0
Bitburg-Prüm	L 1979	80,4	54 377	65,9	27,9	5,3	0,5	0,3	-	0,2
	L 1975	78,8	52 223	72,7	21,7	4,3	0,8	0,3	-	-
	B 1976	90,6	60 525	68,1	26,0	5,1	0,3	0,2	-	0,0
Cochem-Zell	L 1979	84,8	39 801	70,3	25,0	3,9	0,4	0,3	-	0,1
	L 1975	83,4	38 903	75,2	20,1	3,6	0,7	0,3	-	-
	B 1976	93,1	43 791	71,3	23,6	4,6	0,3	0,1	-	0,0
Daun	L 1979	82,2	35 057	70,5	24,3	4,4	0,3	0,3	-	0,1
	L 1975	81,7	33 408	76,4	19,4	3,3	0,6	0,3	-	-
	B 1976	92,4	38 534	71,7	22,8	4,9	0,2	0,2	-	0,0
Donnersbergkreis	L 1979	83,2	40 719	37,9	52,5	7,3	1,8	0,4	-	0,1
	L 1975	82,8	39 248	39,6	48,3	8,0	3,2	0,5	-	-
	B 1976	91,5	43 966	38,1	51,8	8,1	1,6	0,3	-	0,0
Germersheim	L 1979	83,8	57 331	52,6	38,3	7,9	0,8	0,3	-	0,1
	L 1975	83,5	53 546	55,9	34,0	7,5	1,0	0,4	-	-
	B 1976	92,2	61 024	53,2	38,0	7,9	0,5	0,3	-	0,0
Kaiserslautern	L 1979	83,8	59 894	47,4	45,3	5,7	1,1	0,4	-	0,1
	L 1975	83,7	57 934	49,6	42,4	4,8	1,9	0,4	-	-
	B 1976	92,5	65 251	47,3	44,9	6,5	0,8	0,2	-	0,0
Kusel	L 1979	81,0	47 558	34,3	57,8	5,6	1,3	0,9	-	0,1
	L 1975	81,6	47 031	36,6	54,5	4,9	2,1	0,9	-	-
	B 1976	91,5	53 273	34,2	57,4	6,8	1,0	0,5	-	0,0
Ludwigshafen	L 1979	86,7	78 422	50,0	43,2	5,5	0,6	0,4	0,1	0,1
	L 1975	87,4	74 589	53,0	40,8	4,5	1,1	0,6	-	-
	B 1976	94,7	82 908	49,2	43,7	6,3	0,4	0,3	0,0	0,1
Mainz-Bingen	L 1979	83,9	95 737	47,3	43,4	8,1	0,6	0,4	0,1	0,1
	L 1975	82,0	89 656	51,0	39,8	7,7	0,9	0,5	-	-
	B 1976	92,1	102 304	46,6	43,1	9,5	0,3	0,2	0,0	0,0
Mayen-Koblenz	L 1979	81,3	114 053	52,5	42,6	4,3	0,3	0,3	-	0,1
	L 1975	81,1	110 051	57,4	38,0	3,3	0,5	0,4	-	-
	B 1976	92,0	127 054	52,2	42,0	5,3	0,2	0,2	-	0,0
Neuwied	L 1979	80,9	93 241	49,0	44,2	6,0	0,4	0,3	-	0,1
	L 1975	81,4	90 294	53,5	40,2	5,0	0,5	0,4	-	-
	B 1976	92,2	104 294	48,4	43,5	7,5	0,2	0,3	-	0,0
Pirmasens	L 1979	85,2	63 454	57,7	35,6	5,1	1,1	0,3	-	0,1
	L 1975	85,3	61 816	61,4	31,7	4,4	1,6	0,4	-	-
	B 1976	93,8	69 155	57,8	35,4	5,7	0,8	0,2	-	0,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	L 1979	85,2	56 286	51,5	37,2	10,5	0,4	0,3	-	0,1
	L 1975	84,1	53 324	54,9	34,3	9,8	0,7	0,3	-	-
	B 1976	92,7	59 882	52,0	35,9	11,5	0,3	0,2	-	0,0
Rhein-Lahn-Kreis	L 1979	82,2	72 241	42,8	49,6	6,7	0,5	0,3	-	0,1
	L 1975	80,2	69 558	46,7	45,5	5,8	0,8	0,4	-	-
	B 1976	91,5	79 852	42,5	48,8	8,1	0,3	0,2	-	0,0
Südliche Weinstraße	L 1979	84,9	59 459	53,6	36,8	8,0	1,0	0,4	-	0,1
	L 1975	84,4	57 576	57,6	32,2	7,0	1,6	0,4	-	-
	B 1976	92,4	64 027	55,2	35,5	8,2	0,7	0,3	-	0,0
Trier-Saarburg	L 1979	84,1	75 368	59,4	35,4	4,2	0,6	0,3	-	0,1
	L 1975	82,1	69 220	65,8	29,2	3,5	0,9	0,4	-	-
	B 1976	93,1	80 517	60,4	33,9	5,0	0,3	0,2	-	0,1
Westerwaldkreis	L 1979	82,6	100 000	54,0	39,7	5,5	0,4	0,3	-	0,1
	L 1975	82,1	95 295	58,4	35,5	4,8	0,5	0,3	-	-
	B 1976	92,3	109 016	54,3	38,4	6,8	0,2	0,2	-	0,0

Immer mehr Briefwähler

Bei den Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte und den Landräten gingen rund 165 000 Wahlbriefe ein. Das waren 8 000 mehr als bei der vorangegangenen Landtagswahl. Die Anzahl der wegen Mängel zurückgewiesenen Wahlbriefe - in den meisten Fällen war kein gültiger Wahlschein oder kein mit der notwendigen eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt - lag mit 3% geringfügig niedriger als 1975. Zur Auszählung gelangten somit rund 160 000 Briefwahlstimmen. Das entspricht einem Anteil von 7,2% (1975: 7%) aller abgegebenen Stimmen.

Die repräsentative Wahlstatistik zeigt erwartungsgemäß, daß vor allem ältere Leute die Möglichkeit der Briefwahl nutzen. So beträgt der Anteil der über 70-jährigen Wähler, die mit Wahlschein gewählt haben, 12,5%. Er ist damit etwa doppelt so hoch wie bei den beiden Gruppen, die am nächsthäufigsten von der Briefwahl Gebrauch machten, den 60- bis 70jährigen und den 21- bis 25jährigen. Eine Erklärung für die hohe Zahl der Briefwähler unter den älteren Wahlberechtigten dürfte der zunehmende Verzicht der Gemeinden auf bewegliche Wahlvorstände und die Versorgung der Kranken, Alten und Gebrechlichen in Kranken- und Pflegeheimen mit Briefwahlunterlagen sein. Bei den Jüngeren dürfte der überdurchschnittliche Anteil in erster Linie auf häusliche Abwesenheit wegen Studiums oder Berufsausbildung zurückzuführen sein.

Stagnierender Anteil ungültiger Stimmen

Der Anteil der ungültigen Stimmen betrug 1,2%. Er liegt geringfügig über dem der Landtagswahl im Jahre 1975 (1%) und unter dem der Landtagswahl 1971 (1,3%). Die absolute Zahl der ungültigen Stimmen belief sich auf 27 322. In den einzelnen Verwaltungskreisen streuten die Anteile ungültiger Stimmen zwischen 2,2% im Landkreis Pirmasens und 0,6% in der Stadt Worms, wo wiederum in allen Stimmbezirken Stimmzählgeräte eingesetzt waren. In fünf kreisfreien Städten und in zwölf Landkreisen lagen die Anteile der ungültigen Stimmen unter dem Landesdurchschnitt.

Absage an Splittergruppen

Neben den drei bereits im Landtag vertretenen Parteien CDU, SPD und F.D.P., hatten sich den Wählern vier weitere politische Gruppierungen, nämlich NPD, DKP, EAP und KBW gestellt. Die EAP hatte nur im Wahlkreis 3 einen Wahlvorschlag eingereicht.

Das Wahlergebnis bestätigte erneut die Beständigkeit des gegenwärtigen Parteiensystems; denn nahezu 99% aller Wähler entschieden sich für die drei Landtagsparteien und erteilten damit den extremen Gruppierungen eine klare Absage. Ihr Stimmenanteil ist nunmehr mit 1,2% auf den niedrigsten Wert aller bisherigen Landtagswahlen gesunken.

Absolute Mehrheit der Stimmen und Sitze für die CDU

Die CDU ging aus der Wahl zum 9. Landtag wieder als stärkste Partei hervor. Mit 1 094 480 Stimmen konnte sie zum zweiten Mal in der Geschichte des Landes bei einer Landtagswahl mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Nur 1975 hatte die CDU, freilich unter für sie weit günstigeren bundespolitischen Voraussetzungen, ein um 48 880

Stimmen oder 3,8 Prozentpunkte besseres Ergebnis erzielen können. Der am 18. März erreichte Stimmenanteil liegt noch über dem seit 1961 besten Ergebnis bei einer Bundestagswahl im Jahre 1976 (49,9%).

Der Abstand zur zweitstärksten Partei im Lande, der SPD, beträgt 170 515 Stimmen; 1975 hatte er 326 342 betragen. Die SPD gewann gegenüber der Landtagswahl 1975 insgesamt 106 947 Stimmen und verbesserte ihren Stimmenanteil von 1975 um 3,8 Prozentpunkte. Sie erreichte mit 42,3% ihr bisher bestes Landtagswahlergebnis in Rheinland-Pfalz. Dieser Stimmenanteil liegt noch um 0,6 Prozentpunkte über dem der letzten Bundestagswahl. Nur bei der Bundestagswahl 1972 hatten die Sozialdemokraten mit 44,9% ein noch besseres Ergebnis erzielen können.

Als dritte Partei zog die F.D.P. in den Landtag ein. Sie erhielt 20 486 Stimmen mehr als 1975, verbesserte ihren Stimmenanteil um 0,8 Prozentpunkte auf 6,4% und unterbrach damit den über drei Landtagswahlen anhaltenden Verlusttrend. Sie blieb aber um 1,2 Prozentpunkte unter ihrem letzten Bundestagswahlergebnis.

Die übrigen politischen Gruppierungen wurden von den Wählern erneut zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Die NPD erreichte einen Stimmenanteil von 0,7%, die DKP 0,4%, die KBW 0,1% und die EAP 0,0%.

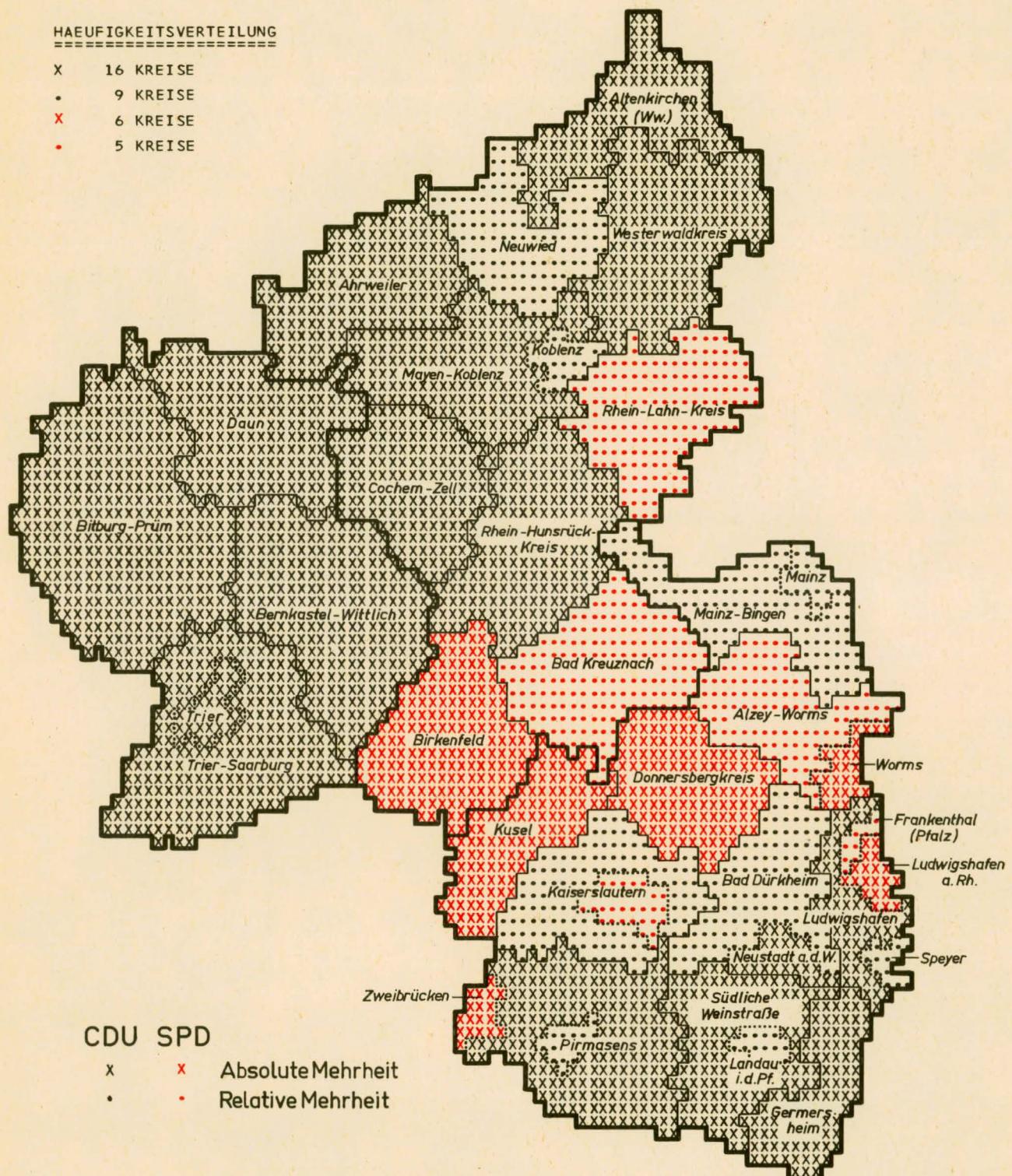
Abstand zwischen CDU und SPD auf 8 Mandate verringert

Das Ergebnis der Landtagswahl von 1979 führte zu einer deutlichen Verschiebung der Landtagsmandate zugunsten der SPD. Während die CDU 4 Sitze verlor, gewann die SPD 3, die F.D.P. 1 Sitz. Der Abstand zwischen CDU und SPD hat sich damit gegenüber 1975 von 15 auf 8 Mandate verringert.

CDU-Verluste in allen vier Wahlkreisen

Wegen ihres Einflusses auf die Sitzverteilung sind die Ergebnisse in den Wahlkreisen von besonderem Interesse. Die CDU hat in allen vier Wahlkreisen Stimmenverluste hinnehmen müssen. Sie waren in den Wahlkreisen 1 (Koblenz) und 2 (Trier), in denen die CDU von jeher eine dominierende Stellung einnahm und auch diesmal mit 52,2 bzw. 55,8% überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte und mit deutlichem Abstand vor der SPD die absolute Mehrheit behielt, mit 4,6 bzw. 4,7 Prozentpunkten besonders hoch. Den CDU-Verlusten standen hier überdurchschnittliche SPD-Gewinne von jeweils 4,2 Prozentpunkten gegenüber. In den Wahlkreisen 3 (Rheinhessen-Vorderpfalz) und 4 (Westpfalz), in denen die Stimmenanteile der CDU mit 44,8 bzw. 47,4% unter dem Landesdurchschnitt lagen, konnte die SPD dagegen nur geringere Gewinne von 2,9 bzw. 3,8 Prozentpunkten erzielen. Während die CDU im Wahlkreis 4 zwar die absolute Mehrheit verlor, aber die relative Mehrheit mit einem Abstand von knapp 3 Prozentpunkten zur SPD behaupten konnte, verlor sie im Wahlkreis 3 ihre bisher relative Mehrheit an die SPD. Auch die F.D.P. hat in den Wahlkreisen 1 und 2 - wenn auch geringfügig - höhere Gewinne erzielt als in den Wahlkreisen 3 und 4.

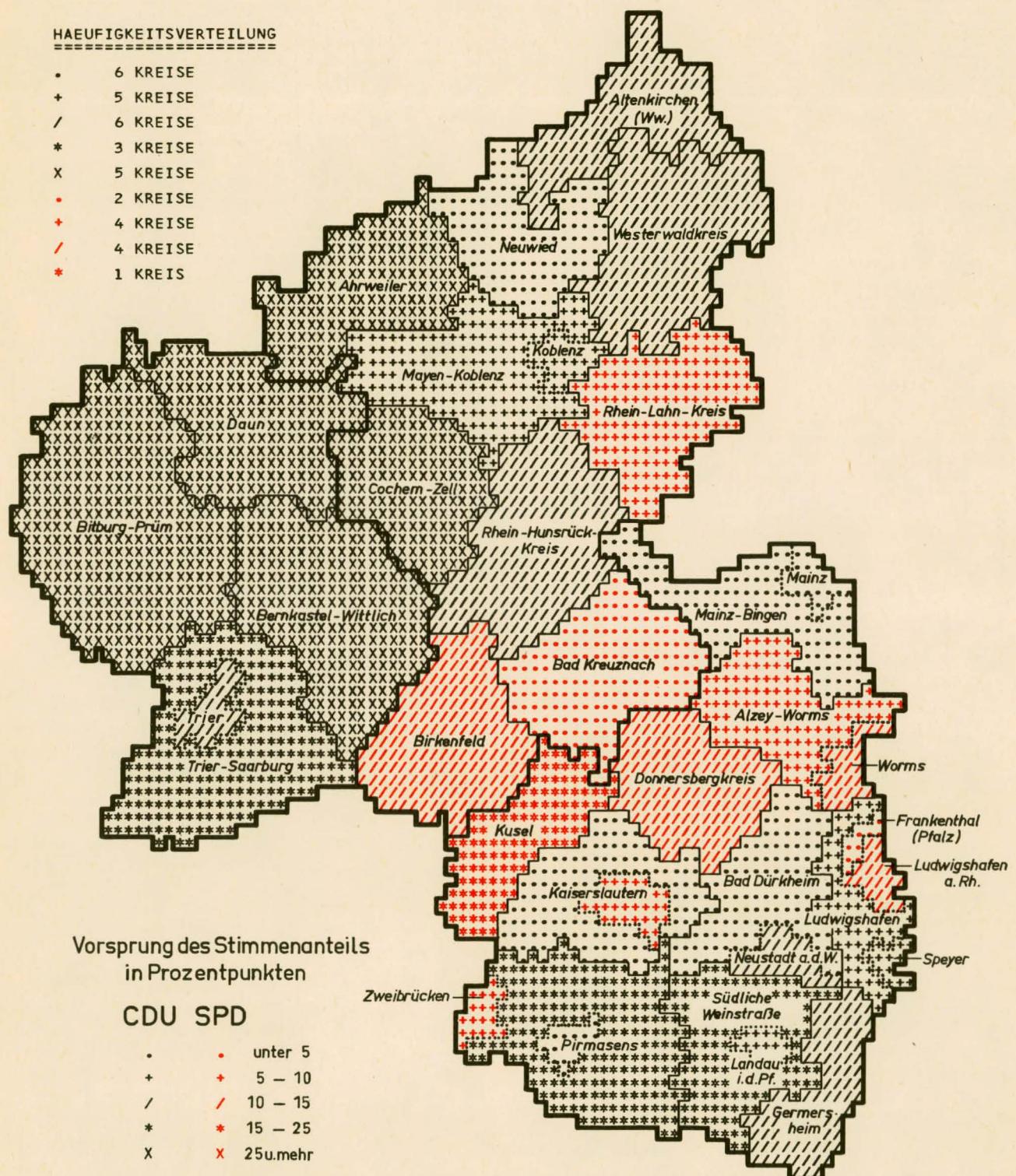
Mehrheitsverhältnisse in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1979



Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1975 – 1979
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Land Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Landtagswahl 1979			Landtagswahl 1975			Bundestagswahl 1976 (Zweitstimmen)		
	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung
		%	Prozent- punkte		%	Prozent- punkte		%	Prozent- punkte
Land									
Rheinland-Pfalz	CDU	50,1	7,8	CDU	53,9	15,4	CDU	49,9	8,2
Wahlkreise									
Wahlkreis 1	CDU	52,2	11,0	CDU	56,8	19,8	CDU	52,1	11,7
Wahlkreis 2	CDU	55,8	19,3	CDU	60,5	28,2	CDU	56,2	20,8
Wahlkreis 3	SPD	47,0	2,2	CDU	47,9	3,8	SPD	47,1	3,4
Wahlkreis 4	CDU	47,4	2,9	CDU	50,4	9,7	CDU	47,3	3,2
Regierungsbezirke									
Koblenz	CDU	51,3	9,9	CDU	55,4	17,7	CDU	51,1	10,6
Trier	CDU	61,5	29,3	CDU	67,6	41,1	CDU	62,3	31,3
Rheinhessen-Pfalz	CDU	46,2	0,5	CDU	49,2	6,9	CDU	45,6	0,1
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	SPD	47,7	2,8	CDU	47,2	1,4	SPD	48,3	5,5
Kaiserslautern	SPD	49,1	6,6	SPD	46,4	1,0	SPD	48,7	7,0
Koblenz	CDU	49,2	5,7	CDU	53,7	14,4	CDU	48,5	5,8
Landau i.d.Pfalz	CDU	48,1	5,3	CDU	52,7	15,5	CDU	49,1	8,2
Ludwigshafen a.Rhein	SPD	52,9	12,6	SPD	50,6	7,4	SPD	52,8	13,1
Mainz	CDU	45,7	0,1	CDU	49,4	7,6	SPD	44,8	0,8
Neustadt a.d.Weinstr.	CDU	51,3	11,0	CDU	55,6	20,3	CDU	50,3	10,1
Pirmasens	CDU	47,5	1,2	CDU	52,0	11,4	CDU	46,9	1,5
Speyer	CDU	49,0	5,4	CDU	51,5	10,7	CDU	46,2	1,2
Trier	CDU	52,7	11,7	CDU	58,5	23,0	CDU	51,5	10,5
Worms	SPD	51,2	10,1	SPD	47,6	3,2	SPD	51,4	11,4
Zweibrücken	SPD	50,1	8,5	SPD	45,5	1,6	SPD	50,1	9,6
Landkreise									
Ahrweiler	CDU	67,0	39,8	CDU	72,5	49,8	CDU	68,0	42,5
Altenkirchen (Ww.)	CDU	52,2	12,3	CDU	57,0	21,1	CDU	52,1	12,7
Alzey-Worms	SPD	49,5	9,1	SPD	46,1	2,8	SPD	49,4	8,7
Bad Dürkheim	CDU	46,4	0,6	CDU	48,6	5,4	SPD	45,9	0,2
Bad Kreuznach	SPD	46,7	3,3	CDU	45,5	0,3	SPD	46,4	4,1
Bernkastel-Wittlich	CDU	62,9	34,1	CDU	68,7	45,1	CDU	64,4	37,0
Birkenfeld	SPD	50,3	10,1	SPD	48,6	6,0	SPD	48,3	8,4
Bitburg-Prüm	CDU	65,9	38,0	CDU	72,7	51,0	CDU	68,1	42,1
Cochem-Zell	CDU	70,3	45,3	CDU	75,2	55,1	CDU	71,3	47,7
Daun	CDU	70,5	46,2	CDU	76,4	57,0	CDU	71,7	48,9
Donnersbergkreis	SPD	52,5	14,6	SPD	48,3	8,7	SPD	51,8	13,7
Germersheim	CDU	52,6	14,3	CDU	55,9	21,9	CDU	53,2	15,2
Kaiserslautern	CDU	47,4	2,1	CDU	49,6	7,2	CDU	47,3	2,4
Kusel	SPD	57,8	23,5	SPD	54,5	17,9	SPD	57,4	23,2
Ludwigshafen	CDU	50,0	6,8	CDU	53,0	12,2	CDU	49,2	5,5
Mainz-Bingen	CDU	47,3	3,9	CDU	51,0	11,2	CDU	46,6	3,5
Mayen-Koblenz	CDU	52,5	9,9	CDU	57,4	19,4	CDU	52,2	10,2
Neuwied	CDU	49,0	4,8	CDU	53,5	13,3	CDU	48,4	4,9
Pirmasens	CDU	57,7	22,1	CDU	61,4	29,7	CDU	57,8	22,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	51,5	14,3	CDU	54,9	20,6	CDU	52,0	16,1
Rhein-Lahn-Kreis	SPD	49,6	6,8	CDU	46,7	1,2	SPD	48,8	6,3
Südliche Weinstraße	CDU	53,6	16,8	CDU	57,6	25,4	CDU	55,2	19,7
Trier-Saarburg	CDU	59,4	24,0	CDU	65,8	36,6	CDU	60,4	26,5
Westerwaldkreis	CDU	54,0	14,3	CDU	58,4	22,9	CDU	54,3	15,9
Große kreisangehörige Städte									
Andernach	SPD	49,2	2,8	CDU	52,2	8,5	CDU	47,4	1,0
Bad Kreuznach	SPD	44,4	0,5	CDU	47,7	6,3	SPD	45,5	3,2
Bingen	CDU	52,0	10,8	CDU	55,5	17,7	CDU	51,2	10,7
Idar-Oberstein	SPD	52,1	13,3	SPD	50,0	8,1	SPD	50,5	12,0
Ingelheim am Rhein	CDU	45,5	0,9	CDU	49,8	9,5	CDU	44,0	0,4
Lahnstein	CDU	48,1	2,8	CDU	51,6	10,2	SPD	46,5	0,7
Mayen	CDU	48,0	0,6	CDU	51,7	8,3	SPD	47,4	0,7
Neuwied	SPD	52,4	11,7	SPD	48,6	3,8	SPD	52,2	12,8

Vorsprung der stärksten Partei 1979



Wahlbeteiligung und Stimmenanteile in Abhängigkeit von politischen und sozialen Strukturen

Strukturmerkmal	Landtagswahl 1979				Veränderung zur Landtagswahl 1975			
	Wähler	CDU	SPD	F.D.P.	Wähler	CDU	SPD	F.D.P.
CDU-Anteil 1975								
niedrig	79,2	39,8	51,7	6,6	0,0	- 2,7	+ 2,9	+ 0,7
hoch	81,5	62,6	31,3	5,1	+ 1,0	- 5,6	+ 5,2	+ 0,9
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
SPD-Anteil 1975								
niedrig	82,6	63,9	30,0	5,1	+ 1,0	- 5,6	+ 5,2	+ 0,9
hoch	79,5	40,0	51,6	6,6	- 0,1	- 2,7	+ 2,8	+ 0,7
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
F.D.P.-Anteil 1975								
niedrig	81,8	59,9	34,9	4,4	+ 0,7	- 5,3	+ 5,0	+ 0,9
hoch	83,3	45,9	44,3	8,5	+ 1,0	- 3,0	+ 3,2	+ 0,5
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
Einwohnerdichte								
niedrig	82,6	57,2	35,4	6,3	+ 1,2	- 4,6	+ 4,5	+ 0,7
hoch	77,6	46,3	46,3	6,0	+ 0,1	- 3,8	+ 3,6	+ 0,7
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
Katholikenanteil								
niedrig	80,3	41,4	50,0	6,8	+ 0,7	- 2,6	+ 3,2	+ 0,7
hoch	81,1	60,6	34,0	4,6	+ 1,0	- 5,6	+ 5,2	+ 0,9
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
Anteil der Erwerbspersonen im Produzierenden Gewerbe								
niedrig	80,1	59,2	33,6	6,4	+ 1,1	- 5,1	+ 4,7	+ 0,9
hoch	82,0	49,4	43,4	5,9	- 0,6	- 3,3	+ 3,1	+ 0,8
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
Anteil der Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor								
niedrig	84,5	48,7	43,0	6,8	+ 0,2	- 3,0	+ 3,4	+ 0,6
hoch	77,7	47,5	44,6	6,6	+ 1,0	- 4,0	+ 4,2	+ 0,7
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8
Anteil der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft								
niedrig	77,1	45,9	46,6	6,1	+ 0,3	- 3,8	+ 3,6	+ 0,7
hoch	83,4	58,2	34,1	6,6	+ 1,3	- 5,1	+ 4,9	+ 0,8
Landesdurchschnitt	81,4	50,1	42,3	6,4	+ 0,6	- 3,8	+ 3,8	+ 0,8

CDU-Mehrheiten in 18 Landkreisen und 7 kreisfreien Städten

Die Wahlergebnisse in den einzelnen Verwaltungskreisen verdeutlichen trotz durchgängiger Stimmeneinbußen der CDU, die in den Landkreisen zwischen 6,8 (Bitburg-Prüm) und 1,7 (Donnersbergkreis) und in den kreisfreien Städten zwischen 5,8 (Trier) und 2,3 (Frankenthal) Prozentpunkten streuten, ihre nach wie vor dominierende Stellung im Lande. Während die CDU nämlich in 14 Landkreisen und in zwei kreisfreien Städten die absolute und in vier Landkreisen und fünf kreisfreien Städten die relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte, erreichte die SPD nur in drei Landkreisen und drei kreisfreien Städten die absolute und in drei Landkreisen und zwei kreisfreien Städten die relative Stimmenmehrheit. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Landtagswahl 1975 zeigt freilich beachtliche Erfolge der SPD. Damals hatte die CDU in 22 der 36 Verwaltungskreise die absolute und in sechs weiteren die relative Mehrheit erzielen können.

Die SPD konnte gegenüber 1975 in allen Verwaltungskreisen Gewinne erzielen. In den Landkreisen lagen diese zwischen 6,2 (Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg) und 1,5 (Bad Kreuznach) in den kreisfreien Städten zwischen 5,7 (Pirmasens) und 1,9 (Frankenthal) Prozentpunkten. Sie erzielte ihr bestes Ergebnis

mit 57,8% im Landkreis Kusel. Höhere Stimmenanteile hatte die CDU in den Landkreisen Daun (70,5%), Cochem-Zell (70,3%), Ahrweiler (67,0%), Bitburg-Prüm (65,9%), Bernkastel-Wittlich (62,9%) und Trier-Saarburg (59,4%). Unter den kreisfreien Städten meldeten Trier (52,7%) und Neustadt (51,3%) die höchsten CDU-Anteile. Gleichermassen gute Ergebnisse erzielte die SPD in Ludwigshafen (52,9%), Worms (51,2%) und Zweibrücken (50,1%). Die F.D.P. errang mit 10,5% ihren höchsten Stimmenanteil im Rhein-Hunsrück-Kreis. Sie erzielte überdurchschnittliche Ergebnisse in elf Landkreisen und sechs kreisfreien Städten, blieb aber in vier Landkreisen und einer kreisfreien Stadt unter der 5%-Marke.

Überdurchschnittliche CDU-Anteile bei der Briefwahl

Das Briefwahlergebnis weicht, wie schon früher beobachtet, erheblich vom Landesergebnis ohne Briefwahl ab. So entfielen 55,8% der gültigen Briefwahlstimmen auf die CDU. Während die CDU damit um 5,7 Punkte über dem im Land erreichten Stimmenanteil liegt, bleibt die SPD mit 36,8% um 5,5 Punkte dahinter zurück. Die F.D.P. ist dagegen bei Brief- und Urnenwählern gleich stark vertreten.

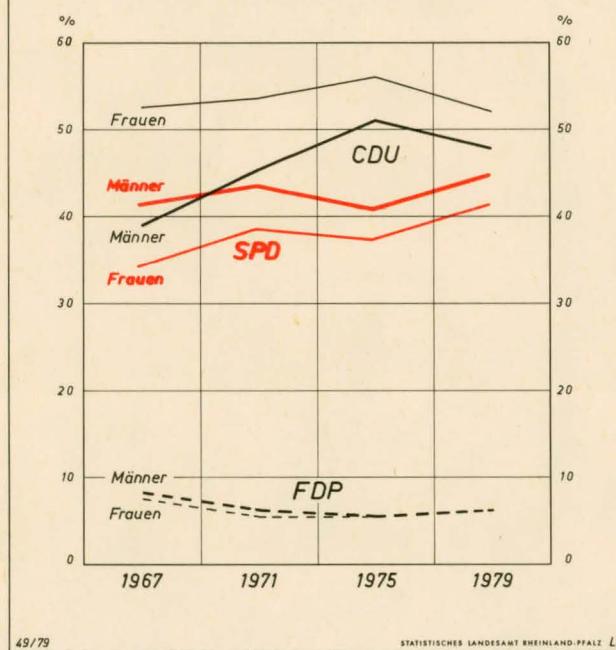
Höchste CDU-Verluste in den Hochburgen

Die CDU erzielte die besten Ergebnisse in ihren Hochburgen im Norden und Nordwesten des Landes,

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1975 – 1979

Altersgruppe	Wahl	Wahl- be- teiligung	Von 100 gültigen Stimmen entfielen auf						Von 100 Stimmen waren ungültig
			CDU	SPD	F.D.P.	NPD	DKP	Sonstige	
Insgesamt									
18 – 25 Jahre	L 1979	67,9	42,7	49,5	6,4	0,5	0,6	0,4	1,5
	L 1975	68,3	49,5	43,2	5,0	0,9	0,8	0,7	0,9
	B 1976	84,2	42,2	49,6	7,1	0,3	0,4	0,4	0,5
25 – 35 Jahre	L 1979	74,4	46,2	46,5	6,4	0,4	0,3	0,1	0,9
	L 1975	76,5	53,6	39,8	5,2	0,8	0,5	0,3	0,8
	B 1976	88,8	47,1	43,7	8,6	0,2	0,3	0,1	0,5
35 – 45 Jahre	L 1979	83,6	51,6	41,0	6,5	0,5	0,3	0,1	1,3
	L 1975	83,7	53,8	38,7	5,8	1,1	0,4	0,3	1,1
	B 1976	93,4	51,2	40,3	7,9	0,4	0,2	0,1	0,7
45 – 60 Jahre	L 1979	85,9	50,4	42,0	6,0	1,0	0,4	0,1	1,5
	L 1975	85,8	53,2	38,5	5,8	1,5	0,6	0,3	1,1
	B 1976	94,5	50,5	41,3	7,1	0,7	0,3	0,1	0,9
60 u. mehr Jahre	L 1979	83,6	54,6	38,6	5,6	0,8	0,3	0,0	1,3
	L 1975	81,9	55,7	37,0	5,4	1,2	0,5	0,2	0,9
	B 1976	92,2	53,5	39,9	5,8	0,6	0,2	0,1	1,2
Insgesamt	L 1979	80,4	50,1	42,6	6,1	0,7	0,4	0,1	1,3
	L 1975	80,3	53,6	38,9	5,5	1,2	0,5	0,3	1,0
	B 1976	91,4	49,8	42,2	7,2	0,5	0,2	0,1	0,8
Männer									
18 – 25 Jahre	L 1979	68,4	41,8	50,3	6,1	0,6	0,7	0,4	1,6
	L 1975	68,4	48,4	44,0	4,7	1,1	1,0	0,8	0,8
	B 1976	85,1	41,6	50,3	6,7	0,4	0,5	0,4	0,5
25 – 35 Jahre	L 1979	73,1	44,5	48,3	5,9	0,6	0,5	0,1	0,8
	L 1975	76,0	51,3	41,6	5,2	1,1	0,6	0,3	0,7
	B 1976	88,5	46,0	44,9	8,1	0,3	0,4	0,2	0,5
35 – 45 Jahre	L 1979	83,3	50,0	42,3	6,3	0,8	0,4	0,1	1,2
	L 1975	83,9	51,6	40,4	5,7	1,5	0,5	0,3	1,1
	B 1976	93,4	50,3	40,6	8,2	0,5	0,2	0,1	0,6
45 – 60 Jahre	L 1979	87,0	48,4	43,4	6,1	1,3	0,7	0,2	1,7
	L 1975	87,1	50,5	40,2	5,6	2,4	1,0	0,4	1,1
	B 1976	95,0	49,3	41,7	7,5	1,0	0,4	0,1	0,9
60 u. mehr Jahre	L 1979	87,0	51,6	40,5	5,9	1,4	0,6	0,1	1,3
	L 1975	84,9	52,0	39,1	5,9	1,9	0,8	0,3	1,1
	B 1976	94,3	51,4	41,0	6,2	0,9	0,3	0,1	1,1
Zusammen	L 1979	80,7	47,9	44,3	6,1	1,0	0,6	0,2	1,4
	L 1975	80,9	51,0	40,7	5,5	1,7	0,8	0,3	1,0
	B 1976	91,9	48,3	43,1	7,4	0,7	0,4	0,2	0,8
Frauen									
18 – 25 Jahre	L 1979	67,5	43,6	48,5	6,7	0,4	0,5	0,3	1,5
	L 1975	68,3	50,7	42,3	5,4	0,7	0,6	0,4	1,0
	B 1976	83,2	42,9	48,9	7,5	0,2	0,2	0,3	0,5
25 – 35 Jahre	L 1979	75,8	47,9	44,7	6,9	0,2	0,2	0,1	1,0
	L 1975	77,0	56,0	37,9	5,2	0,4	0,3	0,1	1,0
	B 1976	89,0	48,2	42,5	9,0	0,1	0,1	0,1	0,5
35 – 45 Jahre	L 1979	84,0	53,2	39,8	6,6	0,3	0,1	0,0	1,3
	L 1975	83,5	56,1	36,8	5,9	0,7	0,2	0,2	1,2
	B 1976	93,5	52,2	39,9	7,6	0,2	0,1	0,1	0,7
45 – 60 Jahre	L 1979	85,0	52,1	40,9	6,0	0,7	0,2	0,1	1,4
	L 1975	84,9	55,5	37,1	5,9	0,9	0,4	0,2	1,1
	B 1976	94,0	51,4	41,1	6,8	0,5	0,1	0,1	0,9
60 u. mehr Jahre	L 1979	81,4	56,6	37,3	5,5	0,4	0,2	0,0	1,2
	L 1975	79,7	58,4	35,5	5,1	0,6	0,3	0,1	0,9
	B 1976	90,8	55,0	39,2	5,5	0,3	0,1	0,0	1,3
Zusammen	L 1979	80,0	52,0	41,1	6,2	0,4	0,2	0,1	1,3
	L 1975	79,7	56,0	37,2	5,5	0,7	0,3	0,2	1,0
	B 1976	90,9	51,1	41,4	7,0	0,3	0,1	0,1	0,9

Stimmabgabe der Männer und Frauen 1967-1979



so in den Landkreisen Daun (70,5%), Cochem-Zell (70,3%), Ahrweiler (67,0%), Bitburg-Prüm (65,9%), Bernkastel-Wittlich (62,9%) und Trier-Saarburg (59,4%). In diesen Gebieten mußten die Christdemokraten aber zugleich überdurchschnittliche Stimmenabbußen zwischen 6,8 und 4,9 Prozentpunkten hinnehmen und schnitten damit sogar schlechter ab als bei der Landtagswahl 1971. Ihre geringsten Stimmenanteile erreichte die CDU in den SPD-Hochburgen, im Landkreis Kusel (34,3%), dem Donnersbergkreis (37,9%), in den Landkreisen Birkenfeld (40,2%) und Alzey-Worms (40,4%) sowie in der kreisfreien Stadt Ludwigshafen (40,3%). Hier lagen mit Werten zwischen 2,9 und 1,7 Prozentpunkten allerdings auch ihre Verluste am niedrigsten. Es ergibt sich, wie auch die Ergebnisse aller 36 Verwaltungskreise zeigen, daß die CDU-Verluste bei der Landtagswahl 1979 umso stärker waren, je höher ihr Stimmenanteil im Jahre 1975 lag.

Die SPD erreichte ebenso wie 1975 ihre höchsten Stimmenanteile im Landkreis Kusel (57,8%), dem Donnersbergkreis (52,5%), dem Landkreis Birkenfeld (50,3%) und den kreisfreien Städten Ludwigshafen (52,9%), Worms (51,2%) und Zweibrücken (50,1%). Am niedrigsten fielen ihre Stimmenanteile in den Hochburgen der CDU, den Landkreisen Daun (24,3%), Ahrweiler (27,2%), Bitburg-Prüm (27,9%), Bernkastel-Wittlich (28,8%) und Trier-Saarburg (35,4%) aus. Mit Zuwachsen zwischen 6,2 und 4,5 Prozentpunkten erzielten die Sozialdemokraten in diesen Gebieten aber überdurchschnittliche Gewinne, mit denen sie sogar ihre Stimmenanteile von 1971 noch verbessern konn-

ten. Insgesamt gesehen hat die SPD überdurchschnittlich gewonnen, wo sie 1975 nur geringe Stimmenanteile erhalten hatte. In ihren Hochburgen blieben die Gewinne unter dem Landesdurchschnitt.

Die F.D.P. verbesserte - abgesehen vom Donnersbergkreis (— 0,7) - ihre Stimmenanteile in allen kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen 0,2 und 1,3 Prozentpunkten. Auch ihre Gewinne sind dort höher, wo sie 1975 relativ schwach vertreten war.

Langfristiger Abbau traditioneller Parteibindungen

Die Analyse des Wahlergebnisses anhand der politischen und sozialen Struktur im Lande¹⁾ zeigt eine nach wie vor bestehende Vormachtstellung der CDU in ländlichen Gebieten. Der CDU-Stimmenanteil in den Landkreisen beträgt 51,6%, in den kreisfreien Städten 45,7%. Die SPD ist dagegen in den Städten (46,6%) stärker als in den Landkreisen (40,8%) vertreten. Die Verluste der CDU liegen mit 3,7 Prozentpunkten in den kreisfreien Städten unter dem Landesdurchschnitt, in den Landkreisen (4,0) darüber. Demgegenüber vergrößerte die SPD ihren Stimmenanteil mit 3,9 Prozentpunkten auf dem Lande überdurchschnittlich, bleibt aber mit 3,7 Punkten in den Städten knapp unter ihrem durchschnittlichen Zuwachs im Lande.

Insgesamt gesehen sind die Stimmenanteile der CDU, aber zugleich auch die Stimmenverluste gegenüber 1975, am höchsten in Gebieten mit geringer Einwohnerdichte, hohem Katholikenanteil, überdurchschnittlicher Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft und unterrepräsentiertem Dienstleistungssektor. Geringer sind ihre Stimmenanteile und unterdurchschnittlich die Verluste in städtischen Siedlungsräumen mit hoher Beschäftigungsquote im produzierenden Gewerbe und stärkerem Protestantanteil. Bei der SPD zeigt das Wahlergebnis genau gegenteilige Tendenz.

Der langfristig zu beobachtende Trend zum Abbau der Hochburgen bzw. traditioneller Bindungen an Parteien wird insbesondere an der Entwicklung in den mehr landwirtschaftlich strukturierten Kreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung deutlich. Der Stimmenanteil der CDU beträgt im Durchschnitt 55,8%, die Stimmenverluste sind mit 4,6 Prozentpunkten wesentlich höher als in den mehr gewerbl.-evangelischen, deren durchschnittlicher CDU-Anteil 42,2%, der Stimmenverlust aber nur 2,5% betrug.

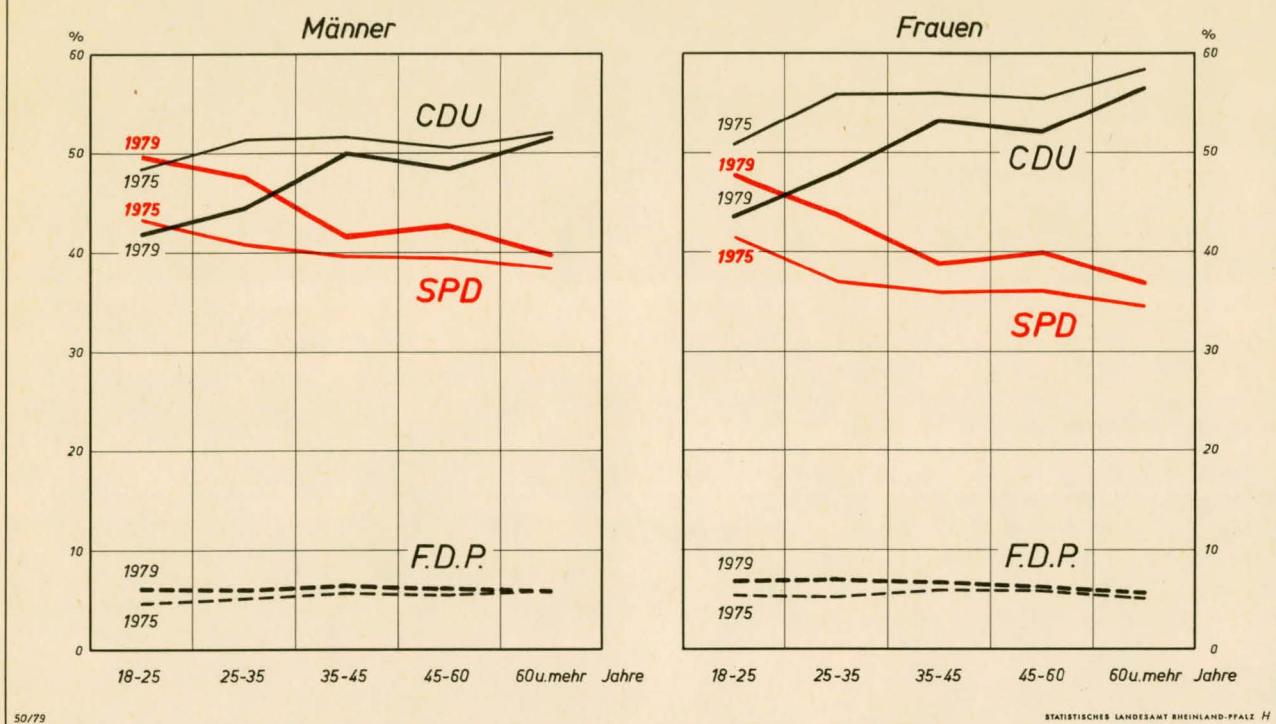
Auch die sich verringerten Abstände zwischen den höchsten und niedrigsten Stimmenanteilen der einzelnen Parteien sind ein deutlicher Hinweis auf diese Entwicklung. In den Verwaltungskreisen liegt die Distanz 1979 für die CDU bei 36,2 Prozentpunkten, vor vier Jahren betrug sie noch 39,8. Für die SPD hat sie sich zwischen den beiden letzten Landtagswahlen von 35,1 auf 33,5 Prozentpunkte verringert.

Größere CDU-Anteile bei Frauen und höheren Altersgruppen

Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Wählerschaft der Parteien nach Alter und Geschlecht vermittelt die repräsentative Wahlstatistik. Sie ist wegen des Gebots der absoluten Wahrung des Wahlgeheimnisses auf das Geschlecht der Wahlberechtigten sowie auf ihre Zugehörigkeit zu einer von fünf Altersgruppen

¹⁾ Vgl. Die Landtagswahlkreise - Zusammensetzung und Struktur (1978) - Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, B VII 2-8 v. 4. Dezember 1978.

Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen 1975 und 1979



beschränkt. Aus dem gleichen Grunde muß auf die Einbeziehung der Briefwähler verzichtet werden.

Ihre Stellung als absolut stärkste Partei verdankt die CDU in erster Linie den Frauen, von denen sich 52% für sie entschieden; 41,1% gaben ihre Stimme der SPD, 6,2% der F.D.P. Von den Männern wählten 47,9% CDU, 44,3% SPD und 6,1% F.D.P. Der Abstand zwischen CDU und SPD beträgt somit bei den Frauen 10,9, bei den Männern nur 3,6 Prozentpunkte. 1975 hatte er bei den Frauen noch 18,8, bei den Männern 10,3 Punkte betragen.

Die unterschiedliche Geschlechterproportion der Parteien zeigt auch folgende Berechnung: Während nach der allgemeinen Geschlechterrelation auf 100 Wähler 113 Wählerinnen entfallen, treffen auf 100 Wähler bei der CDU 123 Wählerinnen, bei der SPD 105 und bei der F.D.P. 115 Wählerinnen. NPD und DKP sind ausgesprochene Männerparteien, die entsprechenden Relationen lauten 100 zu 48 und 100 zu 41.

Die Parteien werden jedoch nicht nur von Männern und Frauen, sondern auch von jüngeren und älteren Wählern unterschiedlich bevorzugt. Während die CDU in drei der fünf festgelegten Altersgruppen, nämlich bei den 35- bis 45jährigen (51,6%), den 45- bis 60-jährigen (50,4%) sowie bei den 60 Jahre und älteren (54,6%) Wählern die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte und bei den 25- bis 30jährigen mit 46,2% nur 0,3 Prozentpunkte unter dem SPD-Anteil lag, entschieden sich die Jungwähler deutlich für die SPD; ihr gaben sie 49,5% ihrer Stimmen, ein Anteil, der 6,8 Punkte über dem der CDU liegt. 1975 war die CDU dagegen für die Wähler aller Altersgruppen attraktiver gewesen.

Ihren größten Stimmenanteil erhielt die CDU mit 56,6% von den Frauen im Alter von 60 und mehr Jahren, den geringsten mit 41,8% von den 18- bis 25jährigen Männern. Die CDU-Anteile steigen, sieht man einmal von den 45- bis 60jährigen, bei denen zur vorherigen Altersgruppe ein leichter Rückgang eintritt, mit zunehmendem Alter an. Gegenüber 1975 gingen sie allerdings sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen in allen Altersgruppen zurück, mit 8,1 Prozentpunkten am stärksten bei den 25- bis 35jährigen Frauen. Es folgten mit 7,1 Prozentpunkten die 18- bis 25jährigen Frauen. Eine vergleichbare Entwicklung ist bei den Männern zu beobachten; hier verlor die CDU Stimmenanteile bei den 25- bis 35jährigen von 6,8 und bei den 18- bis 25jährigen von 6,6 Punkten.

Jungwähler bevorzugten SPD

Die Sozialdemokraten erreichten ihre höchsten Stimmenanteile bei den Jungwählern; sie beliefen sich bei den 18- bis 25jährigen Männern auf 50,3%, bei den gleichaltrigen Frauen auf 48,5%. Nur unwesentlich niedriger lag mit 48,3% der SPD-Anteil bei den 25- bis 35jährigen Männern. In allen übrigen Altersgruppen liegen die Stimmenanteile der SPD unter denen der CDU, wobei sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern im Alter von 60 und mehr Jahren die Abstände mit 19,3 bzw. 11,1 Prozentpunkten am größten sind. Erhebliche Distanzen bestehen ferner bei den Wählerinnen im Alter von 35 bis 45 Jahren und von 45 bis 60 Jahren (13,4 bzw. 11,2 Punkte) sowie bei den 35- bis 45jährigen Männern (7,7 Punkte).

Bemerkenswert ist, daß die höchsten Verluste der CDU sowohl bei den Wählern als auch bei den Wählerinnen mit einem erheblichen Absinken der Wahl-

Mandatsverteilung nach Wahlkreisen 1975 – 1979

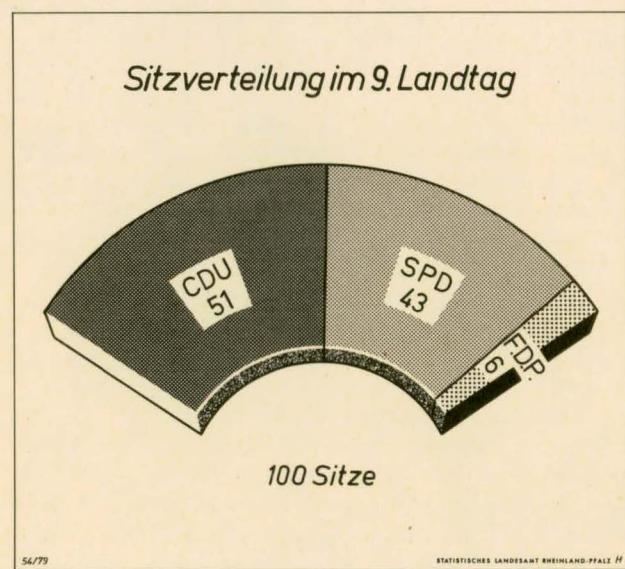
Wahlkreis	1979				1975			
	Sitze insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Sitze insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.
1	26	14	11	1	26	15	10	1
2	25	14	9	2	24	15	8	1
3	23	11	11	1	24	12	11	1
4	26	12	12	2	26	13	11	2
Rheinland-Pfalz	100	51	43	6	100	55	40	5

beteiligung um 2,9 bzw. 1,2 Punkten einhergehen, was sowohl auf ein Fernbleiben potentieller CDU-Wähler von der Wahl als auch auf einen Wählerwechsel zur SPD schließen lässt.

Die F.D.P. fand bei den Frauen der drei unteren Altersgruppen, das heißt bei den Wählerinnen zwischen 18 und 45 Jahren, mehr Resonanz als bei den Männern. Das beste Ergebnis lag mit 6,9% bei den 25- bis 35jährigen. Die größten Gewinne gegenüber 1975 erzielten die Freien Demokraten ebenfalls bei den 25- bis 35jährigen Wählerinnen (1,7 Punkte) sowie bei den Jungwählern, also den 18- bis 25jährigen Männern (1,4 Punkte) und Frauen (+ 1,3 Punkte).

21 neue Abgeordnete

Von den 100 Abgeordneten des 9. Landtags Rheinland-Pfalz gehören dem Parlament 21 zum erstenmal an. 14 von ihnen entsendet die SPD, 5 die CDU und 2 die F.D.P. Die Zahl der weiblichen Abgeordneten erhöht sich von 8 auf 10; 6 gehören der CDU, 4 der SPD an.



Durchschnittsalter der Abgeordneten 47 Jahre

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten des 9. rheinland-pfälzischen Landtags liegt bei 47 Jahren und ist damit um ein Jahr höher als im 8. Landtag. Das Durchschnittsalter der SPD-Abgeordneten liegt bei 45 Jahren am niedrigsten. Die CDU-Parlamentarier sind im Durchschnitt 48 Jahre, die F.D.P.-Abgeordneten 54 Jahre alt. Der Alterspräsident ist 67 Jahre alt und gehört der F.D.P. an. Einer der 100 Abgeordneten ist jünger als 30 Jahre alt. 20 Parlamentarier sind zwischen 30 und 40 Jahre, 37 zwischen 40 und 50 Jahre, 38 zwischen 50 und 60 Jahre, 4 über 60 Jahre alt.

Öffentlicher Dienst dominiert

Die berufliche Zusammensetzung des 9. Landtags zeigt wiederum ein starkes Gewicht der Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem 8. Landtag von 57 auf 61 erhöht. 35 von ihnen gehören der CDU-, 23 der SPD- und 3 der F.D.P.-Fraktion an. Die Zahl der Abgeordneten aus freien Berufen hat sich von 20 auf 23 erhöht. Unter ihnen finden sich 9 Rechtsanwälte, 7 selbständige Kaufleute, 3 landwirtschaftliche Betriebsinhaber, eine Ärztin, ein Handwerker, ein Bauingenieur und ein Journalist. Nicht aus dem öffentlichen Dienst kommen 7 Arbeitnehmer; 6 Abgeordnete sind hauptamtliche Geschäftsführer bzw. Beschäftigte von Parteien oder Gewerkschaften. Von den 10 weiblichen Abgeordneten sind 3 Hausfrauen.

Alle Verwaltungskreise im Parlament vertreten

Jeder der 36 Verwaltungskreise des Landes stellt mindestens einen Abgeordneten. Spitzenreiter in der Zahl der Abgeordneten ist der Landkreis Bad Kreuznach mit sechs Parlamentariern, ihm folgen die Städte Koblenz und Mainz mit jeweils fünf Abgeordneten. Aus den kreisfreien Städten Trier und Ludwigshafen kommen ebenso wie aus den Landkreisen Mayen-Koblenz, Neuwied, Westerwald, Ludwigshafen, Mainz-Bingen und Germersheim je 4 Abgeordnete. Mit einem Abgeordneten müssen sich die Landkreise Cochem-Zell, Daun und Pirmasens sowie die Städte Frankenthal, Landau und Neustadt begnügen.

Dr. M. Ungleba

Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände

1973 bis 1978

Das Recht auf Selbstverwaltung, das den Gemeinden und Gemeindeverbänden von Grundgesetz und Landesverfassung gewährleistet wird, schließt den Anspruch der kommunalen Gebietskörperschaften auf eine ihren Aufgaben angemessene Finanzausstattung ein. Art. 49 Abs. 5 der Landesverfassung macht daher dem Land zur Pflicht, „den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern“. Als originäre Einnahmequellen weist das Grundgesetz den kommunalen Gebietskörperschaften einen Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer sowie das Aufkommen der Realsteuern und der örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern zu (Art. 106 Abs. 5 und 6 GG). Zur Ergänzung dieser eigenen Einnahmen fließt den Gemeinden und Gemeindeverbänden außerdem ein bestimmter Prozentsatz des Landesanteils an den Gemeinschaftssteuern zu. Die Höhe dieser Quote und die Überlassung weiterer Steuereinnahmen des Landes ist in das Ermessen des Landesgesetzgebers gestellt (Art. 106 Abs. 7 GG).

Unterschiedliche Aufgabenverteilung in den Ländern

Eine solche flexible Regelung des kommunalen Finanzausgleichs ist notwendig, um den jeweiligen landesspezifischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Unterschiede können einmal aus der originären Finanzausstattung von Land und Gemeinden (Gv.) resultieren, zum anderen ist die Verteilung der Aufgaben und damit der Lasten auf den staatlichen und den kommunalen Bereich in den einzelnen Bundesländern keineswegs einheitlich geregelt. Zieht man die unmittelbaren Ausgaben als Maßstab der Aufgabenerfüllung heran, so zeigt sich, daß der Anteil der Länder in den letzten Jahren zwar generell gestiegen ist, typische landesspezifische Strukturen sich aber erhalten haben. Kennzeichnend ist insbesondere der höhere Landesanteil in den drei kleineren Flächenländern Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland, der darauf zurückzuführen ist, daß bestimmte Aufgaben hier

zentral vom Land wahrgenommen werden, die in den großen Flächenländern dezentralisiert sind und teilweise besonderen kommunalen Körperschaften höherer Ebene (Bezirksverbände, Landschaftsverbände) übertragen wurden. In Rheinland-Pfalz ist nur eine Körperschaft dieser Art, der Bezirksverband Pfalz, regional begrenzt und mit vergleichsweise geringem Aufgabenumfang tätig. Vor diesem Hintergrund müssen daher die unterschiedlichen Leistungen der Länder im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gesehen werden.

Neben den Zuweisungen aus dem Steuerverbund fließen den Gemeinden und Gemeindeverbänden weitere beträchtliche Mittel zu, mit denen das Land bestimmte Aufgaben gezielt fördert. Teilweise werden diese Leistungen vom Bund mitgetragen, so z. B. die Krankenhausfinanzierung, die Städtebauförderung und das Wohngeld. Nicht berücksichtigt ist in der folgenden Analyse die Vergabe von Darlehen, deren ohnehin geringe Bedeutung in den letzten Jahren noch weiter zurückgegangen ist. Für die Wahl des Zeitraums war maßgebend, daß die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung im Jahre 1973 beträchtliche Verschiebungen der Zahlungsströme zur Folge hatte, so daß der Vergleich mit den davorliegenden Jahren erheblich beeinträchtigt ist.

Ein Fünftel der Ausgaben für die Gemeinden

Die Leistungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 1978 auf insgesamt 1 847 Mill. DM. Dies entspricht einem Anteil von 19,6% an den Gesamtausgaben des Landes (ohne besondere Finanzierungsvorgänge). Etwa zwei Drittel dieses Betrages wurden im Rahmen des Steuerverbundes bereitgestellt. Die allgemeinen Finanzzuweisungen, die den Gemeinden (Gv.) ohne Zweckbindung zur Verfügung stehen und daher für die kommunale Haushaltswirtschaft von besonderer Bedeutung sind, waren an dem Gesamtvolume mit 755 Mill. DM beteiligt. 366 Mill. DM entfielen auf Erstattungen, Schuldendiensthilfen und sonstige laufende Zuweisungen,

Unmittelbare Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gv.) 1976

Land	Land und Gemeinden (Gv.)		Land	Gemeinden (Gv.)	Land	Gemeinden (Gv.)
	Mill.DM	DM je Einwohner			Mill.DM	Anteil in %
Rheinland-Pfalz	12 332,0	3 373	6 898,5	5 433,5	55,9	44,1
Schleswig-Holstein	8 326,5	3 223	4 837,2	3 489,3	58,1	41,9
Niedersachsen	24 477,3	3 386	12 693,7	11 783,6	51,9	48,1
Nordrhein-Westfalen	57 461,7	3 362	25 371,0	32 090,7	44,2	55,8
Hessen	21 371,4	3 858	10 714,9	10 656,5	50,1	49,9
Baden-Württemberg	32 345,6	3 541	15 943,8	16 401,8	49,3	50,7
Bayern	35 967,3	3 330	17 899,7	18 067,6	49,8	50,2
Saarland	3 473,7	3 178	2 088,8	1 384,9	60,1	39,9
Flächenländer insgesamt	195 755,5	3 427	96 447,6	99 307,9	49,3	50,7

Zuweisungen zwischen Land und Gemeinden (Gv.) nach Arten 1973 – 1978

Zuweisungsart	1973	1974	1975	1976	1977	1978
	1 000 DM					
<u>Land an Gemeinden (Gv.)</u>						
Allgemeine Finanzzuweisungen	409 493	503 611	570 866	565 031	721 241	754 616
Schuldendiensthilfen	76 409	96 399	104 915	99 533	101 029	108 450
Erstattungen	119 556	130 541	142 069	147 897	148 073	172 449
Sonstige laufende Zuweisungen	70 306	61 972	60 530	70 095	62 537	85 415
Zuweisungen für Investitionen	638 442	659 081	622 292	763 774	690 436	725 968
Insgesamt	1 314 206	1 451 604	1 500 672	1 646 330	1 723 316	1 846 898
<u>Gemeinden (Gv.) an Land</u>						
Erstattungen	85 594	110 808	128 217	138 770	151 695	163 288
Sonstige laufende Zuweisungen	73 610	81 501	58 217	55 866	52 633	2 395
Zuweisungen für Investitionen	75 334	80 214	75 500	77 070	76 913	77 590
Insgesamt	234 538	272 523	261 934	271 706	281 241	243 273
<u>Nettozuweisungen des Landes</u>	<u>1 079 668</u>	<u>1 179 081</u>	<u>1 238 738</u>	<u>1 374 624</u>	<u>1 442 075</u>	<u>1 603 625</u>

1) Vorläufiges Ergebnis.

726 Mill. DM wurden als Investitionszuweisungen ausbezahlt.

Daneben sollte nicht übersehen werden, daß umgekehrt auch Zahlungen von den Gemeinden (Gv.) an das Land fließen, die mit insgesamt 243 Mill. DM allerdings einen wesentlich geringeren Umfang hatten. Dieser Betrag setzt sich hauptsächlich aus der Krankenhausumlage nach § 3 Abs. 1 FAG, Kostenbeteiligungen und Erstattungen im Rahmen der Sozial- und Jugendhilfe sowie pauschalierten Kostenerstattungen für die Unterhaltung der Kreisstraßen zusammen. Unter Berücksichtigung dieser Leistungen der kommunalen Seite verblieben also Nettozuweisungen des Landes in Höhe von 1 604 Mill. DM.

Kommunale Finanzautonomie gestärkt

In dem Zeitraum von 1973 bis 1978 erhöhte das Land seine Leistungen an die Gemeinden (Gv.) um 40,5%. Diese Zuwachsrate liegt über dem Anstieg der Gesamtausgaben des Landes (+ 38,9%). Hinter dieser globalen Entwicklung zeigen sich einige bemerkenswerte strukturelle Veränderungen. Insbesondere nahmen die im Rahmen des Steuerverbundes bereitgestellten Mittel stärker zu (+ 55,6%) als der Gesamtbetrag der Zuweisungen. Diese Entwicklung ist nicht nur eine Folge des gestiegenen Steueraufkommens; der Zuwachs der Einnahmen des Landes aus Steuern und aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich belief sich auf 43,5%. Die kräftige Zunahme der Leistungen aus dem Steuerverbund ist auch auf die Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichsgesetzes in den vergan-

Zuweisungen des Landes an die Gemeinden (Gv.) nach Aufgabenbereichen 1973 – 1977

Aufgabenbereich	1973	1974	1975	1976	1977
	1 000 DM				
Allgemeine Dienste	17 483	13 044	14 423	16 450	10 219
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	145 189	148 719	142 823	209 073	148 292
Schulen und vorschulische Bildung	131 275	137 756	131 449	197 050	135 125
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	110 922	143 434	148 727	173 197	156 937
Familien-, Sozial- und Jugendhilfe	106 841	133 319	144 715	168 516	152 232
Gesundheit, Sport und Erholung	224 816	225 863	200 914	223 700	236 258
Krankenhäuser und Heilstätten	212 367	209 489	187 173	204 085	218 518
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	11 860	21 538	29 412	93 706	39 701
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8 710	11 615	20 659	20 724	23 348
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	125 836	149 716	132 326	146 716	171 377
Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	93 965	109 702	101 344	108 451	154 136
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	187 297	195 269	205 806	172 046	184 006
Straßen	168 880	165 043	173 956	144 427	151 932
Wirtschaftsunternehmen	190	146	169	144	145
Allgemeine Finanzwirtschaft	481 901	542 257	605 412	590 573	753 035
Insgesamt	1 314 206	1 451 604	1 500 672	1 646 330	1 723 316

genen Jahren zurückzuführen. Dies geschah zunächst 1974 durch die Einbeziehung der dem Land verbleibenden Vermögensteuereinnahmen und der Ergänzungszuweisungen des Bundes in die Verbundmasse und weiter 1978 durch die Erhöhung des Verbundsaufwandes von 21% auf 21,5%. Verglichen mit der im Jahr 1973 gültigen Regelung schlagen diese Verbesserungen 1978 mit einem Mehrbetrag von 106 Mill. DM zu Buche.

Die Zunahme der Finanzausgleichsmasse ermöglichte zugleich eine beträchtliche Ausweitung der allgemeinen Finanzzuweisungen. Damit wurde die finanzielle Autonomie der Gemeinden (Gv.) deutlich gestärkt. Die allgemeinen Finanzzuweisungen wurden um 84,3% erhöht, ihr Anteil an den gesamten Zuweisungen stieg damit zwischen 1973 und 1978 von 31,2% auf 40,9%. Die für das Haushaltsjahr 1979 veranschlagten Beträge lassen eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten. Während der Anteil der übrigen laufenden Zuweisungen um 20% schwankte und sich nicht wesentlich veränderte, nahm das Gewicht der Investitionszuweisungen, korrespondierend zum Anstieg der allgemeinen Finanzzuweisungen, von 48,6% auf 39,3% ab.

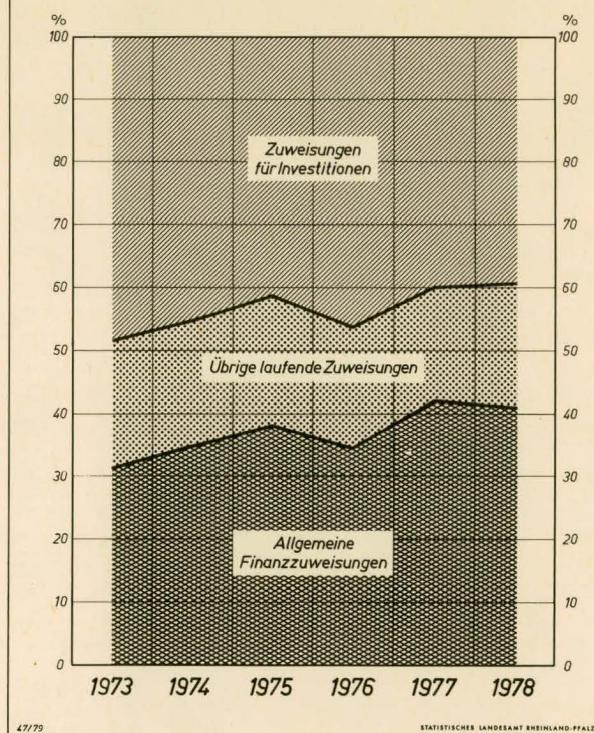
Eine weitere Verbesserung für die kommunalen Gebietskörperschaften bedeutete schließlich die Abschaffung der Beteiligung an den Schulkosten (Schulumlage) mit der Folge, daß sich die von den Gemeinden (Gv.) an das Land zu leistenden Zahlungen nur geringfügig erhöhten. Dementsprechend stiegen die Nettozuweisungen des Landes stärker als der ursprüngliche Ausgabebetrag. Sie nahmen zwischen 1973 und 1978 um 48,5% zu.

Zuweisungen für Schulen und Krankenhäuser bleiben auf hohem Niveau

Bedingt durch die starke Aufstockung der allgemeinen Finanzzuweisungen hat sich das Gewicht des Sektors Allgemeine Finanzwirtschaft im Zuweisungsverkehr mit den Gemeinden (Gv.) beträchtlich erhöht. Im Haushaltsjahr 1977 entfielen 753 Mill. DM auf diesen Bereich, sein Anteil an den gesamten Zuweisungen stieg damit seit 1973 von 36,7% auf 43,7%. Die Entwicklung der zweckgebundenen Zuweisungen für die übrigen Aufgabenbereiche wird überwiegend von den Investitionszuweisungen bestimmt und ist daher stärkeren Schwankungen unterworfen. Trotzdem sind einige bemerkenswerte Tendenzen erkennbar.

In den Bereichen Bildungswesen und Gesundheitswesen zeichnet sich eine gewisse Verstetigung ab. Im Gesundheitswesen wird das hohe Niveau der Förderung aufrechterhalten: Seit 1973 flossen jährlich etwa 200 Mill. DM, die allerdings über die Krankenhausumlage teilweise von den kreisfreien Städten und Landkreisen mitfinanziert wurden, in den Krankenhausbereich. Da im Bildungswesen die Schulbaumaßnahmen den Schwerpunkt der Förderung darstellen, ist es angesichts der absehbaren Entwicklung der Schülerzahlen nicht überraschend, daß die hierfür bereitgestellten Mittel nicht weiter erhöht wurden.

Struktur der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden (Gv.) 1973-1978



Nicht ganz eindeutig ist die Entwicklung im Verkehrswesen. Während die Zuweisungen für Unterhaltung und Ausbau der Straßen eher eine rückläufige Tendenz aufwiesen, wurde die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs verstärkt, so daß sich auf dem erreichten Niveau eine Stabilisierung abzeichnet.

Neuer Förderungsschwerpunkt: Umweltschutz

Sieht man von der Zunahme in den für den Zuweisungsverkehr weniger bedeutsamen Bereichen Wohnungswesen sowie Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ab, so ist ein Anstieg der zweckgebundenen Zuweisungen vor allem in den Aufgabengebieten Soziale Sicherung und Wasserwirtschaft eingetreten. Die Leistungen im Bereich Soziale Sicherung, die im Unterschied zu den meisten anderen Aufgabenbereichen fast ausschließlich als laufende Zuweisungen gezahlt werden, folgten zum größten Teil zwangsläufig dem gestiegenen Aufwand der Gemeinden und Gemeindeverbände, der seinerseits wiederum gesetzlich festgelegt ist (Wohngeld, Sozialhilfe). Dagegen wurde mit der verstärkten Förderung der Wasserwirtschaft ein neuer Schwerpunkt gesetzt. Neben Hochwasserschutz und Sicherung der Wasserversorgung fallen hierunter insbesondere Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung. Forcierte Aktivitäten auf diesem Gebiet, das einen der wichtigsten Aspekte der Umweltschutzpolitik darstellt, sind auch in den kommenden Jahren zu erwarten.

Diplom-Volkswirt H. Libowitzky

Entwicklung der Hochschulfinanzen 1974 bis 1977

Durch § 12 Nr. 8 des Hochschulstatistikgesetzes vom 31. August 1971 wurde eine Hochschulfinanzstatistik neu eingeführt. Hauptgegenstand dieser Statistik ist die Untergliederung der Ausgaben und Einnahmen für die Hochschulen nach Arten und Fächergruppen; insofern stellt sie überwiegend eine Zusatzerhebung zur Staatsfinanzstatistik dar. Die Hochschulfinanzstatistik erstreckt sich grundsätzlich auf alle staatlichen und privaten Hochschulen, die auch in den anderen Hochschulstatistiken erfaßt werden. Auf die Darstellung der Einnahmen der Hochschulen wurde im Rahmen dieser Veröffentlichung verzichtet, da bei der Hochschulfinanzstatistik die Gliederung der Ausgaben nach Hochschularten und Fächergruppen im Vordergrund des Interesses steht. Nicht berücksichtigt wurden hier außerdem die drei privaten Hochschulen, deren Ausgabenvolumen vergleichsweise kaum ins Gewicht fällt. Die Darstellung umfaßt demnach die drei rheinland-pfälzischen Universitäten Mainz, Kaiserslautern und Trier, die Erziehungswissenschaftliche Hochschule, die Fachhochschule Rheinland-Pfalz und die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Hochschulausgaben 1977 nur wenig höher als 1976

Im Haushaltsjahr 1977 beliefen sich die Ausgaben für die rheinland-pfälzischen Hochschulen auf 569 Mill. DM. Die Mehrausgaben gegenüber 1976 betrugen 6 Mill. DM, was einer Zunahme um gut 1% entspricht. Bestimmend für dieses Ergebnis war die gegenläufige Entwicklung der laufenden (+ 7%) und der investiven Ausgaben (— 17%). In den Jahren zuvor hatte die jährliche Gesamtausgabensteigerung bei 11% (1975) bzw. 12% (1976) gelegen.

Eine Analyse der Ausgaben läßt erkennen, daß mit 465 Mill. DM mehr als vier Fünftel des Gesamtvolumentums zur Deckung der laufenden Ausgaben aufgewandt wurden, während 104 Mill. DM Investitionen zugute kamen. Allein 78% der laufenden Ausgaben entfielen auf Personalkosten, während die Investitionsausgaben zu zwei Dritteln Baumaßnahmen darstellten.

Die Ausgaben nach Hochschularten zeigen das unterschiedliche Gewicht im Rahmen der gesamten Ausgaben für das wissenschaftliche Bildungswesen. Mit 496 Mill. DM entfielen 87% des Gesamtvolumentums auf die Universitäten und Hochschulkliniken. In weitem Abstand folgen die Ausgaben für die Fachhochschule (41 Mill. DM), für die Erziehungswissenschaftliche Hochschule (24 Mill. DM) und für die Hochschule für Verwaltungswissenschaften (7 Mill. DM). Bei allen Hochschularten hat sich das Gewicht zu den Ausgaben für laufende Zwecke verlagert, da die Phase der schnellen Kapazitätserweiterungen nunmehr beendet sein dürfte. Ganz ausgeprägt ist diese Entwicklung bei der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, wo die laufenden Ausgaben 1974 nur knapp 60% der Gesamtausgaben ausgemacht hatten. Im Berichtsjahr lag

der Anteil der laufenden Ausgaben dagegen bei fast 99% (EWH), rund 95% (Fachhochschule) bzw. etwa 80% im Bereich der Universitäten und Hochschulkliniken.

Medizin aufwendigste Fächergruppe

Fast 90% der laufenden Ausgaben konnten 1977 nach Fächergruppen aufgeteilt werden. Die laufenden Ausgaben für die Medizin beliefen sich auf 154 Mill. DM, das sind 44% der nach Fächern zurechenbaren Ausgaben für Universitäten und Hochschulkliniken. Damit ist die Medizin die aufwendigste Fächergruppe im universitären Bereich, wobei die Aufgliederung einen dominierenden Anteil für die allgemeine Humanmedizin ergab - 57 Mill. DM für die theoretische Medizin und 87 Mill. DM für den klinischen Bereich -, weitere 9,5 Mill. DM entfielen auf die Zahnmedizin. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Trennung der Ausgaben für Krankenversorgung von denen für Ausbildung, Forschung und Lehre kaum möglich ist. Dieser nicht abgrenzbare Teil, der im wesentlichen der Krankenbehandlung dient, müßte bei einer exakten Kostenstellenrechnung unberücksichtigt bleiben.

Jeweils nicht ganz ein Fünftel beanspruchten die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften (18,9%) und der Bereich Zentrale Einrichtungen (18,5%). Gut ein Zehntel der Ausgaben (11,3%) kam der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften zugute, während auf Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften nur knapp 4% und auf Ingenieurwissenschaften nicht ganz 2% aller Ausgaben für Universitäten und Hochschulkliniken entfielen. Den geringsten Anteil an den Ausgaben hatte der Bereich Kunst, Kunswissenschaft (1,2%).

An der Fachhochschule des Landes wird fast die Hälfte der laufenden Ausgaben von den Ingenieurwissenschaften beansprucht, während die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften mit knapp 16% an zweiter Stelle stehen. Den zentralen Einrichtungen wurde in diesem Bereich ein Viertel der Gesamtausgaben zugerechnet.

Personalkostenanteile nicht unter 80%

Von den Gesamtausgaben im Hochschulbereich entfiel auf die Personalausgaben ein Anteil von 64%. Wie hoch diese Quote und damit die Personalintensität ist, zeigt ein Vergleich mit dem durchschnittlichen Personalausgabenanteil des Landeshaushalts, der 1977 bei 39% lag. Untersucht man die Struktur der laufenden Ausgaben nach Arten, so weisen sämtliche Fächergruppen Personalkostenanteile von mehr als 80% auf. Personalkostenanteile von über 90% der laufenden Ausgaben im Bereich der Universitäten und Hochschulkliniken zeigen die Sprach- und Kulturwissenschaften (94%), die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (95%), Kunst und Kunswissenschaft (97%) sowie der Bereich Zentrale Einrichtungen mit

Laufende Ausgaben und Investitionsausgaben für die staatlichen Hochschulen nach Hochschularten und Fächergruppen 1974 - 1977

Fächergruppe	Laufende Ausgaben					Investitionsausgaben				
	1974	1975	1976	1977		1974	1975	1976	1977	
	1 000 DM			DM je Studenten 1)	1 000 DM			1 000 DM		
Universitäten und Hochschulkliniken										
Sprach- und Kulturwissenschaften	27 935	33 536	37 146	39 128	4 217,29	3 045	10 176	26 662	5 774	
Theologie, Philosophie	4 460	5 725	5 939	5 758	4 850,89	23	-	2	16	
Geschichte	2 706	3 529	3 829	4 280	7 456,45	12	19	7	20	
Bibliothekswesen, Dokumentation, Publizistik	189	215	444	571	1 445,57	-	56	5	-	
Sprachwissenschaften	14 985	16 417	18 002	19 178	3 692,34	176	88	77	97	
Psychologie	2 073	3 131	3 660	3 922	5 836,31	453	40	160	53	
Erziehungswissenschaften ²⁾	3 291	4 115	2 401	2 801	4 089,05	2 083	2 670	197	223	
Sport, Leibeserziehung	.	.	2 392	2 435	5 020,62	.	.	1 295	589	
Nicht aufteilbar	231	404	478	183	2 127,91	298	7 303	24 919	4 787	
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	6 342	9 700	11 875	13 639	2 760,37	179	211	146	262	
Politik- und Sozialwissenschaften	1 403	1 891	3 058	3 335	6 539,22	20	38	9	33	
Rechts- und Verwaltungswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften	4 939	7 729	8 731	10 190	2 299,71	159	173	135	200	
Nicht aufteilbar	-	80	86	115	-	-	-	3	30	
Mathematik, Naturwissenschaften	49 886	54 209	59 664	65 641	12 385,09	9 330	11 142	22 985	32 416	
Mathematik, Informatik	4 718	5 877	6 856	7 937	6 119,51	917	709	697	753	
Physik	11 610	12 156	13 784	15 027	15 132,93	2 908	3 783	3 340	2 358	
Chemie	14 811	16 123	17 515	19 038	19 288,75	3 132	3 354	1 980	2 384	
Pharmazie	3 270	3 751	3 735	4 463	10 236,24	737	998	607	752	
Biologie	8 881	9 741	10 762	11 105	12 604,99	1 499	1 010	895	657	
Geowissenschaften	6 576	6 561	6 969	8 070	11 430,60	131	100	402	446	
Nicht aufteilbar	20	-	43	-	-	6	1 187	15 063	25 066	
Medizin	146 909	151 006	144 453	153 813	52 893,05	13 430	21 123	28 184	12 830	
Humanmedizin (ohne Zahnmedizin)	139 646	143 096	135 778	144 341	60 469,63	13 225	21 080	28 095	12 462	
Theoretische Medizin	.	.	55 706	56 988	.	.	.	27 784	10 905	
Klinische Medizin	.	.	80 072	87 353	.	.	.	311	1 557	
Zahnmedizin	7 263	7 910	8 675	9 471	18 178,50	205	43	89	368	
Ingenieurwissenschaften	4 783	5 501	5 672	6 144	5 456,48	2 356	2 043	1 552	2 305	
Maschinenbau, Betriebs-, Fertigungs- und Verfahrenstechnik	1 958	2 225	2 271	2 438	5 288,50	1 073	1 031	731	991	
Elektrotechnik	1 371	1 629	1 573	1 731	5 789,30	888	641	602	953	
Bauingenieurwesen, Architektur	1 454	1 647	1 828	1 975	5 396,18	395	371	219	361	
Kunst, Kunstwissenschaft	3 162	3 838	4 101	4 173	6 065,41	2 059	815	317	155	
Kunst- und Musikwissenschaft	792	851	932	936	5 086,96	8	-	6	132	
Kunst- und Musikerziehung	2 370	2 987	3 169	3 237	6 422,62	2 051	815	311	23	
Zentrale Einrichtungen	52 290	54 691	58 193	64 043	.	14 783	20 214	13 507	19 018	
Zentrale Verwaltung	18 586	21 609	20 819	32 516	.	375	124	195	633	
Soziale Einrichtungen	-	-	310	219	.	-	-	-	-	
Zentrale Einrichtungen der Forschung und Lehre	371	660	669	5 186	.	14	21	12	112	
Zentralbibliothek	7 154	6 547	8 219	8 406	.	3 464	3 514	9 627	11 290	
Rechenzentrum	3 674	3 644	4 398	4 479	.	2 080	3 814	543	4 694	
Zentraltechnische Einrichtungen	21 925	21 645	23 084	12 593	.	3 616	4 475	2 869	2 246	
Sportzentrum	46	30	27	25	.	7	-	-	-	
Übrige zentrale Einrichtungen	534	556	667	617	.	5 227	8 266	261	43	
Zusammen	291 307	312 571	321 104	346 580	14 297,27	45 182	65 723	93 354	72 760	
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	27 924	32 264	47 612	48 807	.	11 423	22 145	28 135	28 259	
Insgesamt	319 231	344 835	368 716	395 387	16 310,67	56 605	87 868	121 489	101 019	
Erziehungswissenschaftliche Hochschulen										
Erziehungswissenschaften	14 122	15 315	16 157	16 770	4 873,58	14 000	5 588	3 053	288	
Zentrale Einrichtungen	5 093	5 214	5 562	5 611	.	121	53	23	41	
Zentrale Verwaltung	4 017	4 058	4 200	4 239	.	-	-	-	-	
Zentralbibliothek	1 076	1 156	1 362	1 372	.	121	53	23	41	
Zusammen	19 215	20 529	21 719	22 381	6 504,21	14 121	5 641	3 075	329	
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	1 412	1 618	1 575	1 488	.	726	3	19	-	
Insgesamt	20 627	22 147	23 294	23 869	6 936,65	14 847	5 644	3 094	329	

1) (Anzahl WS 1976/1977 + 2 x Anzahl SS 1977 + Anzahl WS 1977/1978) : 4. - 2) 1974 und 1975 einschl. Sport und Leibeserziehung.

Fächergruppe	Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben			
	1974	1975	1976	1977		1974	1975	1976	1977	
	1 000 DM				DM je Studenten 1)	1 000 DM				
Fachhochschulen										
Erziehungswissenschaften	651	658	666	710	4 522,29	26	16	17	4	
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	4 215	4 749	5 440	6 146	3 290,15	419	124	320	225	
Sozialwesen	729	764	907	975	2 656,68	19	31	42	32	
Wirtschaftswissenschaften	3 486	3 985	4 533	5 171	3 445,04	391	93	278	193	
Agrarwissenschaften	361	381	421	448	3 964,60	35	21	1	39	
Ingenieurwissenschaften	13 288	15 403	16 710	17 688	4 372,81	3 961	1 930	1 007	1 029	
Maschinenbau, Betriebs-, Fertigungs- und Verfahrenstechnik	4 134	4 498	4 937	5 309	4 330,34	390	242	246	344	
Elektrotechnik	2 602	2 821	3 140	3 366	2 955,22	2 343	658	248	235	
Bauingenieurwesen, Architektur	6 552	8 084	8 633	9 012	5 364,29	1 228	1 030	514	450	
Angewandte Kunst	1 629	1 341	1 632	1 897	1 779,55	481	251	85	77	
Zentrale Einrichtungen	8 191	8 164	8 436	9 576	.	290	762	865	789	
Zentrale Verwaltung	7 569	7 709	7 261	8 014	.	26	–	67	121	
Zentralbibliothek	322	184	603	1 192	.	–	130	140	127	
Rechenzentrum	88	248	496	278	.	228	466	476	420	
Zentraltechnische Einrichtungen	–	23	24	84	.	–	162	90	69	
Zusammen	28 335	30 696	33 305	36 465	5 030,35	5 212	3 104	2 297	2 163	
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	2 067	2 299	2 087	2 182	.	289	155	2	3	
Ins gesamt	30 402	32 995	35 392	38 647	5 331,36	5 501	3 259	2 299	2 166	
Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer										
Rechts- und Verwaltungswissenschaften	2 586	3 446	3 897	4 263	19 202,70	57	21	2 126	503	
Zentrale Einrichtungen	1 606	1 696	1 635	1 892	.	–	20	208	–	
Zentrale Verwaltung	1 135	1 086	1 067	1 205	.	–	3	–	–	
Zentralbibliothek	471	610	567	648	.	–	7	18	–	
Zusammen	4 192	5 142	5 532	6 155	27 725,23	57	41	2 334	503	
Nur der Hochschule insgesamt zurechenbare Ausgaben	349	372	505	568	.	284	–	35	60	
Ins gesamt	4 541	5 514	6 037	6 723	30 283,78	341	41	2 369	563	

1) (Anzahl WS 1976/1977 + 2 x Anzahl SS 1977 + Anzahl WS 1977/1978) : 4.

einem Anteil von 90%. Etwas weniger personalintensiv sind die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (85%), Medizin (82%) und Ingenieurwissenschaften (86%). Letztere wiesen entsprechend höhere Anteile der sächlichen Veraltungsausgaben auf.

Gemessen an den Personalausgaben für Universitäten und Hochschulkliniken insgesamt (302 Mill. DM) ergeben sich Schwerpunkte mit 41% für die Medizin, 19% für Mathematik und Naturwissenschaften sowie 12% für Sprach- und Kulturwissenschaften. Am Ende der Skala sind die Fächergruppen Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (4,3%) und Ingenieurwissenschaften (1,7%) und Kunst, Kunstmwissenschaft (1,3%) platziert. Den zentralen Einrichtungen im Bereich der Universitäten und Hochschulkliniken wurden 57 Mill. DM zugerechnet. Bei der Fachhochschule dominierten die technischen Disziplinen, für die etwa jede zweite Mark der für diese Hochschulart insgesamt ermittelten Personalausgaben von 35 Mill. DM ausgegeben wird. An zweiter Stelle folgen die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (17%). Auf zentrale Einrichtungen entfallen dort 25% der Personalausgaben.

Erhebliche Unterschiede in den Ausgaben je Studenten

Die in den Hochschulstatistiken verwendeten Fächerchlüssel lassen eine Verknüpfung von Hochschulfinanz- und Studentenstatistik prinzipiell zu. Allerdings kann die Ermittlung entsprechender Ausgabekoten nicht im Sinne einer exakten Kostenträgerrechnung verstanden werden. Der hauptsächliche Mangel besteht darin, daß die Fächergruppengliederung der Hochschulfinanzstatistik dem institutionellen Prinzip (Zuordnung nach Fachbereichen, Instituten usw.) folgen muß, während die Studentenstatistik funktional nach Studiengängen gliedert. Außerdem ist zu beachten, daß die Aufgaben der Hochschulen, insbesondere der Universitäten, nicht auf den Bereich der Lehre beschränkt sind, für den allein ein Bezug zu den Studentenzahlen eindeutig hergestellt werden kann. So entfällt etwa an den Hochschulkliniken ein erheblicher Teil des Aufwandes auf Forschung und Krankenversorgung. Diese Einschränkungen müssen bei der Analyse der je Studenten durchschnittlich anfallenden Ausgaben berücksichtigt werden.

Ausgaben für Investitionen rückläufig

Im Gegensatz zu den Ausgaben für laufende Zwecke gingen diesmal die investiven Ausgaben zurück. Bei den fächerzurechenbaren Ausgaben ergaben sich nennenswerte Zunahmen nur im Bereich der Universitäten und Hochschulkliniken, und zwar bei den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (+ 41%) und Ingenieurwissenschaften (+ 49%) sowie bei den Zentralen Einrichtungen (+ 41%). Schwerpunkte der Investitionsausgaben lagen 1977 auf den Gebieten Mathematik, Naturwissenschaften (45%), Medizin (18%) und Zentrale Einrichtungen, auf die etwa ein Viertel der zurechenbaren Investitionsausgaben im Bereich der Universitäten und Hochschulkliniken entfiel. Bis zum Jahre 1976 hatten die Investitionen für die Medizin den größten Teilbetrag beansprucht. Dort ist im Schnitt der Jahre 1974 bis 1976 fast jede dritte Mark investiert worden. Bei der Fachhochschule dominierten die Ingenieurwissenschaften, die nahezu die Hälfte der für Investitionszwecke verausgabten Mittel auf sich vereinigten. 1974 war auf diesen Bereich sogar ein Anteil von fast 75% entfallen.

Da die investiven Ausgaben ein von der jeweiligen Entwicklungsphase der Hochschule abhängiges Element bilden, beschränkt sich die Darstellung auf die Ausgaben der laufenden Rechnung, die sich im wesentlichen aus Personal- und sächlichen Verwaltungsausgaben zusammensetzen.

Unter den Hochschularten waren die durchschnittlichen laufenden Kosten bei den Universitäten und Hochschulkliniken mit rund 16 300 DM am höchsten, was aber nicht überrascht, wenn man feststellt, daß ein Mediziner Ausgaben in Höhe von 52 900 DM verursacht. An zweiter Stelle nach der Medizin rangiert die Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften mit einem Betrag von rund 12 400 DM je Studenten, gefolgt von den Fachrichtungen Kunst, Kunstwissenschaft mit 6 100 DM und Ingenieurwissenschaften mit 5 500 DM. Der relativ geringste Aufwand ergab sich für die Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften mit 2 800 DM.

An der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule wurden im Gesamtdurchschnitt knapp 7 000 DM und an der Fachhochschule 5 300 DM je Studenten ausgegeben. Dort lagen die fächerzurechenbaren Quoten zwischen 1 800 DM (Angewandte Kunst) und 4 500 DM (Erziehungswissenschaften). Der weit über dem Gesamtdurchschnitt aller Hochschularten (13 200 DM) liegende Betrag der Hochschule für Verwaltungswissenschaften deutet darauf hin, daß angesichts der besonderen Aufgabenstellungen dieser Hochschule die Zahl der Studierenden hier keine geeignete Bezugsgröße darstellt.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Grund- und Hauptschulen 1947 bis 1978

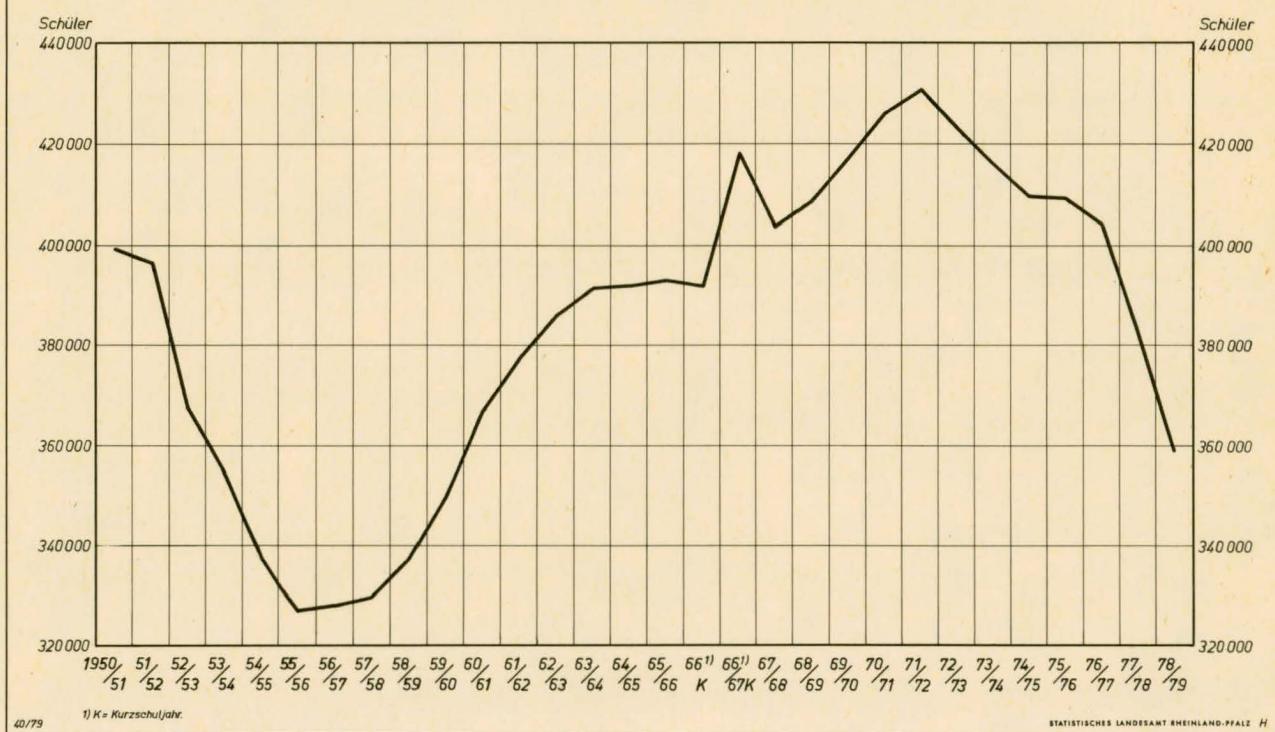
Vor 30 Jahren, im Februar 1949, wurden vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz zum ersten Male nach dem Krieg wieder Zahlen über die damaligen Volksschulen veröffentlicht. Sie waren im März 1948 für das Schuljahr 1947/48 erhoben worden. Auch damals interessierten in erster Linie Eckwerte über die Zahl der Schulen, Klassen, Schüler und Lehrer. Darüber hinaus waren jedoch andere Fragen als heute von Bedeutung, so etwa nach dem Zustand der Schulgebäude und auch nach der Zahl der Flüchtlinge und Ausgewiesenen unter den Schulkindern und Lehrern. Während der Zustand der Schulgebäude - 1947/48 war fast die Hälfte der damals 2 978 Schulgebäude durch Kriegseinwirkungen beschädigt - schon zwei Jahre später dank der Aufbauleistungen der Nachkriegszeit nicht mehr interessierte, wurde danach die Frage nach der Unterbringung der Schüler in Schulgebäuden oder aber in Ausweichräumen wichtig. Der Schulraumangel der Nachkriegszeit zeigte sich in der Statistik für das Schuljahr 1950/51 darin, daß von den 3 036 Volksschulen die Zahl von 1 360 fehlenden Räumen angegeben wurde.

Abgesehen von derartigen Fragestellungen und Auswertungen, die sich im Laufe der Zeit erübrigten, an deren Stelle aber wieder andere Fragen traten, zeigen auch schon die Vergleiche der für die Zeit zwischen 1947 und 1978 für alle Schuljahre vorhandenen Eckwerte, welche zum Teil gravierenden Änderungen sich

in etwas mehr als drei Jahrzehnten in diesem Teil des Schulbereichs vollzogen.

Der Wandel wurde in erster Linie initiiert durch die Änderungen der gesetzlichen Grundlagen. Mit dem Landesgesetz über die Volksschulen (Volksschulgesetz) vom 4. Februar 1955, das die noch bestehenden Gesetze der Vorkriegs- und Kriegszeit aufhob, wurde bestimmt, daß in der Volksschule in der Unterstufe in vier Grundjahren, in der Oberstufe in mindestens vier weiteren Jahren unterrichtet wird. Dieses Gesetz wurde durch das Landesgesetz über die öffentlichen Grund-, Haupt- und Sonderschulen vom 9. Mai 1968 (Neufassung vom 3. August 1970) aufgehoben. Darin wurde unter anderem der Begriff der Volksschule durch den Begriff der Grund- und Hauptschule ersetzt. Die Grundschule umfaßte danach die Klassenstufen 1 bis 4, die Hauptschule die Klassenstufen 5 bis 9. Das 9. Pflichtschuljahr war bereits zum 1. April 1966 eingeführt worden. Das Landesgesetz über die Schulen von Rheinland-Pfalz vom 6. November 1974 hob schließlich wiederum die Rechtsvorschriften dieses Landesgesetzes auf. Es weist die Grundschule mit Schulkindergarten und die Hauptschule als getrennte Schularten aus. Die Grundschule wird dem Primarbereich, die Hauptschule dem Sekundarbereich I zugeordnet. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß räumlich zusammenhängende oder benachbarte Grund- und

Schüler an Grund- und Hauptschulen (Volksschulen) 1950 - 1978



Hauptschulen organisatorisch verbunden werden können. Die noch bestehenden Volksschulen sollten unverzüglich in Grund- und Hauptschulen übergeführt werden, sobald dies im Einzelfall möglich ist.

Volksschulen/Grund- und Hauptschulen 1950 - 1978

Jahr	Schulen	Schüler	Hauptberufliche Lehrer
1950/51	3 035	398 901	8 318
1951/52	3 075	396 035	8 540
1952/53	3 079	366 706	8 714
1953/54	3 100	354 341	8 830
1954/55	3 147	336 518	8 861
1955/56	3 156	326 106	8 780
1956/57	3 169	328 255	8 794
1957/58	3 163	329 906	8 803
1958/59	3 163	337 430	8 937
1959/60	3 171	350 096	9 031
1960/61	3 185	366 958	9 332
1961/62	3 179	377 646	9 572
1962/63	3 178	386 176	9 842
1963/64	3 176	391 581	10 225
1964/65	3 158	392 005	10 153
1965/66	3 030	393 200	10 358
1966 K	2 904	391 993	11 347
1966/67 K	2 841	418 535	11 849
1967/68	2 752	403 871	12 257
1968/69	2 623	408 960	12 557
1969/70	2 468	417 317	13 211
1970/71	2 019	426 712	13 732
1971/72	1 788	431 322	14 555
1972/73	1 558	423 682	15 220
1973/74	1 377	416 587	15 592
1974/75	1 312	410 080	16 398
1975/76	1 268	409 696	16 356
1976/77	1 238	404 584	16 141
1977/78	1 212	383 618	15 689
1978/79 P	1 192	359 633	15 658

K = Kurzschuljahr.

1947/48: 70% der Volksschulen ein- oder zweiklassig

Der Wandel in diesem Teil des Schulwesens wird vor allem bei der Zahl der Schulen deutlich. Im Schuljahr 1947/48 gab es noch 2 1/2 mal so viele der damaligen Volksschulen wie es heute Schulen im Grund- und Hauptschulbereich gibt; insgesamt waren es 2 978. Doch bis Ende der 50er Jahre waren 7 von 10 Volksschulen nur ein- oder zweiklassig. An solchen ungelidierten bzw. wenig gegliederten Schulen, den sogenannten Zwergschulen, wurde bis Ende der 50er Jahre nahezu ein Drittel aller Volksschüler unterrichtet.

Zwischen 1960 und 1969 setzte ein Konzentrationsprozeß ein, in dessen Verlauf immer mehr Schulen wegen zu geringer Schülerzahlen zusammengelegt wurden. Im Schuljahr 1970/71 waren schließlich nur noch 4 von 10 Schulen ein- oder zweiklassig. Das Landesgesetz über die öffentlichen Grund-, Haupt- und Sonderschulen vom 9. Mai 1968 legte fest, daß für Grundschulen die Bildung mindestens einer Klassenstufe, für Hauptschulen mindestens noch einer Parallelklasse je Klassenstufe angestrebt werden soll. Damit wurde der Trend zur Auflösung kleiner Schulen rapide beschleunigt, so daß nunmehr, im Schuljahr 1978/79, nur noch 4 von 100 Schulen ein- oder zweiklassig sind und weniger als 1% der Grund- und Hauptschüler in solchen Schulen unterrichtet wird.

Mit ein Grund für die relativ lange Dauer der Einführung voll ausgebauter Schulen liegt darin, daß den Kindern in ländlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte keine zu langen Schulwege zugemutet werden können. Die Siedlungsstruktur des Landes Rheinland-Pfalz wird in dieser Hinsicht in Zukunft noch größere Probleme aufwerfen. Denn bei den zur Zeit

Entwicklung der Schülerzahlen in der 1. Klassenstufe 1950 - 1978



stark rückläufigen Schülerzahlen muß künftig wieder abgewogen werden, ob es nicht sinnvoller ist, Schulen mit immer niedrigeren Schülerzahlen im ländlichen Bereich zu erhalten, anstatt den Schulkindern immer längere Schulwege zuzumuten.

Jetzt nur noch 56 Volksschulen

Der Trend zu größeren Schulen wird sich bei den durch rückläufige Geburtenzahlen zu erwartenden sinkenden Schülerzahlen sicher wieder umkehren. Im laufenden Schuljahr werden im Durchschnitt an einer der 101 organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen mit den Klassenstufen 1 bis 9 beziehungsweise 10 über 600 Schüler unterrichtlich versorgt, an einer der 209 Hauptschulen mit den Klassenstufen 5 bis 9 beziehungsweise 10 noch 560, an einer der 56 noch bestehenden Volksschulen (in der Regel Klassenstufen 1 bis 9) noch 275 und an einer der 826 Grundschulen (Klassenstufen 1 bis 4) fast 200. 1947/48 lag die Relation Schüler je Schule für die damaligen Volksschulen bei nur 136 Schülern. Sie verringerte sich noch bis 1955 auf 104 Schüler je Schule. Denn in der Nachkriegszeit nahm anfangs trotz sinkender Schülerzahlen die Zahl der Schulen zu. Ursache dafür waren in erster Linie die Teilung bestehender Simultanschulen in Bekenntnisschulen und die Neugründung von Bekenntnisschulen. Bis zur Entkonfessionalisierung der Schulen im Schuljahr 1970/71, die mit der Neuorganisation des Grund- und Hauptschulbereichs wirksam wurde, war knapp die Hälfte aller Volksschulen bzw. Grund- und Hauptschulen katholische Bekenntnisschulen, zwischen 16,6% (1947/48) und 25,6% (1955/56) Simultanschulen und die übrigen Schulen evangelische Bekenntnisschulen.

Die Neuorganisation des Grund- und Hauptschulbereichs führte auch dazu, daß immer mehr Volksschulen in Grund- und Hauptschulen übergeführt wurden.

den. 1972/73 gab es noch 391 Volksschulen, das war ein Viertel aller Schulen des Grund- und Hauptschulbereichs. Im laufenden Schuljahr gibt es noch 56 Volksschulen (4,7% aller Grund- und Hauptschulen), an denen gerade noch 4% aller Grund- und Hauptschüler unterrichtet werden. Der Zeitpunkt der vollständigen Aufgabe dieser Schulen ist damit bereits abzusehen.

1955/56 niedrigste Schülerzahl

Die Entwicklung der Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen ist natürlich in erster Linie von den Geburtenzahlen abhängig. Nach dem Krieg wirkte sich jedoch außerdem der Zustrom von Flüchtlingen auf die Schülerzahl aus, im Kurzschuljahr 1966/67 machte sich die Einführung des neunten Pflichtschuljahres bemerkbar. Die Kurzschuljahre 1966 und 1966/67, mit deren Einrichtung der Schuljahresbeginn von Ostern auf den Sommer verlegt wurde, wirkten sich ebenfalls auf die Gesamtschülerzahlen aus. Denn 1966/67 und 1967/68 wurden dadurch nicht die Schulpflichtigen eines ganzen Jahrgangs, sondern nur eines Teiljahrgangs eingeschult.

Doch im wesentlichen machten sich bei den Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen mit einem gewissen time-lag die Geburtenzahlen bemerkbar. Bis Mitte der 50er Jahre sank die Schülerzahl an den Grund- und Hauptschulen als Folge der niedrigen Geburtenzahlen in den letzten Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren ab, und zwar von über 400 000 im Schuljahr 1947/48 auf rund 327 000 im Schuljahr 1955/56. Danach stiegen sie - nur kurz durch die Auswirkungen der Kurzschuljahre unterbrochen - wieder an und erreichten schließlich im Schuljahr 1971/72 mit 431 300 ihren Höchststand. Seither gehen die Schülerzahlen zurück. Im laufenden Schuljahr haben sie mit 359 633 wieder den Stand der 50er Jahre erreicht. Al-

Ierdingen haben sich seit damals einige andere Werte stark geändert. Die Zahl der Klassen hat sich seit der Zeit um 1953 etwa um 42%, die der hauptberuflichen Lehrer um fast 73% erhöht.

Starke Verbesserung der Klassenfrequenz

Die Zahl der an den Grund- und Hauptschulen eingerichteten Klassen entwickelte sich im Betrachtungszeitraum nicht analog zu den Schülerzahlen. Die bis 1955/56 sinkenden Schülerzahlen führten nur zu einem geringfügigen Rückgang der Klassenzahlen, so daß sich in der kurzen Zeitspanne von 1948/49 bis 1955/56 die durchschnittliche Klassenstärke von 47,2 auf 37,6 verbesserte. Doch mit dem anschließenden Anstieg der Schülerzahlen konnte nicht sogleich eine entsprechende Ausweitung der Zahl der Klassen erfolgen, so daß die durchschnittliche Klassenstärke bis 1961/62 wieder auf 40,5 anstieg. Danach wurden jedoch zunehmend mehr Klassen eingerichtet, so daß im Kurzschuljahr 1966/67 wieder der Stand von 1955/56 erreicht war. Seither wurde die Relation Schüler je Klasse zunehmend verbessert. Im laufenden Schuljahr liegt sie bei 28,7 Schülern je Klasse.

Die Fortschritte im Grund- und Hauptschulbereich lassen sich nicht allein an dem Durchschnittswert Schüler je Klasse erkennen. Sie sind wesentlich deutlicher an den Daten über die Klassenfrequenzgruppen abzulesen. Die ersten Werte über Klassen nach Klassenfrequenzgruppen liegen für das Schuljahr 1952/53 vor. Damals wurden in fast einem Fünftel der 8 790 Klassen mehr als 50 Schüler unterrichtet. Darunter waren allein 56 Klassen mit mehr als 65 Schülern. Nur 1,8%

aller Klassen zählten weniger als 20 Schüler. Diese Situation änderte sich allerdings relativ schnell. Schon fünf Jahre später waren nur noch 9% aller Klassen mit mehr als 50 Schülern besetzt und in 4% der Klassen saßen weniger als 20 Schüler. Zwar änderte sich mit den steigenden Schülerzahlen die Situation danach wieder kurzfristig, doch die extremen Werte der Nachkriegszeit wurden nicht mehr erreicht. Mit den Kurzschuljahren setzten sehr schnell Verbesserungen ein. Im Schuljahr 1970/71 gab es schließlich keine Klasse mehr mit mehr als 60 Schülern, und nicht einmal 1 von 100 Klassen hatte mehr als 50 Schüler. Mit der weiteren Senkung der Klassenmeßzahl wurde bis zum Schuljahr 1977/78 erreicht, daß es nur noch vereinzelt Klassen mit mehr als 40 Schülern gab. Dagegen wurden bereits in jeder 20. Klasse weniger als 20 Schüler unterrichtet.

Steigerung der Lehrerzahlen um 136%

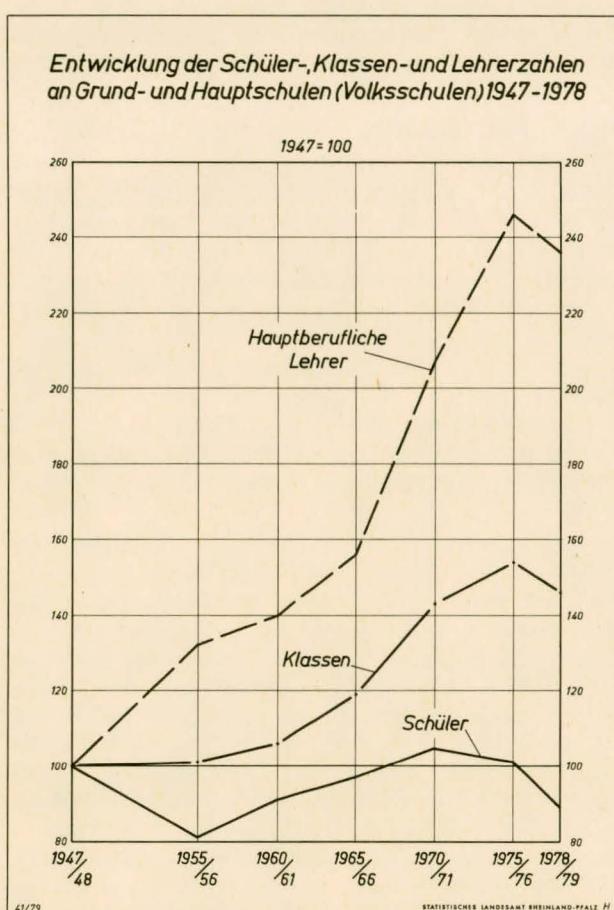
Die bedeutendsten zahlenmäßigen Veränderungen im Grund- und Hauptschulbereich ergaben sich bei den hauptberuflichen Lehrern. Im laufenden Schuljahr unterrichten fast 2½ mal soviel hauptberufliche Lehrer an den Grund- und Hauptschulen wie 1947/48 an den damaligen Volksschulen. Ihre Zahl stieg von damals 6 642 auf nunmehr 15 658 an. 1947/48 entfielen auf einen hauptberuflichen Lehrer 61 Schüler, im laufenden Schuljahr sind es nur noch 23. Die Relation Schüler je hauptberuflichem Lehrer entspricht zwar nicht der heute allgemein errechneten Schüler-Lehrer-Relation, bei der auch die erteilten Wochenstunden sowie der Unterricht nebenamtlicher und nebenberuflicher Lehrkräfte zur exakten Berechnung herangezogen wird. Da jedoch in früheren Jahren die Unterrichtsstunden der Lehrkräfte nicht erfragt wurden, ist bei einem Zeitvergleich eine solche Berechnung nicht möglich.

Die hohe Zahl an Schülern je hauptberuflichem Lehrer im Schuljahr 1947/48 resultierte aus einem extrem hohen Lehrermangel. Mit der Rückkehr kriegsgefangener Lehrer, dem Abschluß der Entnazifizierung und dem Nachrücken der ersten nach dem Krieg ausgebildeten Nachwuchskräfte verbesserte sich die Situation, so daß schon 1953/54 auf einen hauptberuflichen Lehrer nur noch 40 Schüler entfielen.

Danach trat bis Ende der 50er Jahre bei der Entwicklung der Lehrerzahlen fast eine Stagnation ein. In Erwartung steigender Schülerzahlen bemühte man sich dann jedoch mit Erfolg um den Lehrernachwuchs. Seit 1959/60 stieg die Zahl der hauptberuflichen Lehrer an Grund- und Hauptschulen kontinuierlich an. Mit 16 398 Personen wurde im Schuljahr 1974/75 die höchste Zahl der Lehrer erreicht. Infolge der sinkenden Schülerzahlen verbesserte sich seitdem die Relation Schüler je hauptberuflichem Lehrer von 25 auf 23 im laufenden Schuljahr.

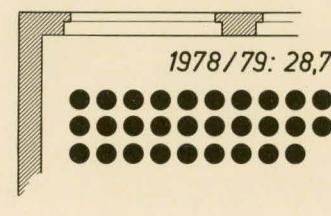
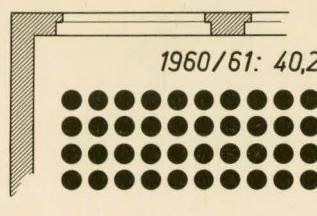
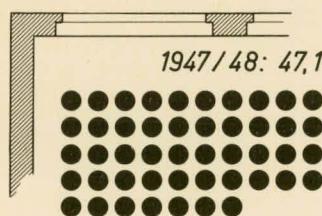
Unter den Flächenstaaten an erster Stelle

Die exakten Berechnungen der Schüler-Lehrer-Relation, wie sie von der Kultusministerkonferenz vorgelegt werden, zeigen, daß Rheinland-Pfalz bei der Lehrerversorgung im Grund- und Hauptschulbereich einen der höchsten Ränge einnimmt. 1977 lag Rheinland-Pfalz nach diesen Berechnungen der Kultusminister-

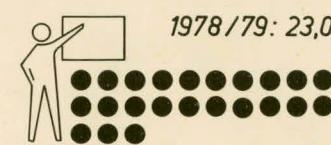
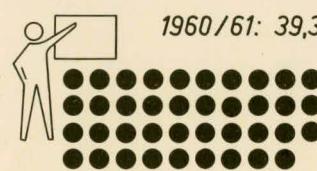
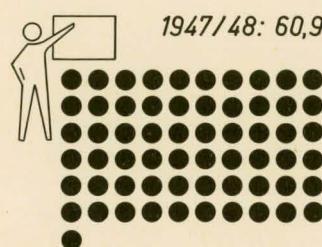


*Schüler je Klasse und je Lehrer an Grund- und Hauptschulen (Volksschulen)
1947, 1960 und 1978*

Schüler je Klasse



Schüler je hauptberuflichen Lehrer



43/79

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

konferenz mit einer Schüler-Lehrer-Relation von 23,7 über dem Bundesdurchschnitt (25,5) nach Berlin auf dem zweiten Platz, unter den Flächenstaaten (Durchschnitt 25,6) jedoch an erster Stelle. Bei einer Differenzierung nach Grund- und Hauptschulbereich rangiert Rheinland-Pfalz 1977/78 im Grundschulbereich mit 26,7 Schülern je Lehrer an der Spitze aller Flächenstaaten, im Hauptschulbereich mit 20,8 Schülern je Lehrer an dritter Stelle unter den Flächenstaaten.

Heute überwiegend Frauen im Schuldienst

Neben der Entwicklung der Gesamtzahl der hauptberuflichen Lehrer im Betrachtungszeitraum ist auch die Entwicklung des Anteils der Frauen an den Lehrkräften interessant. Die besondere Situation der Nachkriegszeit führte bei den Lehrkräften an den Grund- und Hauptschulen zu dem damals als sehr hoch ange-

sehnen Frauenanteil von 43%. Mit der Normalisierung der Schulsituation sank der Anteil der Frauen an der Zahl der hauptberuflichen Lehrer auf seinerzeit als normal angesehene 35%. Doch in der zweiten Hälfte der 50er Jahre stieg dieser Anteil langsam an. Im Kurzschuljahr 1966 war bereits die Hälfte aller hauptberuflichen Lehrer Frauen. Im laufenden Schuljahr sind 6 von 10 Lehrern an Grund- und Hauptschulen weiblichen Geschlechts. Die Besetzungszahlen an den Studienseminares weisen darauf hin, daß der Beruf des Grund- und Hauptschullehrers immer mehr zu einem typischen Frauenberuf wird. Allerdings besteht der hohe Frauenanteil vor allem bei den jüngeren Lehrern bis zu 30 Jahren. Doch auch bei den 30- bis 55-jährigen dominieren die Frauen. Erst in der Altersgruppe der über 55jährigen sind mehr Männer als Frauen vertreten.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1978

Infolge der Weiterentwicklung der Anbau- und Ernteverfahren sowie insbesondere durch Erfolge in der Pflanzenzüchtung sind die Hektarerträge der meisten Feldfrüchte in den letzten beiden Jahrzehnten ganz beträchtlich gesteigert worden. Trotzdem treten in den einzelnen Jahren erhebliche Ertragsschwankungen auf, die in erster Linie durch Witterungseinflüsse hervorgerufen werden. Bei der Untersuchung der Ernte-

verhältnisse eines Jahres sind daher Beobachtungen über den Wetterablauf unerlässlich.

Verzögter Wachstumsbeginn und starke Niederschläge im Frühjahr

Nach einem verhältnismäßig milden Winter war das Frühjahr 1978 durch einen späten Wachstumsbeginn gekennzeichnet. Verstärkt setzte dieser erst in der

Monat	Niederschlagsmenge			Tage mit mindestens 1 mm Niederschlag			Durchschnittstemperatur			Sonnenschein			Bewölkung		
	Ø 1972/77	1977	1978	Ø 1972/77	1977	1978	Ø 1972/77	1977	1978	Ø 1972/77	1977	1978	Ø 1972/77	1977	1978
	mm	Anzahl		mm	Grad C		Stunden			Note 1)					
Januar	54	62	51	12	14	10	2,0	1,6	1,5	35	25	33	6,7	7,0	6,8
Februar	49	115	45	9	18	9	2,8	4,1	-0,2	72	47	37	5,9	6,4	6,8
März	43	39	100	9	9	15	5,2	7,0	5,8	123	114	88	5,3	5,6	6,4
April	46	65	36	9	13	8	7,5	6,2	7,8	156	128	178	5,1	5,8	5,0
Mai	52	34	128	10	7	13	12,4	12,1	12,0	198	213	139	5,2	4,9	5,8
Juni	57	76	61	9	12	12	16,1	15,4	14,8	205	136	163	5,0	6,2	5,7
Juli	69	66	82	10	7	12	18,0	17,3	15,9	204	183	180	5,1	5,1	5,3
August	59	102	41	9	11	7	17,7	16,3	15,2	212	141	174	4,6	5,8	5,2
September	50	22	53	8	4	10	13,5	12,5	12,8	144	138	113	5,1	5,2	5,8
Oktober	61	53	26	10	8	5	8,3	10,6	9,3	97	78	91	5,7	5,9	5,7
November	94	130	17	14	16	5	4,7	5,3	3,6	46	44	54	6,5	6,4	6,2
Dezember	57	68	123	10	13	14	1,6	2,8	1,8	39	26	48	6,4	6,5	6,2

Durchschnitte errechnet nach den Messungen des Wetteramtes Trier in den Stationen Neustadt a.d. Weinstr., Bad Kreuznach, Trier-Stadt, Deuselbach, Koblenz, Bad Marienberg und Manderscheid. - 1) Gemessen in Achtel der Himmelsfläche.

zweiten Aprilhälfte ein, als eine nachhaltige Erwärmung eintrat. Im weiteren Verlauf traten Anfang Mai anhaltende und ergiebige Niederschläge auf, die in der vierten Maiwoche ein Ausmaß erreichten, wie es seit vielen Jahren nicht mehr beobachtet worden war. Insbesondere in der Pfalz und in Rheinhessen kam es zu erheblichen Überschwemmungen der landwirtschaftlichen Kulturen. Im übrigen war es im Monat Mai nur

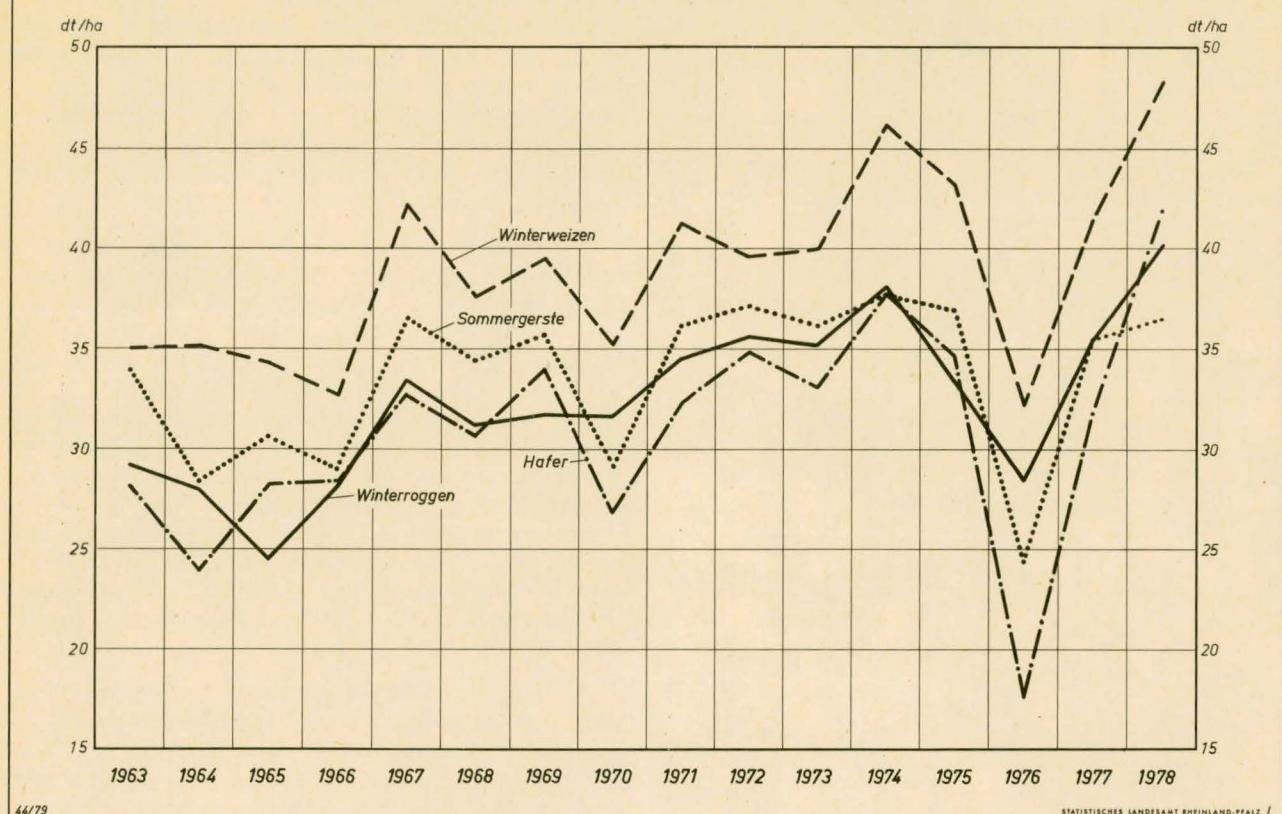
mäßig warm. Erst Ende des Monats setzte sich unter dem Einfluß eines nordosteuropäischen Hochs heiteres und sommerliches Wetter durch. Erstmals stiegen die Temperaturen verbreitet über 20° Celsius an. Maritime Luftzufuhren bewirkten zu Beginn der letzten Junidekade wieder ein Absinken der Temperaturen und eine regnerische Witterung, die bis Ende der ersten Juliwoche anhielt. Von Mitte Juli bis etwa Ende

Anbau und Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1972/77 (Sechsjahresdurchschnitt), 1977 und 1978

Fruchtart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	Ø 1972/77	1977	1978	Ø 1972/77	1977	1978	Ø 1972/77	1977	1978
	ha	dt	t						
Getreide	375 395 ¹⁾	376 330	377 339	36,3	37,5	43,1	1 358 391	1 412 329	1 627 256
Winterweizen	114 188	113 057	114 667	40,4	41,4	48,3	461 592	468 395	553 268
Sommerweizen	11 096	8 595	7 682	36,7	37,0	46,3	40 734	31 810	35 575
Winterroggen	34 920	41 869	39 819	34,4	35,5	40,1	120 037	148 635	159 754
Sommerroggen	1 336	1 791	1 479	30,2	30,8	35,5	4 036	5 525	5 249
Wintermenggetreide	1 701	2 192	1 673	33,8	34,3	41,4	5 755	7 512	6 926
Wintergerste	25 219	35 566	44 010	41,6	45,4	50,2	104 883	161 470	221 106
Sommergerste	100 270 ¹⁾	96 459	98 455	34,6	35,5	36,5	347 119	341 947	359 164
Hafer	65 147 ¹⁾	57 429	52 457	32,0	31,8	41,9	205 546	182 739	219 690
Sommermenggetreide	21 518 ¹⁾	19 372	17 097	32,1	33,2	38,9	68 689	64 296	66 524
Körnermais	3 608	2 604	2 694	49,6	52,9	45,3	17 892	13 772	12 204
Kartoffeln	36 864	31 937	28 439	248,0	264,1	248,8	914 141	843 478	707 498
Frühkartoffeln	5 786	5 964	5 676	200,6	216,7	207,2	116 046	129 246	117 595
Spätkartoffeln	31 078	25 973	22 763	256,8	275,0	259,1	798 095	714 232	589 903
Zuckerrüben	24 688	25 395	24 533	490,7	529,9	508,5	1 211 489	1 345 620	1 247 394
Runkelrüben	22 289	18 803	17 063	849,4	922,5	886,0	1 893 180	1 734 577	1 511 782
Kohlrüben	2 195	1 326	1 274	623,2	775,3	692,4	136 723	102 805	88 212
Hülsenfrüchte	1 066	654	523	28,2	30,3	30,4	3 006	1 982	1 590
Speiserbsen und -bohnen	164	152	169	24,5	26,5	26,0	403	403	439
Ackerbohnen	902	502	354	28,8	31,5	32,5	2 603	1 579	1 151
Ölfrüchte	3 157	2 581	2 833	22,3	23,1	23,3	7 026	5 955	6 609
Winterraps	2 667	2 273	2 586	22,7	23,5	23,6	6 064	5 342	6 103
Sommerraps und Rübsen	490	308	247	19,6	19,9	20,5	962	613	506
Rauhfutter (Heuertrag)	232 918	225 354	224 534	58,0	70,5	69,5	1 350 299	1 588 766	1 561 385
Wiesen	148 242	137 820	137 696	56,6	68,5	67,0	839 179	944 067	923 248
Mähweiden	61 587	69 626	70 019	58,5	73,3	73,6	360 552	510 359	515 587
Grasanbau auf dem Ackerland	5 303	4 605	4 600	57,8	69,8	73,4	30 653	32 145	33 764
Klee und Kleegras	11 063	8 275	7 901	64,9	74,1	65,8	71 843	61 297	55 149
Luzerne	6 723	5 028	4 318	71,5	81,3	77,9	48 074	40 898	33 637
Grünmais	10 540	13 975	15 512	407,6	444,3	432,9	429 659	620 844	671 514

1) 1976 standen für die Körnerernte infolge vorzeitigen Schnitts zu Futterzwecken bei Hafer nur 57 717, bei Sommermenggetreide nur 20 190 ha zur Verfügung.

Hektarerträge ausgewählter Getreidearten 1963-1978



August herrschte dann eine überwiegend veränderliche Witterung mit sommerlichen Perioden besonders in der zweiten und vierten Juliwoche sowie zu Beginn der zweiten Augusthälfte.

Milder Herbst

Nach einem veränderlichen Witterungsabschnitt Ende August und Anfang September, der vor allem im nördlichen Landesteil noch erhebliche Niederschläge brachte, stellte sich Ende der ersten Septemberdekade überwiegend trockenes und heiteres Wetter ein, das bis Mitte der dritten Dekade anhielt. Vor allem in den südlichen und westlichen Landesteilen machte sich zu dieser Zeit eine zunehmende Trockenheit bemerkbar. Durch verbreitete Niederschläge in der letzten Septemberwoche und Anfang Oktober wurde jedoch den Acker- und Grünlandböden wieder genügend Feuchtigkeit zugeführt. Danach herrschte bis Ende der dritten Oktoberwoche zunächst überwiegend heiteres und dann bis Mitte der letzten Novemberdekade mildes und trockenes Herbstwetter mit einer hochnebelartigen Bewölkung. Diese verhinderte ein stärkeres Absinken der Nachttemperaturen, so daß Nachtfröste nur vereinzelt auftraten. Im Gegensatz zum Frühjahr fielen in den Monaten September, Oktober und November im allgemeinen nur geringe Niederschläge. Ende November erreichte Kaltluft polaren Ursprungs das Gebiet von Rheinland-Pfalz und leitete eine anhaltende winterliche Wetterperiode ein, die lediglich in der zweiten und vierten Dezemberwoche durch milde Luftströmungen unterbrochen wurde. In der Natur trat damit allgemeine Vegetationsruhe ein.

Abschließend läßt sich feststellen, daß die Witterung im Jahre 1978 für das Wachstum der Feldfrüchte und Futterpflanzen im großen und ganzen vorteilhaft verlaufen ist. Lediglich der späte Wachstumsbeginn im Frühjahr, die starken Niederschläge im Mai und eine zunehmende Trockenheit im September wirkten sich in einigen Gebieten nachteilig aus.

Hohe Hektarerträge bei Getreide

Das Sommergetreide wurde in den klimatisch begünstigten Gebieten größtenteils bereits Mitte März, in den übrigen Anfang April bestellt. Das Auflaufen des Sommergetreides und das Wachstum der Wintersaaten begann infolge zunächst kühler Witterung verstärkt erst in der letzten Aprilwoche. Damit bestand schon zu Beginn der Wachstumsperiode ein deutlicher Rückstand gegenüber Normaljahren. Bei häufigen Niederschlägen und niedrigen Temperaturen verlief das Wachstum im Laufe des Monats Mai verhalten. Vor allem in Rheinhessen und der Südpfalz verursachten Regenfälle in der vierten Maiwoche eine verbreitete Lagerung des Getreides. Betroffen waren insbesondere Winterroggen, Wintergerste und Sommergerste. Bei der nachfolgenden heiteren und trockenen Witterung konnte sich das Getreide jedoch teilweise wieder aufrichten und die Blüte unter günstigen Bedingungen erfolgen. Auch in den Höhengebieten wirkte sich diese Witterungsperiode auf das Wachstum des Getreides sehr vorteilhaft aus, so daß der ursprüngliche Rückstand teilweise aufgeholt werden konnte. Durch die in den folgenden Wochen herrschenden nur mäßig warmen Temperaturen verlief das weitere Wachstum zwar

Hektarerträge von Kartoffeln und Rüben 1969-1978



verhalten, aber im ganzen gesehen sehr vorteilhaft. Die spätere Reife bewirkte vor allem in den Höhengebieten aber auch eine wesentliche Verlängerung der Vegetationszeit, so daß sich das Getreide in den meisten Gebieten voll entwickeln und allmählich ausreifen konnte. Hierin ist ein wesentlicher Grund für die hohen Getreideerträge des Jahres 1978 zu sehen. Begünstigt durch die häufigen Niederschläge im Frühjahr und Sommer breitete sich jedoch auf vielen Feldern der Windhalm sehr stark aus.

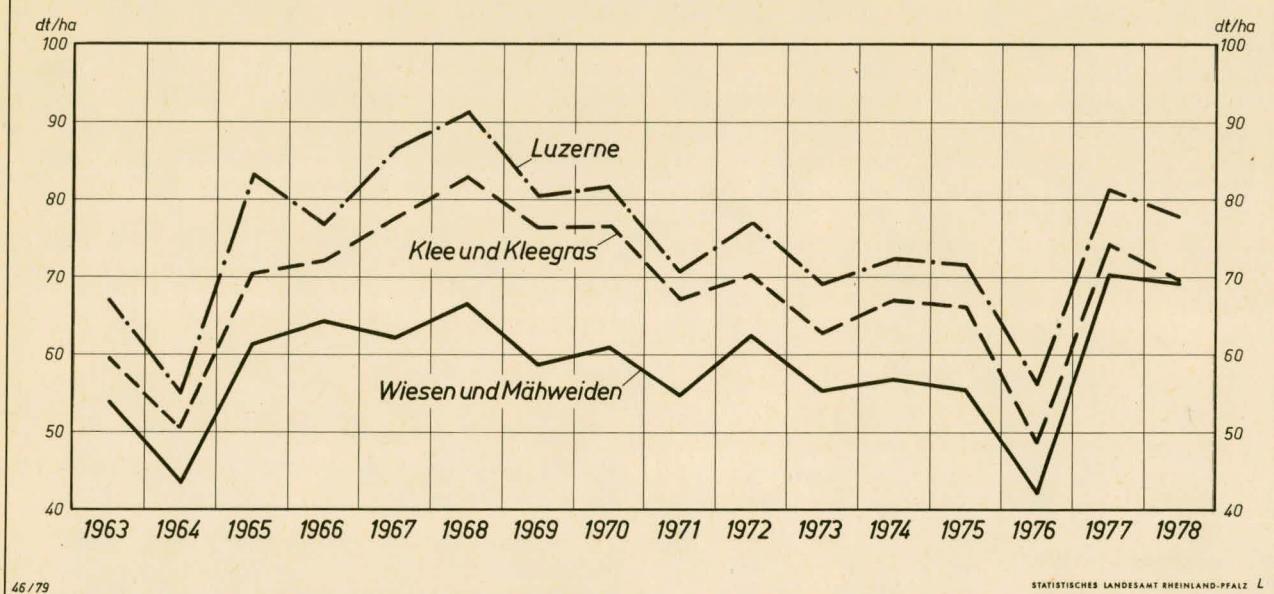
Die Wintergerste konnte in der letzten Juliwoche größtenteils eingebbracht werden. In Rheinhessen, der Vorderpfalz und in Tallagen waren Anfang August auch Winterroggen, Winterweizen und Sommergerste reif. Die Erntearbeiten kamen jedoch infolge der veränderlichen Witterung nur zögernd in Gang. Der größte Teil wurde hier bis zu Beginn der dritten Augustdekade geborgen, während in den Höhengebieten zu dieser Zeit mit der Einbringung von Winterroggen und Winterweizen erst begonnen werden konnte. Die Arbeiten wurden hier zudem durch veränderliche Witterung und häufige Niederschläge zunächst fast drei Wochen unterbrochen. Von Mitte bis Ende September konnte aber auch hier die Getreideernte bei überwiegend heiterer Witterung abgeschlossen werden.

Die Getreideernte bezifferte sich 1978 in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 1,63 Mill. t. Die bis dahin größte, im Jahre 1974 erzielte Menge wurde damit noch um 88 000 t oder 6% übertroffen. Sie lag auch um 15% über der des Vorjahrs und um 20% über dem mehrjährigen Durchschnitt 1972/77. Da die Anbaufläche nur geringfügig erweitert wurde, ist das Ergebnis ausschließlich auf hohe Hektarerträge zurückzuführen. Für Getreide insgesamt errechnete sich eine Flächenleistung von 43,1 dt je Hektar gegenüber 37,5 dt im Vorjahr, 36,3 dt im Sechsjahresdurchschnitt und der bisher höchsten von 41,1 dt aus dem Jahre 1974. Bemerkenswert sind vor allem die hohen Flächenleistungen bei Winterweizen (48,3 dt), Wintergerste (50,2 dt) und Hafer (41,9 dt), die in dieser Höhe bisher noch nicht zu verzeichnen waren und damit ganz erheblich die Gesamtmenge beeinflußt haben. Wohin die Entwicklung der Hektarerträge führen kann, verdeutlicht ein Blick auf die Ergebnisse im nördlichsten Bundesland Schleswig-Holstein. Winterweizen erbrachte hier mit 67,4 dt je Hektar die höchsten Erträge, die jemals für eine Getreideart in einem Bundesland ermittelt wurden.

Das sehr gute Mengenergebnis der Getreideernte 1978 darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß vor allem in den Höhengebieten infolge der ungünstigen Witterung Ende August und Anfang September durch Lagerung und Feuchtigkeit beträchtliche Qualitätseinbußen entstanden sind. Für die Trocknung des Getreides waren wesentlich höhere Aufwendungen als sonst erforderlich. Auch konnte das Brotgetreide vielfach nicht mehr zum Backen, sondern nur noch zur Fütterung verwendet werden.

Bei ebenfalls überdurchschnittlichen Hektarerträgen betrug die Ernte an Hülsenfrüchten rund 1 600 t und lag damit infolge einer Anbaueinschränkung erheblich unter der vorjährigen Menge. Der größte Teil davon entfiel auf Ackerbohnen. Ölfrüchte lieferten dagegen

Hektarerträge von Rauhfutter 1963-1978



46/79

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

auf Grund einer Flächenausdehnung mit 6 600 t eine deutlich größere Menge als im Jahr vorher. Hier machte Winterraps den größten Teil der Ernte aus. Körnermais brachte rund 12 000 t und bei unterdurchschnittlichen Hektarerträgen deutlich weniger als in den Vergleichsjahren.

Überdurchschnittliche Hektarerträge auch bei Hackfrüchten

Hackfrüchte konnten in vielen Gebieten erst zwei Wochen später als in Normaljahren bestellt werden. Ihre Entwicklung verlief bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und gemäßigten Temperaturen zwar verhalten, aber ohne größere Unterbrechungen. Für ein zügiges Wachstum war es jedoch über weite Strecken im Mai sowie Ende Juni und Anfang Juli zu kühl. Die häufigen Niederschläge regten auch das Wachstum des Unkrautes an, wodurch zusätzliche Bekämpfungsmaßnahmen erforderlich wurden. Als in den letzten Maitagen nach anhaltenden Niederschlägen eine intensive Sonneneinstrahlung einsetzte, kam es auf den Rübenfeldern zu einer starken Verkrustung der Ackerkrume, die durch Bodenbearbeitung schnell gelockert werden mußte. Der ursprüngliche Wachstumsrückstand war bis Anfang August weitgehend ausgeglichen. Vor allem im südlichen Landesteil wurde das Wachstum im weiteren Verlauf gebietsweise durch zunehmende Trockenheit gehemmt. Die milde Herbstwitterung bewirkte jedoch bei den Zuckerrüben bis in den November ein Wachstum.

Die Kartoffelernte erreichte insgesamt 707 000 t. Davon entfielen 117 000 t auf Frühkartoffeln und 590 000 t auf mittelfrühe und späte Sorten. Bei beiden Reifegruppen blieben die Mengen deutlich unter dem Ergebnis des Jahres 1977 (— 16%). Der beträchtliche Rückgang ist ausschließlich eine Folge der weiteren Flächenreduzierung. Die Hektarerträge übertrafen zwar mit 207 dt bei den Frühkartoffeln und 259 dt bei den Spätkartoffeln die entsprechenden Hektarerträge im

mehrjährigen Durchschnitt, sie blieben jedoch deutlich unter den Ergebnissen des Vorjahres. Trotz des erheblichen Produktionsrückgangs traten keine Schwierigkeiten in der Versorgung mit Speisekartoffeln ein. Die Knollen waren vielfach sehr groß ausgefallen, so daß der Anteil der Einkellerungsware deutlich höher lag als sonst.

Die Zuckerrübenernte des Jahres 1978 belief sich in Rheinland-Pfalz auf 1,25 Mill. t, die Ernte an Runkelrüben auf 1,51 Mill. t und die an Kohlrüben auf rund 88 000 t. Wie bei den Kartoffeln wurden auch hier die Hektarerträge im mehrjährigen Durchschnitt deutlich übertroffen, die des Vorjahres jedoch stärker unterschritten.

Schwierige Rauhfutterernte in den Höhengebieten

Das Wachstum der Futterpflanzen verlief ähnlich günstig wie bei den Hackfrüchten, wurde jedoch im Mai durch kühle Temperaturen und im August durch Trockenheit zeitweise gehemmt. Der milde Herbst erlaubte jedoch bis Anfang November eine Nutzung des Grünlandes.

Als in den letzten Maitagen heiteres Wetter einsetzte, wurde in den Tallagen mit dem ersten Rauhfutterschnitt begonnen. In den höhergelegenen Gebieten lohnte sich zu diesem Zeitpunkt eine Heuernte noch nicht. Bei günstiger Witterung konnte in den Tallagen bis etwa Mitte Juni die Heuernte weitgehend verlustfrei eingebracht werden. In den Mittelgebirgslagen setzte zu diesem Zeitpunkt die Heuwerbung erst richtig ein und konnte nur zum Teil eingebracht werden. Die übrigen Flächen wurden erst Mitte bzw. Ende Juli geerntet, als sich eine Wetterbesserung ergab. Ende Juni und Anfang Juli standen die restlichen Futterbestände unter dem Einfluß der häufigen Niederschläge und wurden in hohem Maße überständig. In den Höhengebieten waren daher auch bei der Rauhfutterernte erhebliche Qualitätseinbußen zu verzeichnen.

Die Rauhfutterernte betrug insgesamt 1,56 Mill. t Heu und unterschritt das Ergebnis des letzten Jahres um 1,7%. Von der Gesamtmenge stammten annähernd 923 000 t von Wiesen, 516 000 t von Mähweiden, 55 000 t entfielen auf Klee und Kleegras, 34 000 t kamen aus dem Grasanbau auf dem Ackerland und ebenfalls 34 000 t brachte die Luzerne. Die Flächenleistung für alle Arten zusammen blieb mit knapp 70 dt je Hektar wie bei den Hackfrüchten etwas unter der des Jahres 1977, die vergleichbaren Werte im mehrjährigen Durchschnitt wurden aber deutlich übertroffen. Wiesen und Mähweiden, die den größten Teil der Gesamt-

fläche einnehmen, lieferten 69 dt gegenüber 70 und 57 dt in den Vergleichsjahren. Der Grünmais, dessen Anbaufläche in den letzten Jahren immer mehr ausgeweitet worden ist, brachte eine Gesamtmenge von rund 672 000 t Grünmasse. Der Hektarertrag betrug 433 dt gegenüber 444 im Vorjahr und 408 im Sechs-jahresdurchschnitt. Der Grünmais wird vorwiegend in Gärfutterbehältern konserviert und als Ersatz für die stark eingeschränkte Runkelrübenproduktion bei der Winterfütterung des Rindviehs verwendet.

Dr. J. Töniges

Meldepflichtige Infektionskrankheiten 1978

Unter meldepflichtigen Krankheiten werden bestimmte Infektionskrankheiten verstanden, deren Auftreten dem Bundesseuchengesetz zufolge den unteren Gesundheitsbehörden anzuzeigen ist. Die statistische Zusammenstellung der bekanntgewordenen Erkrankungsfälle im Rahmen sogenannter Wochenmeldungen erlaubt einen Überblick über das regionale und zeitliche Infektionsgeschehen im Jahresverlauf.

Die Gesundheitsämter des Landes erhielten während des Berichtsjahres Kenntnis von insgesamt 7 438 Fällen meldepflichtiger Erkrankungen. Dies entspricht einer Morbidität von 20,5 auf 10 000 Einwohner. Fallzahl und Häufigkeitsziffer überstiegen die entsprechenden Nachweisungen des Vorjahres (6 651 bzw. 18,2) deutlich. Enteritis infectiosa, Tuberkulose, Scharlach und Hepatitis infectiosa dominierten unter den 20 registrierten Infektionsarten wieder sehr stark. In ihrer Gesamtzahl stellten diese vier Erkrankungen 93% aller Meldefälle.

Krankheitsausmaß der Enteritis erheblich ausgeweitet

Abgesehen von der Enteritis infectiosa (übertragbare Darmentzündung) haben die einzelnen Krankheiten bezüglich ihrer Häufigkeit im Vorjahresvergleich nur unwesentliche Veränderungen erfahren. Einen nach der vorjährigen Stagnation nicht erwarteten Verlauf nahm der Häufigkeitstrend bei der Enteritis. Mit einer Zunahme um 22% erreichte diese Krankheit wieder die Steigerungsraten der Jahre 1969 bis 1976 und bei einer Morbidität von 8,7 pro 10 000 Einwohner ihren bisher höchsten Verbreitungsstand. Das Auftreten der Dünndarmentzündung im Berichtsjahr zeigte sich fast ausschließlich in Form der Salmonellose (3 132); nur 17 Fälle wurden anderen Erregerarten zugeschrieben.

Ursachen für die auffällig zunehmende Verbreitung der Enteritis seit Beginn der 70er Jahre - die damalige Morbidität steigerte sich inzwischen um das Elfache - dürften vor allem sein: zunehmende Urlaubsreisen, der Genuß nicht konservierter Lebensmittel, die Verwendung eingeführter verseuchter Futtermittel und nicht zuletzt die Anwendung des mechanisierten Gefrierverfahrens bei der Hähnchenschlachtung. Dies insofern, als das Schlachtgut unmittelbar vor der Einfrierung durch ein Tauchbad geführt wird, welches für

alle einem einzigen salmonellenbehafteten Tierkörper folgenden Stücke zur Seuchenquelle werden kann.

Ein regionales und zeitlich (zumeist in der Jahresmitte) gehäuftes Auftreten der Enteritis zeigte sich in den Amtsgebieten der Gesundheitsämter Bernkastel-Wittlich, Daun, Trier-Saarburg, Kaiserslautern, Landau-Bad Bergzabern sowie Pirmasens. Allerdings wurde in keinem Bereich ein epidemisches Ausmaß erreicht. Nur relativ selten sind die Infektionsquellen bei der Enteritis auffindbar. Vereinzelt gelingt die Lokalisierung wenn in zeitlich-räumlicher Übereinstimmung ein Personenkreis befallen wird, für den infektionsrelevante Gemeinsamkeiten nachweisbar sind. So konnte unter den genannten Massierungen nur in einem Falle die Infektionsquelle ausfindig gemacht werden; es handelte sich um bakteriell verseuchtes Spanferkelfleisch, welches den Besuchern eines Sportfestes zum Kauf angeboten worden war.

Die übrigen neben der Enteritis der Meldepflicht unterliegenden Darmerkrankungen bewirkten während des Berichtsjahres eine nur geringe Morbidität. An Ruhr erkrankten 40 Personen, Typhus abdominalis und Paratyphus A und B wurden 20- bzw. 7mal angezeigt.

Tuberkuloserückgang hält an

Auf Vorjahreshöhe blieb die Zahl der Tuberkulosefälle (1 373), welche in der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten hinsichtlich ihrer Häufigkeit (3,8 auf 10 000 Einwohner) nach der Enteritis die zweite Stelle einnahmen. Diese auf Grund des Bundesseuchengesetzes veranlaßten ärztlichen Meldungen entsprechen jedoch nicht den Nachweisungen der amtlichen Tuberkulosestatistik, welche auf den Individualzählkarten der Tuberkulosefürsorgestellen basieren. Nach deren Feststellungen belaufen sich die Neuzugänge im Berichtsjahr auf 1 652 Personen. Die auffällige Diskrepanz zwischen den Ergebnissen beider Statistiken hat ihre Ursache in der Untererfassung des Krankheitsgeschehens auf Grund der Arztemeldungen. Diese Untererfassung wird zum einen bewirkt durch die anfängliche Schwierigkeit einer zweifelsfreien Diagnosebestimmung, zum andern auch dadurch, daß die seitens der Landesschirmbildstelle im Zuge der Röntgenreihenuntersuchungen festgestellten Befunde zur Abklärung direkt den Gesundheitsämtern zugehen, wobei eine

Ausgewählte Neuerkrankungen an übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten (ohne Tuberkulose) 1950 – 1978

Jahr	Ins- gesamt	Hepa- titis infec- tiosa	Enteritis infectiosa		Para- typhus A und B	Typhus abdo- minalis	Bakte- rielle Ruhr	Übertragbare Hirnhaut- entzündung		Über- trag- bare Gehirn- ent- zündung	Schar- lach	Toxo- plas- mose	Kin- der- lä- hmung	Diph- therie
			Salmo- nellose	übrige For- men				Meningo- kokken- Meningitis	übrige For- men					
Anzahl														
1950	.	102	5	.	343	223	18	61	.	53	4 984	-	133	2 685
1960	5 567	625	.	.	143	187	288	38	.	32	1 115	2	200	223
1970	4 423	1 800	1 005	91	54	29	4	104	222	14	913	144	1	2
1971	4 148	1 728	754	57	37	30	13	93	246	10	1 061	91	1	2
1972	4 401	1 777	820	132	39	19	6	95	225	11	1 116	96	1	1
1973	4 744	1 496	976	129	29	8	11	113	144	19	1 714	50	-	4
1974	6 027	1 331	1 394	152	18	20	6	124	291	6	2 582	36	-	1
1975	5 691	1 108	2 011	67	9	11	26	132	400	7	1 818	38	-	-
1976	5 825	1 097	2 490	53	10	16	18	106	216	9	1 738	28	-	7
1977	5 316	1 040	2 553	26	5	13	18	89	163	2	1 299	24	-	2
1978	6 065	1 097	3 132	17	7	20	36	104	240	1	1 321	19	-	5
Auf 100 000 Einwohner														
1950	.	3,4	0,2	.	11,6	7,5	0,6	2,1	.	1,8	167,9	-	4,5	90,5
1960	164,0	18,4	.	.	4,2	5,5	8,5	1,1	.	0,9	32,9	0,1	5,9	6,6
1970	121,3	49,4	27,6	2,5	1,5	0,8	0,1	2,9	6,1	0,4	25,0	4,0	0,0	0,1
1971	113,0	47,1	20,5	1,6	1,0	0,8	0,4	2,5	6,7	0,3	28,9	2,5	0,0	0,1
1972	119,4	48,2	22,2	3,6	1,1	0,5	0,2	2,6	6,1	0,3	30,3	2,6	0,0	0,0
1973	128,3	40,5	26,4	3,5	0,8	0,2	0,3	3,1	3,9	0,5	46,3	1,4	-	0,1
1974	163,0	36,0	37,7	4,1	0,5	0,5	0,2	3,4	7,9	0,2	69,8	1,0	-	0,0
1975	154,8	30,1	54,7	1,8	0,2	0,3	0,7	3,6	10,9	0,2	49,4	1,0	-	-
1976	159,3	30,0	68,1	1,5	0,3	0,4	0,5	2,9	5,9	0,3	47,5	0,8	-	0,2
1977	145,8	28,5	70,0	0,7	0,1	0,4	0,5	2,4	4,5	0,1	35,6	0,7	-	0,1
1978	167,0	30,2	86,2	0,5	0,2	0,6	1,0	2,9	6,6	0,0	36,4	0,5	-	0,1

gesonderte Meldung im Sinne des Bundesseuchengesetzes unterbleibt. Die tatsächliche Häufigkeit der tuberkulösen Inzidenz dürfte daher korrekter mit den Nachweisungen der Tuberkulosefürsorgestelle aufgezeigt sein. Danach ergab sich für die Neuerkrankungen des Berichtsjahres eine Morbidität von 4,5 auf 10 000 Einwohner, was eine Inzidenzverminderung gegenüber dem Vorjahr um 6,2% bedeutet.

Obwohl die Scharlacherkrankungen in ihrer Tendenz, über einen längeren Zeitraum gesehen, rückläufig sind, bleibt ihre Häufigkeitskurve kurzfristig von Schwankungen gekennzeichnet. Die dem Gipfelwert im Jahre 1974 (7,0 auf 10 000 Einwohner) folgende stetige Verminderung des Erkrankungsausmaßes hat im Berichtsjahr insofern eine Unterbrechung erfahren, als der bei unveränderter Morbidität (3,6) geringe Anstieg der Fallzahl (1 321) als Stagnationsphase zu werten ist. Damit blieb der Scharlach in einem mittleren Verbreitungsausmaß. Allerdings sei zur richtigen Beurteilung des Scharlachauftretens angemerkt, daß die tatsächliche Verbreitung nur annähernd wiedergegeben wird, da meist nur schwerere Verlaufsformen zur Anzeige gelangen. Epidemische Scharlachmassierungen wurden nicht festgestellt. Weit über dem Durchschnitt liegende Morbiditätswerte ergaben sich in den Bereichen der Gesundheitsämter Mayen-Koblenz (10,3) und Pirmasens (11,9).

Kein weiteres Abklingen der Hepatitis

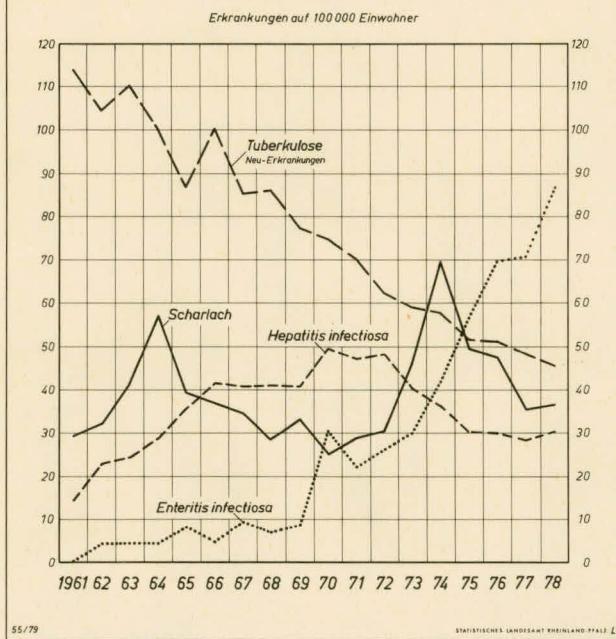
Ein nunmehr seit drei Jahren unverändertes Erkrankungsvorkommen zeigte die Hepatitis infectiosa, deren Fallzahl sich im Berichtsjahr auf 1 097 belief. Der Morbiditätswert für die letzten drei Jahre bewegte sich zwischen 2,9 und 3. Dieser Stillstand wundert insofern, als angenommen werden darf, daß sich das

Absinken der jährlichen Häufigkeitsrate nach einem sprunghaft erreichten Expansionsgipfel im Jahre 1970 (5 auf 10 000 Einwohner) durch die nunmehr gegebene Möglichkeit der Anwendung einer spezifischen Prophylaxe zunehmend beschleunigen würde. Aus regionaler Sicht ergaben sich - ausgenommen der Bereich des Gesundheitsamtes Zweibrücken - bei der Hepatitis keine ausgeprägten Morbiditätszonen oder -schwerpunkte.

Die übertragbare Hirnhautentzündung war 1978 (344 Fälle) zwar stärker verbreitet als im Vorjahr (252), jedoch blieb das Krankheitsvorkommen auf einem mittleren Häufigkeitsniveau. Statistisch wird bei der infektiösen Hirnhautentzündung unterschieden zwischen der Meningokokken-Meningitis und den übrigen Formen in ihrer Gesamtheit. Die letzteren Fälle sind weit aus häufiger; sie übertreffen die Fälle der erstgenannten Erregerart meist um das Doppelte. Eine für Infektionen außergewöhnlich hohe Letalität zeigt die Gefährlichkeit der Hirnhautentzündung. Den Nachweisungen der Todesursachen zufolge nahmen zwischen 1968 und 1977 im Jahresdurchschnitt nicht weniger als 40 Erkrankungsfälle einen tödlichen Ausgang. Eine gewisse Häufung von Krankheitsfällen ohne zeitliche oder örtliche Gebundenheit ergab sich in den Landkreisen Bad Kreuznach (32), Mayen-Koblenz (33) und Neuwied (40).

Die seit ihrer Erfassung nur sporadisch in Erscheinung getretene infektiöse Gehirnentzündung wurde im Berichtsjahr ein einziges Mal angezeigt. Es mag zutreffen, daß das zahlenmäßige Erkrankungsausmaß der Gehirnentzündung inzwischen relativ bedeutungslos geworden ist; in Anbetracht einer zwischen 1973 und 1977 ermittelten enzephalitischen Sterberate

**Ausgewählte
meldepflichtige Krankheiten
1961-1978**



von durchschnittlich 16 Fällen, dürfte diese Infektion jedoch weit häufiger als angezeigt in Erscheinung treten.

Ihren bisher tiefsten Stand (19 Fälle) erreichte die Toxoplasmose, eine an sich tierische, jedoch auf den

Menschen übertragbare Infektionskrankheit. Das über mehrere Jahre anhaltende Absinken der zuvor von Periodizität gekennzeichneten Krankheitsverbreitung dürfte nicht mehr als temporäre Erscheinung gedeutet werden.

Malaria häufiger

Auffällig ist die seit Beginn der 70er Jahre stetige Zunahme der Malaria. Wenn diese sich auch mit 17 Fällen im Berichtsjahr in engen Grenzen hielte, so ist ihre jetzige Verbreitung, gemessen an dem Vorkommen während des gesamten vorigen Jahrzehnts (insgesamt 12 Fälle), recht ungewöhnlich. Sicherlich ist das häufigere Auftreten der Krankheit im Zusammenhang zu sehen mit einem allgemein vermehrten Reiseverkehr auch in malariagefährdete Gebiete.

Ihrer Seltenheit wegen soll noch der Fall einer Erkrankung an Trichinose erwähnt werden. Dies war das zweite Auftreten dieser Krankheit seit Bestehen des Landes. Betroffen war eine junge Frau an der Mittelmosel. Die Infektionsursache konnte nicht festgestellt werden. Zum erstenmal war die Trichinose im Raum Diez/Lahn Mitte 1967 - damals allerdings in einem starken Ausmaß (268) - in Erscheinung getreten. Erkrankungsquelle war eine Fleischerei, in welcher trichinenbefallenes Frischfleisch zum Verkauf gelangte.

Außer den genannten wurden im Berichtsjahr noch folgende meldepflichtigen Krankheiten bekannt: Mikrosporie (13), Brucellose (11), Psittacose (7), Q-Fieber (6), Botulismus (5), Diphtherie (5), Milzbrand (2).

R. Zirwes

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 657	3 645	3 639	3 638	3 637	3 632	3 631
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 017	1 977	1 948	1 048 ^P	1 071 ^P	1 201 ^P	1 908 ^P	910 ^P	1 156 ^P	
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,5	6,3	3,4 ^P	3,8 ^P	4,0 ^P	6,2 ^P	2,9 ^P	4,1 ^P	
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 879	2 844	2 700	2 645 ^P	2 658 ^P	2 528 ^P	3 023 ^P	2 979 ^P	2 606 ^P	
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,4	9,4	8,7	8,6 ^P	9,5 ^P	8,5 ^P	9,8 ^P	9,7 ^P	9,4 ^P	
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 726	3 495	3 762	3 632 ^P	4 243 ^P	3 466 ^P	4 020 ^P	3 869 ^P	3 525 ^P	
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,5	12,2	11,8 ^P	15,2 ^P	11,6 ^P	13,0 ^P	12,5 ^P	12,7 ^P	
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	55	45	48	39 ^P	50 ^P	55 ^P	63 ^P	
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	19,2	15,8	17,0	14,0 ^P	20,0 ^P	21,0 ^P	21,2 ^P	
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 847	- 651	- 1 062	- 987 ^P	- 1 585 ^P	- 938 ^P	- 997 ^P	- 890 ^P	- 919 ^P	
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,8	- 2,1	- 3,4	- 3,2 ^P	- 5,7 ^P	- 3,1 ^P	- 3,2 ^P	- 2,9 ^P	- 3,3 ^P	
Wanderungen											
über die Landesgrenze											
* Zugezogene	Anzahl	7 392	7 480	6 631	7 028 ^r	5 751	7 376	6 080	
Ausländer	Anzahl	1 809	1 830	1 528	1 817 ^r	1 523	1 899	1 255	
Erwerbspersonen	Anzahl	3 899	3 930	3 532	3 884 ^r	3 213	3 796	3 205	
* Fortgezogene	Anzahl	7 944	7 677	7 394	6 873 ^r	5 902	7 343	5 851	
Ausländer	Anzahl	2 138	1 924	1 762	1 447 ^r	1 506	1 535	1 490	
Erwerbspersonen	Anzahl	4 442	4 279	4 228	4 070 ^r	3 419	3 792	3 216	
* Wanderungssaldo	Anzahl	- 551	- 197	- 763	155 ^r	- 151	33	229	
Ausländer	Anzahl	- 329	- 94	- 234	370 ^r	17	364	- 235	
Erwerbspersonen	Anzahl	- 542	- 349	- 696	- 186 ^r	- 206	4	- 11	
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	10 360	10 535	10 250	9 664 ^r	8 153	10 740	9 654	
Arbeitsmarkt											
* Arbeitslose	Anzahl	62 137	58 977	64 812	71 633	75 676	50 622	57 461	72 462	67 818	
* Männer	Anzahl	35 728	30 110	34 370	39 662	44 584	22 419	28 667	42 456	39 429	
Ausgewählte Berufsgruppen											
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 287	1 032	1 517	2 471	4 862	628	1 560	5 426	4 586	
Baugerufe	Anzahl	4 232	3 326	4 018	5 163	5 829	1 882	2 764	5 210	4 841	
Industrielle u. handwerkliche Berufe	Anzahl	23 541	20 750	23 760	26 404	27 825	17 206	21 017	26 289	25 006	
Arbeitslosenquote											
Offene Stellen	%	4,8	4,6	5,0	5,6	5,9	3,9	4,5	5,6	5,3	
Männer	Anzahl	11 328	11 148	8 999	10 644	11 223	11 318	10 795	12 109	13 959	
Ausgewählte Berufsgruppen	Anzahl	6 645	6 922	5 346	6 600	6 726	7 202	6 752	7 503	8 949	
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	321	451	237	406	467	357	350	324	506	
Baugerufe	Anzahl	919	818	397	703	638	926	802	858	1 354	
Industrielle u. handwerkliche Berufe	Anzahl	4 420	4 294	3 310	4 025	4 195	4 382	4 171	4 815	5 306	
Kurzarbeiter	Anzahl	9 871	7 738	10 025	11 115	13 115	4 349	4 026	8 029	10 177	
Männer	Anzahl	7 266	5 394	7 614	8 513	10 293	3 059	2 664	6 929	7 153	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	654	672	672	.	.	.	682	.	.	.
* Milchkühe	1 000	233	237	237	.	.	.	238	.	.	.
* Schweine	1 000	683	699	699	.	.	.	729	.	.	.
Mastschweine	1 000	236	233	233	.	.	.	254	.	.	.
Zuchtsauen	1 000	75	79	79	.	.	.	81	.	.	.
Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	53	53	.	.	.	52	.	.	.
Schlachtungen von Inlandstieren											
* Rinder	Anzahl	17 091	15 055	16 645	16 189	13 643	17 475	16 646	16 349	13 937	
* Kälber	Anzahl	714	605	805	476	488	424	526	491	370	
* Schweine	Anzahl	90 886	96 209	108 819	106 396	88 336	114 742	118 954	114 114	102 064	
* Hausschlachtungen	Anzahl	15 129	14 026	24 589	20 225	15 044	23 005	24 560	18 713	15 975	
Schlachtmengen 6)											
Rinder	t	12 515	12 196	13 697	13 485	11 209	14 511	14 793	14 249	12 501	
Kälber	t	4 888	4 370	4 835	4 747	4 029	5 010	4 947	4 829	4 141	
Kälber	t	71	58	78	48	50	45	46	52	37	
Schweine	t	7 495	7 705	8 705	8 618	7 067	9 352	9 695	9 289	8 257	
Geflügel											
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	75	72	55	75	94	21	59	52	46	
* Geflügelfleisch 8)	t	92	104	101	
Milch											
* Milcherzeugung	1 000 t	75	74	65	70	67	66	69	72	69	
an Molkereien und Händler geliefert	%	89,8	91,7	92,4	92,0 ^r	91,7	92,2	92,8	93,6 ^r	93,0	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,4	9,0	9,5 ^r	10,1	9,3	9,3	9,7 ^r	10,3	

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 8) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt		Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Produzierendes Gewerbe											
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾											
Betriebe	Anzahl	2 914	2 892	2 904	2 896	2 894	2 894	2 894	2 882	2 882	...
* Beschäftigte	1 000	387	386	384	383	389	387	387	386	386	...
* Arbeiter ²⁾	1 000	276	274	272	271	276	275	275	273	273	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 805	39 229	41 379	37 943	41 638	37 210	41 200	41 200	41 200	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	883	1 125	844	804	1 119	1 165	911	911	911	...
* Löhne	Mill. DM	546	659	517	483	680	679	581	581	581	...
* Gehälter	Mill. DM	337	466	327	321	439	486	330	330	330	...
Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	78	78	76	65	79	80	80	80	...
* Gasverbrauch ⁴⁾	Mill. cbm	107	118	122	108	148	150	148	148	148	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	199	218	224	215	222	222	222	222	222	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	30	38	41	40	33	36	45	45	45	...
* schweres Heizöl	1 000 t	169	180	183	175	188	186	211	211	211	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	923	906	929	882	986	966	958	958	958	...
* Stromerzeugung	Mill. kWh	272	304	305	272	286	296	310	310	310	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 733	5 114	4 555	4 336	5 040	5 028	4 732	4 732	4 732	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 374	1 462	1 246	1 271	1 396	1 548	1 316	1 316	1 316	...
Produktionsindex											
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)											
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	122	122	117	114	113	137	129	111	111	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	127	126	122	120	124	141	137	122	122	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	125	124	119	117	120	138	134	117	126 ^P	...
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	126	123	110	114	120	134	125	113	126 ^P	...
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	100	95	80	67	57	111	81	42	56 ^P	...
Chemische Industrie	1970 = 100	129	126	115	126	133	137	134	127	140 ^P	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	131	143	120	122	141	161	119	126 ^P	...
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	122	135	177	122	127	137	213	113	126 ^P	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	116	116	107	113	118	129	113	113	122 ^P	...
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	68	65	53	71	72	64	53	64	67 ^P	...
* Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	139	132	137	126	124	161	151	133	135 ^P	...
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	95	102	88	79	52	115	79	49	49	...
Handwerk⁵⁾											
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1970 = 100	96	97	97	•	•	•	101	•	•	•
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VJD 1970 = 100	154	171	221	•	•	•	214	•	•	•
Öffentliche Energieversorgung											
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	233	311	432	406	363	338	375	421	421	...
Strombezug ⁶⁾	Mill. kWh	1 750	1 723	1 847	1 855	1 833	2 134	2 265	2 394	2 394	...
Stromlieferungen ⁶⁾	Mill. kWh	668	657	758	679	676	825	978	1 024	1 024	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 298	1 338	1 498	1 561	1 500	1 627	1 641	1 768	1 768	...
* Gaserzeugung ⁴⁾	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	...
Gasbezug ⁴⁾	Mill. cbm	181	207	308	313	279	342	373	439	439	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	169	195	285	289	256	321	347	406	406	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe											
* Beschäftigte	Anzahl	68 047	69 864	69 103	68 093	67 168	72 367	71 468	69 063	69 063	...
Facharbeiter	Anzahl	38 763	39 661	38 548	38 492	37 670	39 999	39 640	38 285	38 285	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 061	15 742	15 687	14 619	14 583	16 164	15 508	14 939	14 939	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 046	9 232	7 308	7 963	4 780	10 125	6 685	4 812	4 812	...
Privater Bau	1 000	5 452	5 855	4 599	5 138	3 275	6 277	4 377	3 444	3 444	...
* Wohnungsbau	1 000	3 607	3 911	3 028	3 381	1 995	4 364	2 915	2 201	2 201	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	79	97	51	80	60	73	64	42	42	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 766	1 847	1 520	1 677	1 220	1 840	1 398	1 201	1 201	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 594	3 377	2 709	2 825	1 505	3 848	2 308	1 368	1 368	...
Hochbau	1 000	888	776	624	703	398	815	480	383	383	...
Tiefbau	1 000	2 706	2 601	2 085	2 122	1 107	3 033	1 828	985	985	...
Straßenbau	1 000	1 242	1 429	1 138	1 091	561	1 667	996	517	517	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	133	137	131	120	83	179	134	86	86	...
* Löhne	Mill. DM	117	119	110	101	64	154	111	67	67	...
* Gehälter	Mill. DM	16	18	21	19	19	25	23	19	19	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	327	398	901	257	192	531	668	184	184	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	Januar	Februar
Baugenehmigungen											
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 162	1 176	1 033	1 496	1 118	1 413	832	.	.	.
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 120	1 132	991	1 453	1 094	1 322	788	.	.	.
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 135	1 146	1 013	1 471	1 005	1 468	923	.	.	.
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	225	237	213	295	216	326	192	.	.	.
* Wohnfläche	1 000 qm	181	182	164	227	160	243	137	.	.	.
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	201	199	172	275	178	265	168	.	.	.
* Umbauter Raum	1 000 cbm	682	857	1 218	971	842	970	775	.	.	.
Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	103	133	207	109	98	136	152	.	.	.
* Nutzfläche	1 000 qm	127	148	164	170	151	176	153	.	.	.
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 936	1 920	1 632	2 315	1 611	2 594	1 475	.	.	.
Öffentliche Tiefbauaufträge											
Insgesamt	Mill. DM	67	85	95	118	41	167	104	.	.	.
Straßenbauten (einschl. Straßenbrückenbauten)	Mill. DM	49	60	63	88	27	106	62	.	.	.
Übrige Tiefbauten	Mill. DM	18	25	32	30	14	61	42	.	.	.
Nach Ausführungszeit											
bis 3 Monate	Mill. DM	15	17	17	12	7	16	13	.	.	.
3 - 6 Monate	Mill. DM	18	21	24	16	8	20	12	.	.	.
6 - 12 Monate	Mill. DM	21	31	37	26	19	51	49	.	.	.
über 1 Jahr	Mill. DM	13	16	17	64	7	80	30	.	.	.
Handel und Gastgewerbe											
Ausfuhr (Spezialhandel)											
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 334	1 394	1 464	1 252	1 277	1 425	1 484	1 309	.	.
Nach Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	54	70	71	50	53	83	64	56	.	.
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 280	1 324	1 394	1 202	1 224	1 342	1 420	1 253	.	.
Rohstoffe	Mill. DM	13	15	16	13	14	16	11	9	.	.
Halbwaren	Mill. DM	77	76	65	65	67	80	67	80	.	.
Fertigwaren	Mill. DM	1 190	1 233	1 313	1 124	1 144	1 246	1 342	1 163	.	.
Vorerzeugnisse	Mill. DM	398	394	396	359	366	417	395	408	.	.
Enderzeugnisse	Mill. DM	791	839	917	765	777	830	947	755	.	.
Nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG - Länder	Mill. DM	578	621	595	576	586	669	592	626	.	.
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	96	101	93	94	105	107	106	116	.	.
Dänemark	Mill. DM	26	28	31	29	27	32	22	29	.	.
Frankreich	Mill. DM	193	197	203	174	186	223	198	198	.	.
Großbritannien	Mill. DM	70	81	77	71	76	101	78	67	.	.
Irland	Mill. DM	4	4	3	5	3	6	8	7	.	.
Italien	Mill. DM	95	97	87	99	89	100	92	115	.	.
Niederlande	Mill. DM	94	112	101	104	101	101	88	94	.	.
Österreich	Mill. DM	51	61	59	45	50	62	57	67	.	.
Schweiz	Mill. DM	53	55	67	57	54	53	50	57	.	.
USA und Kanada	Mill. DM	72	75	97	66	73	87	84	76	.	.
Entwicklungsänder	Mill. DM	303	311	337	273	279	249	348	239	.	.
Ostblockländer	Mill. DM	84	72	85	71	64	101	109	58	.	.
Einfuhr (Generalhandel)											
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	815	834	878	774	758	943	922	922	.	.
Nach Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	138	142	142	111	124	151	150	146	.	.
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	677	692	736	663	634	792	772	776	.	.
Aus ausgewählten Ländern											
EG - Länder	Mill. DM	440	446	468	452	450	524	489	509	.	.
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	109	115	115	110	110	128	129	128	.	.
Dänemark	Mill. DM	6	7	7	10	9	8	7	10	.	.
Frankreich	Mill. DM	126	124	144	119	114	149	138	135	.	.
Großbritannien	Mill. DM	20	21	30	21	24	29	27	20	.	.
Irland	Mill. DM	1	2	2	2	2	3	3	4	.	.
Italien	Mill. DM	66	75	76	81	85	102	86	85	.	.
Niederlande	Mill. DM	112	103	94	109	106	105	99	126	.	.
Österreich	Mill. DM	21	20	21	18	20	26	29	31	.	.
Schweiz	Mill. DM	14	15	15	14	15	18	16	16	.	.
USA und Kanada	Mill. DM	73	76	73	46	46	102	77	78	.	.
Entwicklungsänder	Mill. DM	180	182	163	153	137	154	224	188	.	.
Ostblockländer	Mill. DM	21	20	32	29	18	26	24	25	.	.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Einzelhandel											
Beschäftigte	1970 = 100	104	105	107	105	105	108	108	104	...	
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	171	183	258	168	160	212	262	172	...	
Waren verschiedener Art	1970 = 100	192	198	305	193	161	235	316	192	...	
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	168	183	224	160	161	197	231	176	...	
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	154	163	250	154	115	207	261	128	...	
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	172	192	307	161	171	248	315	163	...	
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	167	177	455	162	137	242	457	159	...	
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	155	180	217	155	177	187	186	166	...	
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	125	129	181	117	111	146	179	117	...	
Waren verschiedener Art	1970 = 100	
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	125	130	160	114	114	141	164	124	...	
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	110	111	168	102	76	132	167	81	...	
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	128	137	216	113	118	169	215	111	...	
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	130	136	349	124	104	180	340	118	...	
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	115	130	155	110	125	129	128	113	...	
Beschäftigte	1970 = 100	95	96	80	89	89	93	91	86	...	
Teilbeschäftigte	1970 = 100	121	126	118	119	120	124	125	113	...	
* Umsatz	1970 = 100	131	138	122	104	112	123	128	99	...	
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	141	152	114	93	108	127	122	91	...	
Gaststättengewerbe	1970 = 100	123	128	127	112	116	120	134	104	...	
Gastgewerbe											
Beschäftigte	1970 = 100	95	96	80	89	89	93	91	86	...	
Teilbeschäftigte	1970 = 100	121	126	118	119	120	124	125	113	...	
* Umsatz	1970 = 100	131	138	122	104	112	123	128	99	...	
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	141	152	114	93	108	127	122	91	...	
Gaststättengewerbe	1970 = 100	123	128	127	112	116	120	134	104	...	
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden											
* Fremdenmeldungen	1 000	291	300	135	134	140	200	145	133	...	
* Ausländer	1 000	59	62	20	18	18	22	20	18	...	
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 103	1 121	490	450	498	648	537	467	...	
* Ausländer	1 000	168	172	52	40	45	49	54	38	...	
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
* Güterempfang	1 000 t	1 565	1 609	1 483	1 402	1 416	1 547	1 453	1 251	1 378	935
* Güterversand	1 000 t	1 273	1 308	1 021	1 060	1 063	1 238	1 116	766	1 378	935
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 239	13 560	11 419	13 872	13 082	12 482	9 852	13 303	13 940	354
Krafräder und Motorroller	Anzahl	311	352	53	215	291	173	141	158	158	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 959	12 197	10 461	12 606	11 920	11 298	8 819	12 182	12 602	547
* Lastkraftwagen	Anzahl	519	526	467	520	480	602	503	610	610	369
Zugmaschinen	Anzahl	385	409	365	471	320	323	306	291	291	...
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 718	8 375	9 339	8 358	8 173	9 053	10 206	10 581
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 836	1 948	1 787	1 645	1 317	1 869	1 775	1 197
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	5 882	6 427	7 552	6 713	6 856	7 184	8 431	9 384
Verunglückte Personen	Anzahl	2 615	2 752	2 478	2 282	1 857	2 595	2 546	1 681
* Getötete	Anzahl	82	79	93	69	56	83	80	30
Pkw - Insassen	Anzahl	39	43	48	33	26	38	47	19
Fußgänger	Anzahl	21	17	27	22	18	31	25	8
* Verletzte	Anzahl	2 533	2 673	2 385	2 213	1 801	2 512	2 466	1 651
Pkw - Insassen	Anzahl	1 499	1 601	1 624	1 479	1 273	1 652	1 718	1 217
Fußgänger	Anzahl	286	280	338	293	220	264	317	1 651
Schwerverletzte	Anzahl	811	858	787	701	539	805	793	480
Pkw - Insassen	Anzahl	427	453	484	411	319	495	493	310
Fußgänger	Anzahl	130	127	174	161	110	123	143	114

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979		
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	Januar	Februar	
Geld und Kredit												
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)												
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	38 399	42 306	42 306	42 290	42 860	47 387	48 370	48 470	49 172		
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	37 742	41 587	41 587	41 590	42 166	46 634	47 559	47 651	48 347		
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	29 978	33 759	33 759	33 752	34 283	38 142	38 898	38 881	39 440		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 764	7 828	7 828	7 838	7 883	8 493	8 661	8 770	8 907		
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 210	8 778	8 778	8 599	8 954	9 006	9 380	9 205	9 427		
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 849	8 525	8 525	8 336	8 720	8 816	9 171	8 979	9 212		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	362	253	253	263	234	189	208	225	215		
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 095	4 540	4 540	4 453	4 466	5 611	5 860	5 874	5 952		
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	3 315	3 938	3 938	3 910	3 932	4 856	4 924	4 930	4 990		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	780	602	602	543	534	755	936	943	962		
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	25 436	28 270	28 270	28 538	28 747	32 017	32 319	32 573	32 968		
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	18 814	21 296	21 296	21 506	21 631	24 470	24 803	24 972	25 238		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	6 622	6 974	6 974	7 031	7 115	7 548	7 516	7 601	7 730		
* Einlagen von Nichtbanken 3)	Mill. DM	34 202	37 882	37 882	37 852	38 329	41 548	42 302	42 252	42 666		
* Sichteinlagen	Mill. DM	5 180	5 842	5 842	5 843	6 081	7 344	6 972	6 574	6 782		
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	4 699	5 359	5 359	5 363	5 488	6 706	6 449	6 124	6 120		
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	481	484	484	480	593	638	523	449	662		
Termingelder	Mill. DM	6 828	8 159	8 159	8 236	8 376	9 572	9 752	9 920	9 974		
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	5 626	6 855	6 855	7 053	7 065	8 362	8 539	8 756	8 728		
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 202	1 304	1 304	1 183	1 311	1 210	1 213	1 164	1 246		
* Spareinlagen	Mill. DM	22 194	23 881	23 881	23 773	23 872	24 631	25 578	25 758	25 910		
* bei Sparkassen	Mill. DM	12 913	13 843	13 843	13 805	13 870	14 260	14 813	14 929	15 016		
* Gutschriften auf Sparkonten 4)	Mill. DM	1 086	1 167	2 128	1 749	966	1 056	2 040	1 602	1 051		
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	922	1 033	1 211	1 860	866	892	1 093	1 421	900		
Zahlungsschwierigkeiten												
* Konkurse 5)	Anzahl	45	37	35	32	45	28	32	43	29		
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	50 350	12 677	18 858	22 727	11 390	104 957	3 685	8 494	6 815		
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	-	-	-	-	-	-	-	-		
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 010	971	954	853	770	884	750	838	738		
* Wechselsumme	1 000 DM	4 077	4 021	4 641	4 194	4 106	4 387	4 498	3 919	3 050		
Steuern												
Steueraufkommen nach Steuerarten												
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	763 352	872 606	1 458 656	767 073	941 145	949 015	1 603 253	804 109	1 022 954		
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 724	636 104	1 204 984	431 380	601 516	645 495	1 313 006	460 626	654 892		
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	347 605	390 134	608 748	361 533	500 870	535 711	641 539	363 849	520 813		
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	54 855	61 986	-	-	224 255	197 639	-	-	233 202		
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	114 430	152 143	422 026	54 738	35 922	26 393	462 466	64 982	22 529		
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 550	10 144	4 897	5 444	5 363	2 024	7 078	10 034	4 001		
* Körperschaftsteuer 6)	1 000 DM	59 139	83 683	169 313	9 665	59 361	81 367	201 923	21 761	107 549		
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	1 000 DM	7 542	16 670	-	-	48 071	71 552	-	-	95 782		
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	234 628	236 502	253 672	335 693	339 629	303 520	290 247	343 483	368 062		
* Umsatzsteuer	1 000 DM	163 489	164 183	175 339	269 963	254 887	216 228	221 821	266 146	272 282		
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	71 139	72 319	78 333	65 730	84 742	87 292	68 426	77 337	95 780		
* Bundessteuern	1 000 DM	97 790	100 213	134 717	107 277	106 979	128 445	198 100	112 346	139 944		
* Zölle	1 000 DM	7 956	8 976	6 654	8 718	7 010	11 041	5 096	8 273	9 835		
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	79 508	87 952	125 385	96 376	97 814	114 914	190 658	101 732	126 957		
* Landessteuern	1 000 DM	59 305	65 860	57 327	55 451	67 711	90 016	61 586	64 402	77 891		
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 549	19 582	4 970	5 927	30 419	39 372	7 606	9 591	33 677		
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	28 438	30 413	34 184	36 483	26 085	33 351	32 909	41 122	28 888		
* Biersteuer	1 000 DM	6 555	6 563	6 661	6 931	5 236	6 364	5 863	6 220	4 715		
* Gemeindesteuern 7)	1 000 DM	393 689	439 899	443 991	-	-	-	447 686	-	-		
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 421	7 377	7 342	-	-	-	6 673	-	-		
* Grundsteuer B	1 000 DM	60 367	63 714	58 832	-	-	-	60 731	-	-		
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	263 511	309 768	325 521	-	-	-	323 930	-	-		
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	24 291	26 426	26 259	-	-	-	20 659	-	-		
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	26 999	22 424	18 143	-	-	-	26 155	-	-		

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Ohne durchlaufende Kredite. - 4) Einschl. Zinsgutschriften. - 5) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 6) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 7) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	Januar	Februar
Steuerverteilung auf die Gebiets-körperschaften											
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	506 854	562 723	895 206	518 306	605 723	619 700	1 025 783	543 234	682 440	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	232 014	280 091	530 335	186 535	263 161	282 654	578 778	200 166	289 251	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	161 897	163 192	175 040	227 585	228 269	204 883	195 923	231 855	248 447	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 147	19 228	55 114	- 3 091	7 314	3 718	52 982	- 1 133	4 798	
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	395 643	458 416	745 047	378 308	470 571	499 997	813 059	407 618	509 295	
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	231 425	279 134	529 711	186 160	262 644	281 206	578 235	199 587	287 330	
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	89 766	94 194	102 895	139 788	132 902	125 057	120 256	144 762	139 276	
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	15 147	19 228	55 114	- 3 091	7 314	3 718	52 982	- 1 133	4 798	
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	490 662	555 654	609 805	.	.	.	621 910	.	.	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	166 429	197 767	206 620	.	.	.	210 482	.	.	
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	194 055	227 756	284 714	.	.	.	287 672	.	.	
Preise											
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1970 = 100	140,8	146,3	147,5	148,4	149,2	150,5	151,1	152,7	153,6	
* Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	136,8	143,7	143,5	144,3	145,2	143,1	144,0	145,2	146,0	
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1970 = 100	143,7	150,7	.	.	155,5	162,8	
Löhne und Gehälter											
Arbeiter											
in Industrie, Hoch- und Tiefbau											
Bruttowochenverdienste	DM	433	465	.	460	
* Männliche Arbeiter	DM	464	497	.	491	
* Facharbeiter	DM	487	526	.	519	
Angelernte Arbeiter	DM	445	478	.	470	
Hilfsarbeiter	DM	381	407	.	403	
* Weibliche Arbeiter	DM	303	326	.	334	
* Hilfsarbeiter	DM	292	315	.	321	
Bruttostundenverdienste	DM	10,23	11,01	.	11,14	
* Männliche Arbeiter	DM	10,82	11,63	.	11,78	
* Facharbeiter	DM	11,42	12,27	.	12,44	
Angelernte Arbeiter	DM	10,40	11,18	.	11,29	
Hilfsarbeiter	DM	8,89	9,56	.	9,70	
* Weibliche Arbeiter	DM	7,61	8,18	.	8,39	
* Hilfsarbeiter	DM	7,30	7,89	.	8,04	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	42,1	42,2	.	41,3	
Männliche Arbeiter	Std.	42,4	42,7	.	41,7	
Weibliche Arbeiter	Std.	39,9	39,8	.	39,8	
Angestellte											
Bruttomonatsverdienste											
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 171	2 333	.	2 403	
Kaufmännische Angestellte	DM	1 933	2 078	.	2 149	
männlich	DM	2 380	2 553	.	2 634	
weiblich	DM	1 521	1 640	.	1 696	
Technische Angestellte	DM	2 746	2 945	.	3 000	
männlich	DM	2 811	3 019	.	3 071	
weiblich	DM	1 874	1 999	.	2 066	
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 528	2 719	.	2 782	
Kaufmännische Angestellte	DM	2 265	2 440	.	2 510	
* männlich	DM	2 663	2 869	.	2 961	
* weiblich	DM	1 788	1 929	.	1 974	
Technische Angestellte	DM	2 798	2 999	.	3 052	
* männlich	DM	2 855	3 063	.	3 115	
* weiblich	DM	1 959	2 107	.	2 164	
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	1 729	1 856	.	1 932	
Kaufmännische Angestellte	DM	1 713	1 842	.	1 915	
* männlich	DM	2 144	2 296	.	2 375	
* weiblich	DM	1 378	1 485	.	1 547	

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977			1978			1979	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar		
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 531	61 400	61 371	61 353	61 348	
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 477	29 874	20 885	28 926	14 847 ^P	26 669 ^P	20 629 ^P	28 934 ^P	...	
Lebendgeborene 2)	Anzahl	50 238	48 529	45 411	46 165	45 740 ^P	47 315 ^P	43 879 ^P	44 454 ^P	...	
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	61 095	58 744	58 483	63 058	62 395 ^P	60 324 ^P	57 878 ^P	61 275 ^P	...	
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 10 857	- 10 215	- 13 072	- 16 893	- 16 655 ^P	- 13 009 ^P	- 13 999 ^P	- 16 821 ^P	...	
Arbeitslose	1 000	1 060	1 030	1 004	1 091	1 213	902	927	1 007	1 171	
Männer	1 000	567	518	482	559	657	403	422	495	645	
Offene Stellen	1 000	235	231	199	186	205	248	234	222	238	
Männer	1 000	139	141	124	114	125	163	153	139	148	
Kurzarbeiter	1 000	277	229	234	258	251	127	155	127	135	
Männer	1 000	210	180	175	193	194	93	118	91	105	
Landwirtschaft											
Schweinebestand	1 000	20 589	21 386	...	21 386	
Schlachtmenge 4)	1 000 t	326	331	349	328	334	396	381	
Milcherzeugung	1 000 t	1 847	1 877	1 568	1 715	
Produzierendes Gewerbe 5)											
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender-unregelmäßigkeiten bereinigt)											
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	104	111	124	115	109	125	131	122	108 ^P	
ohne Baugewerbe	1970 = 100	105	113	127	119	113	125	132	126	114 ^P	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	103	110	124	115	108	123	129	122	108 ^P	
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1970 = 100	101	112	117	105	106	124	127	108	105 ^P	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	102	109	127	124	110	121	129	132	110 ^P	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	103	110	128	115	110	126	131	121	108 ^P	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	113	117	132	120	111	129	137	128	113 ^P	
Baugewerbe	1970 = 100	92	95	104	83	74	118	119	89	61 ^P	
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte	1 000	7 698	7 632	7 659	7 254	7 226	7 628	7 621	7 577	...	
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	804	791	823	730	761	834	815	710	...	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	76 413	80 261	84 805	83 585	76 638	90 658	89 256	88 036	...	
Auslandsumsatz	Mill. DM	17 679	18 966	20 613	21 213	18 870	21 033	20 723	23 167	...	
Öffentliche Energieversorgung											
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 150	27 804	30 948	32 860	33 266	31 288	33 262	34 938 ^P	...	
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 537	3 626	3 971	3 756	3 890	3 454	3 673	3 787	...	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte	1 000	1 211	1 192	1 175	1 151	1 102	1 229 ^P	1 221 ^P	1 205 ^P	...	
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	153	149	146	114	108	173 ^P	160 ^P	100 ^P	...	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 021	6 257	8 823	17 125	5 065	8 257 ^P	9 180 ^P	11 951 ^P	...	
Baugenehmigungen											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 018	17 114	15 742	16 305	14 521	22 045	19 372	19 862	...	
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	16 015	16 149	14 709	15 233	13 769	20 783	17 953	18 424	...	
Wohnfläche	1 000 qm	2 913	2 796	2 656	2 760	2 367	3 645	3 426	3 528	...	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 241	3 057	2 984	2 757	2 431	3 702	3 287	3 520	...	
Wohnungen insgesamt (alle Bau-maßnahmen)	Anzahl	31 603	29 232	28 150	29 546	25 050	38 171	36 578	37 890	...	
Handel											
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	21 348	22 794	23 484	25 435	21 313	26 670	25 395	25 018	...	
EG - Länder	Mill. DM	9 767	10 225	10 461	10 716	9 938	12 432	11 832	11 224	...	
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 683	1 783	1 770	1 778	1 652	2 360	2 066	2 007	...	
Dänemark	Mill. DM	554	502	515	538	429	609	582	610	...	
Frankreich	Mill. DM	2 802	2 804	2 824	2 971	2 710	3 216	3 204	3 052	...	
Großbritannien	Mill. DM	1 016	1 218	1 315	1 372	1 296	1 667	1 506	1 580	...	
Irland	Mill. DM	59	65	72	66	74	89	95	88	...	
Italien	Mill. DM	1 583	1 561	1 606	1 579	1 547	1 862	1 859	1 589	...	
Niederlande	Mill. DM	2 070	2 293	2 360	2 411	2 230	2 628	2 521	2 298	...	
Österreich	Mill. DM	1 041	1 212	1 430	1 342	989	1 395	1 315	1 296	...	
Schweiz	Mill. DM	950	1 048	1 113	1 125	1 049	1 401	1 213	1 464	...	
USA und Kanada	Mill. DM	1 369	1 614	1 950	1 970	1 970	2 159	1 940	1 872	...	
Entwicklungsänder	Mill. DM	3 475	3 899	3 879	4 775	3 655	4 389	4 184	2 445	...	
Ostblockländer	Mill. DM	1 452	1 392	1 406	1 930	1 414	1 459	1 519	1 632	...	

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm3.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1976		1977		1978				1979
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	18 470	19 592	20 400	21 214	19 414	21 858	21 843	21 192	...
EG - Länder	Mill. DM	8 916	9 444	9 859	11 441	9 362	10 869	10 710	10 890	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	1 588	1 630	1 654	1 843	1 497	1 894	1 876	1 821	...
Dänemark	Mill. DM	274	296	337	391	313	407	361	324	...
Frankreich	Mill. DM	2 153	2 275	2 389	2 568	2 267	2 567	2 570	2 434	...
Großbritannien	Mill. DM	712	871	894	1 839	901	1 073	1 134	1 774	...
Irland	Mill. DM	67	76	92	96	70	115	88	85	...
Italien	Mill. DM	1 575	1 727	1 717	1 705	1 655	2 254	2 064	1 778	...
Niederlande	Mill. DM	2 547	2 568	2 776	2 999	2 659	2 559	2 615	2 674	...
Österreich	Mill. DM	408	508	580	551	488	687	664	618	...
Schweiz	Mill. DM	564	656	772	1 371	654	944	902	1 473	...
USA und Kanada	Mill. DM	1 657	1 614	1 601	2 314	1 562	1 745	1 851	2 676	...
Entwicklungsänder	Mill. DM	3 788	4 002	3 857	3 964	3 793	3 563	3 619	2 275	...
Ostblockländer	Mill. DM	915	945	1 128	1 232	1 060	1 230	1 171	972	...
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	159,7	170,7	191,3	238,3	155,2	187,4 ^r	197,6 ^p	198,6 ^p	167,3 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	138,0	146,7	130,0	137,6	127,6	159,5	132,4 ^p	132,4 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	901	992	1 070	1 087	1 080	1 173	1 191	1 212	1 204 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	707	770	825	839	829	897	909	929	921 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	193	222	245	248	250	276	282	283	282 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	707	756	796	820	808	865	878	902	886 ^p
Späreinlagen	Mrd. DM	376	410	421	437	435	448	450	466	470 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	14 372	15 950	14 586	34 101	17 846	16 890	15 602	35 840	18 473
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	9 291	10 469	8 423	26 266	10 620	9 318	8 574	27 233	11 110
Lohnsteuer	Mill. DM	5 933	6 717	7 451	12 827	8 461	7 811	7 677	13 359	8 828
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 233	2 572	607	8 634	1 197	825	478	8 737	1 193
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 507	4 872	5 578	5 708	7 216	5 939	6 449	6 479	7 313
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 977	3 047	3 575	3 671	5 197	3 704	3 996	4 077	5 140
Bundessteuern	Mill. DM	3 066	3 272	3 513	5 268	1 594	3 970	3 941	5 681	1 765
Zölle	Mill. DM	271	310	295	278	305	313	339	320	290
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 862	2 734	3 052	4 822	1 118	3 498	3 423	5 216	1 303
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1970 = 100	147,8	152,0	150,3	150,7	151,1	150,7	151,0	151,9	153,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1970 = 100	149,0	142,3	142,2	145,4	142,4	134,3	135,9 ^p	137,8 ^p	137,8 ^p
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte ³⁾	1970 = 100	140,8	144,5	144,6	144,6	145,2	146,7	147,2	147,5	148,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1970 = 100	141,9	148,7	150,7	-	-	-	160,5	-	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1970 = 100	143,7	150,7	152,7	-	-	-	162,8	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1970 = 100	128,3	131,4	133,1	-	-	-	143,0	-	-
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	140,8	146,3	147,1	147,5	148,4	150,0	150,5	151,1	152,7
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	136,8	143,7	142,9	143,5	144,3	142,9	143,1	144,0	145,2
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	140,9	147,3	150,1	150,4	151,1	155,7	156,3	156,4	157,0
Wohnungsmiete	1970 = 100	140,0	144,7	146,3	146,6	147,2	149,9	150,3	150,6	151,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	176,4	178,4	179,3	179,8	182,3	184,5	187,5	190,8	198,6
Übriges für die Haushaltungsführung	1970 = 100	135,5	140,2	141,7	142,3	143,8	145,6	146,5	146,9	148,0
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	150,1	153,6	155,0	155,1	156,2	159,4	159,4	159,9	161,5
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	148,1	154,4	156,7	157,0	157,6	162,6	163,0	163,2	163,9
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	135,8	139,3	140,3	140,4	141,0	143,5	143,6	143,7	147,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1970 = 100	133,6	139,7	141,3	141,4	141,8	145,4	145,8	145,8	148,0

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

8% weniger schulpflichtige Radfahrer verunglückt

Im Jahre 1978 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 2 990 Kinder im Alter von sechs bis unter 15 Jahren. Das sind 41 oder 1,4% weniger als im Jahre 1977. Von den Verunglückten waren 35% als Fußgänger und 34% als Radfahrer am Verkehr beteiligt. Bei dem restlichen Drittel handelte es sich um Mitfahrer von Fahrzeugen, und zwar hauptsächlich von Personenkraftwagen.

Die Zahl der als Fußgänger verunglückten Schulkinder nahm gegenüber 1977 um neun auf 1 051 zu. 19 von ihnen starben, 475 wurden schwer verletzt; das sind eins bzw. acht weniger als im Jahr zuvor. Indessen nahm die Zahl der Leichtverletzten um 3% auf 557 zu. Von der Altersgruppe sechs bis unter zehn Jahren verunglückten 6,4% weniger Kinder, während von den Zehn- bis unter 15jährigen 13% mehr betroffen waren. Fast zwei Drittel der zu Fuß gehenden Schulkinder verunglückten zwischen 12 und 18 Uhr, 25% zwischen 7 und 12 Uhr.

Bei den als Radfahrer verunglückten Schulkindern konnte 1978 ein Rückgang um 8% auf 1 003 festgestellt werden, nachdem im Jahre 1977 eine 12%ige Zunahme ermittelt worden war. Die Zahl der Schwerverletzten nahm um 8% auf 357 und die der Leichtverletzten um 6% auf 637 ab. Bei den mit dem Fahrrad tödlich verunglückten Schulkindern war ein Rückgang um 14 auf neun zu verzeichnen. Hier nahm in der Altersgruppe von sechs bis unter zehn Jahren die Zahl der verunglückten Schulkinder (— 14%) stärker ab als bei den Zehn- bis unter 15jährigen (— 5,1%). Zwischen 12 und 18 Uhr verunglückten über zwei Drittel der radfahrenden Schüler, zwischen 7 und 12 Uhr waren es 15%.

Im Jahre 1978 kamen 17 Schulkinder als Mitfahrer von Fahrzeugen zu Tode, eins mehr als 1977. Außerdem wurden 237 schwer (+ 23) und 682 leicht verletzt (+ 13). Von den als Mitfahrer getöteten und verletzten Schulkindern waren vier Fünftel in Personenkraftwagen mitgefahren, 13% auf Zweiräder und 6% in anderen Fahrzeugen. Von den verunglückten mitfahrenden Schulkindern waren 36% sechs bis unter zehn Jahre alt, 64% zwischen 10 und 15 Jahre. gz

Im Januar viele Unfälle, aber die niedrigste Zahl an Verkehrstoten seit 23 Jahren

Nachdem in Rheinland-Pfalz die Zahl der Straßenverkehrsunfälle im Dezember 1978 erstmals die Grenze von 10 000 überschritten hatte, kam es im Januar 1979 infolge der extremen Schnee- und Eisglätte zu einer noch höheren Unfallzahl. Die Polizeidienststellen des Landes registrierten im Januar insgesamt 10 583 Verkaufsunfälle. Das Ergebnis vom Dezember 1978 wurde um 3,7% und das vom Januar 1978 um 27% überschritten. Da die Fahrzeugführer ihre Fahrschwindigkeit weitgehend den besonderen Straßenverhältnissen anpaßten, kam es vorwiegend zu Sachschäden. Es wurden 9 386 Unfälle mit bloßem Sachschaden festgestellt, deren Zahl sich gegenüber dem Vor- und Vorjahresmonat um 11,3 bzw. 40% erhöhte. Bei 70% dieser Unfälle entstanden Schäden von weniger als 1 000 DM je Beteiligten.

Im Januar 1979 lag die Zahl von Unfällen mit Personenschäden (1 197) sehr niedrig. Sie bewegte sich etwa auf dem Niveau von vor zehn Jahren. Gegenüber Dezember und Januar 1978 war die Zahl dieser Unfälle um 33 bzw. 27% geringer. Mit 30 Verkehrstoten wurde sogar der niedrigste Monatsstand der letzten 23 Jahre festgestellt. Dennoch kamen 19 PKW-Insassen, von denen 15 Fahrer waren, ums

Leben. Außerdem wurden acht Fußgänger und drei Zweiradfahrer getötet. Kinder unter 15 Jahren waren im Januar 1979 nicht unter den tödlich Verunglückten. Bei Unfällen mit Personenschäden wurden 483 Personen schwer und 1 171 leicht verletzt.

Die meisten Verkehrstoten waren im Regierungsbezirk Koblenz zu beklagen. Bei den 17 dort Getöteten handelte es sich um zehn PKW-Insassen und sieben Fußgänger. Während im Regierungsbezirk Trier ein PKW-Fahrer tödlich verunglückte, waren es in Rheinhessen-Pfalz insgesamt zwölf, darunter acht PKW-Insassen. Von den Schwerverletzten wurden 211 im Regierungsbezirk Koblenz erfaßt. In den Bezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz waren es 65 bzw. 207. Unter den einzelnen Wochentagen gab es die höchste Zahl von Verkehrstoten an den Montagen, die niedrigste an den Sonntagen. gz

Wirtschaftswachstum 1978 in Rheinland-Pfalz 5,9%

Die 1978 allgemein noch etwas schwache wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch in den Zahlen für Rheinland-Pfalz. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts lag im Jahre 1978 nominal und real leicht unter der des Bundesgebietes.

Gemessen in jeweiligen Preisen expandierte die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1978 um 5,9% (Bundesgebiet + 7,1%), die reale Wachstumsrate stellte sich im Land auf + 2% (Bund + 3,1%). Die Abweichung vom Bundesergebnis, die beim derzeitigen Berechnungsstand allerdings nicht auf die Komma stelle genau sein kann, ist in erster Linie auf die im Verlauf des Jahres 1978 durchweg etwas unterdurchschnittlich angestiegenen Umsätze und Produktion der Industrie zurückzuführen, die in Rheinland-Pfalz ein besonderes Gewicht für das Sozialproduktwachstum hat.

Je Erwerbstätigen wurde 1978 in Rheinland-Pfalz ein Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1970) von 32 610 DM erwirtschaftet. Die Produktivität lag damit um 1,9% über der des Vorjahres (Bund + 2,8%) und um 34% über der von 1970 (Bund + 30%). ge

Einzelhandelsumsätze im Jahre 1978 real um 4% gestiegen

Die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte setzten im Jahre 1978 nominal 6% mehr um als 1977. Die reale Umsatzsteigerung betrug 4%. Der Umsatzanstieg war im Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen mit nominal 10% und real 7% (Bundesgebiet + 8% bzw. + 4%) am höchsten. Bei den pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln betrug er nahezu + 8% bzw. + 6% (Bundesgebiet + 5% bzw. + 4%). Beim Einzelhandel mit Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf wurden um 5% bzw. 1% höhere Umsätze erzielt. Mit einem Zuwachs von 1,7% verzeichnete auch die Zahl der Beschäftigten eine relativ günstige Entwicklung (Voll- und Teilzeitbeschäftigte + 1,0 bzw. + 3,4%).

Im Gastgewerbe ergab sich nominal eine fast 4%ige Umsatzsteigerung, von der das Beherbergungs- und das Gastgewerbe gleichermaßen profitierten. Im Beherbergungsgewerbe waren vor den Hotels (+ 5%) die Erholungs- und Fremdenheime (+ 17%), im Gaststättengewerbe Bars und Vergnügungslokale (+ 16%) sowie Eisdiele (+ 14%) am stärksten begünstigt. Die Beschäftigten nahmen in diesem Gewerbebeitrag um 1,1% zu (Vollzeitbeschäftigte — 1,0%, Teilzeitbeschäftigte + 5,4%). san

kurz + aktuell

Heizöl teurer als zur Zeit der Ölkrise Ende 1973

Witterungsbedingte Preissteigerungen bei Frischgemüse sowie die weitere Verteuerung des Heizöls infolge geringerer Einfuhrmengen an Rohöl beeinflußten auch im März weitgehend die Preisentwicklung auf dem Verbrauchermarkt.

Nach den gegen Mitte des Monats März durchgeföhrten Ermittlungen erhöhte sich im Vergleich zum Vormonat der Preis für Heizöl um weitere 13%. Gegenüber dem März 1978 betrug die Steigerung 54%. Die im Durchschnitt geforderten Höchstpreise zur Zeit der Ölkrise 1973 wurden damit bereits um 9% überschritten. Von dieser Entwicklung werden neben Benzin und Dieselöl, deren Preise in jüngster Zeit um etwa 2% anstiegen, sicherlich weitere ölabhängige Güter betroffen.

Beim Frischgemüse sind es insbesondere alle Kohlarten die von Mitte Februar bis Mitte März bis zu 20% teurer wurden. Innerhalb Jahresfrist ergaben sich Preissteigerungen, die bei Salatgurken 12%, Zwiebeln 23, Kopfsalat 26, Kartoffeln 51, Weißkohl 55, Rotkohl 60, Blumenkohl 72 und bei Wirsingkohl sogar 110% betragen.

Auch in den übrigen Bereichen des privaten Verbrauchs wurden im März zunehmend Preiserhöhungen registriert. Bei Bekleidung und Schuhen ist dies allerdings eine Erscheinung, die in der Regel nach jedem Schlußverkauf festgestellt werden kann. wf

Anstieg der Produktion im verarbeitenden Gewerbe im Februar 1979

Die Produktion des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz ist von Januar auf Februar 1979 um + 7,9% angestiegen. Auch im Vergleich zum Vorjahresmonat nahm die Produktion um 4,7% zu. Nach den witterungsbedingten Einbußen im Januar 1979 konnte auf Grund der beachtlichen Belebung im Februar für die ersten beiden Monate dieses Jahres zusammen eine Produktionszunahme gegenüber dem Vorjahr von + 2,4% festgestellt werden. Diese Entwicklung ist im Hinblick auf die auch im Februar 1979 noch erheblichen Produktionseinschränkungen in den witterungsabhängigen Branchen besonders erfreulich. So lag der Ausstoß bei der Herstellung von Bimsbaustoffen um über 60%, bei der Gewinnung und Verarbeitung von Natursteinen um 19% und bei den Säge- und Hobelwerken um 18% unter dem Ergebnis vom Februar 1978.

Zu dem Produktionsanstieg im Februar 1979 gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahresmonat trugen alle Hauptgruppen bei. Die größten Zunahmen wiesen das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit + 10,9 bzw. + 5,3% sowie das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe mit + 8,1 bzw. + 3,2% aus. Bemerkenswert sind aber auch die Steigerungen um 5,6 bzw. 2,9% im Investitionsgüterbereich. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe wurde das Vormonatsergebnis nur leicht übertroffen (+ 1,4%). Gegenüber Februar 1978 nahm der Ausstoß hier jedoch um 9% zu. fn

Umsatzsteigerung im rheinland-pfälzischen Handwerk

Der Umsatz des rheinland-pfälzischen Handwerks wies nach der hohen Steigerung des Jahres 1977 auch 1978 wieder eine positive Entwicklung auf. Nachdem der Umsatz im Jahre 1977 unter dem Einfluß vorgezogener Rechnungstellung wegen der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. Januar 1978 um 11% zugenommen hatte, verzeichnete er 1978 einen Anstieg um 2,1% auf 16,7 Mrd. DM.

Beim Metallhandwerk, dem volumenmäßig wichtigsten Gewerbezweig, erhöhte sich der Umsatz im Jahre 1977 um 16% und im Jahre 1978 um 4,1% auf 6,8 Mrd. DM. Damit nahm der Anteil dieses Bereiches am Gesamtumsatz des Handwerks um 2,6 Prozentpunkte zu und erreichte im Jahre 1978 eine Quote von 40,5%. Das Bau- und Ausbauhandwerk, der zweitgrößte Sektor, verbesserte seinen Umsatz im Jahre 1977 um 13% und im Jahre 1978 um 0,9% auf 4,9 Mrd. DM. Mit Ausnahme von Bekleidung, Textil und Leder (1977: — 3%) und der Nahrungsmittelhandwerke (1978: — 2,8%) wiesen alle anderen Gruppen Umsatzzunahmen auf.

Unter den Wirtschaftszweigen verzeichnete 1977 der Handel mit + 18% das stärkste Umsatzwachstum, wobei der Umsatz die 2 Mrd. DM-Grenze überschritt. Das Baugewerbe und das verarbeitende Gewerbe erzielten 1977 Umsätze von rund 6,4 Mrd. DM (+ 15%) bzw. 7,6 Mrd. DM (+ 7,6%). Im Jahre 1978 wies der Bereich Dienstleistungen mit + 3,6% die höchste Steigerung aus. Zwischen 1976 und 1978 ging der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Gesamtumsatz um 1,1 Prozentpunkte zurück, während sich das Baugewerbe um 0,9% ausweitete. vr

9,5% mehr Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau

Im Jahre 1978 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 8 023 Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau nach dem ersten und zweiten Förderungsweg erteilt. Das sind 9,5% mehr als im Vorjahr. Ausschlaggebend für diesen relativ kräftigen Anstieg war in erster Linie die Entwicklung beim zweiten Förderungsweg mit 4 329 Wohnungen (+ 15,5%). Er gilt für Personen, die entweder eine öffentlich geförderte Wohnung freimachen oder deren Jahreseinkommen die in § 25 II. Wohnungsbaugetz festgelegte Einkommensgrenze um nicht mehr als 40% übersteigt. Zu dieser Förderungsart rechnet das Regionalprogramm des Bundes. Hier werden den Bauherren bzw. den Erwerbern von Kaufeigenheimen oder Kaufeigentumswohnungen degressiv gestaffelte Aufwendungsdarlehen zur Minderung der Belastung gewährt. Aus diesem Programm konnten 1978 mit 4 317 Bewilligungen 662 Wohnungen mehr gefördert werden als im Vorjahr.

Im „traditionellen“ öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (erster Förderungsweg) für Personenkreise mit relativ niedrigem Einkommen erhöhte sich die Zahl der geförderten Wohnungen gegenüber 1977 um 3,2% auf 3 694 Wohnungen.

Die Bewilligungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 423 (+ 9,5%), die für Mehrfamilienhäuser um 257 (+ 11,6%).

Die Finanzierungsmittel überschritten mit 1,4 Mrd. DM das Vorjahresergebnis um 0,2 Mrd. DM. Auf öffentliche Mittel entfielen 11%, auf Kapitalmarktmittel 54% und auf sonstige Mittel 35%.

Themen der folgenden Hefte

Das Landesinformationssystem als Prognoseinstrument

Landwirtschaftszählung 1979

Neuordnung der Statistiken des Handels und des Gastgewerbes

Zum Jahr des Kindes

Öffentliche Tiefbauaufträge 1978

Außenhandel 1960 bis 1978

Viehhaltung 1978

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | Ø = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die
Hälfte der kleinsten in der betreffenden
Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht
möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.